

# BEITRÄGE ZUR HOCHSCHULFORSCHUNG

---

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

Anke Burkhardt  
Ruth Heidi Stein

Vorwort 283

Irene Lischka

Hochschulzugang von Frauen in den neuen  
Bundesländern 291 ✓

Gudrun Aulerich  
Karin Döbbling

Frauen aus den neuen Bundesländern  
in der allgemeinen Studienberatung 311 ✓

Ruth Heide Stein  
Rainer Fritsch

Hochschulabsolventinnen nach der Wende -  
Chancen und Risiken beim Berufseinstieg 323 ✓

**Anke Burkhardt**

**(K)ein Platz für Wissenschaftlerinnen an  
ostdeutschen Hochschulen?**

**339** ✓

**Bärbel Last**

**Frauen im Auslandsstudium der DDR**

**373**

## Vorwort

Anke Burkhardt  
Ruth Heidi Stein

Die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze bot Frauen aus Ost und West erstmals die Möglichkeit, sich umfassend und frei von staatlicher Kontrolle über Bildungs- und Berufschancen für Frauen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auszutauschen. Frauenpolitikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Studentinnen zogen Bilanz über das, was jede Seite dazu beitragen könnte, um den Frauen einen gleichberechtigten Platz in einer gesamtdeutschen Wissenschafts- und Hochschullandschaft zu erobern. Frauenpolitische und juristische Fragen, Themen der Frauenforschung, Probleme des Berufsalltags und der Lebensweise standen im Mittelpunkt des Verständigungsprozesses.

Zwei Tagungen der "Nachwendezeit" seien stellvertretend für viele genannt: Im September 1990 veranstalteten das Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin und die Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung der Freien Universität Berlin eine Fachtagung zum Thema "Gleichstellungspolitik in der DDR und der BRD".<sup>1</sup> Im November desselben Jahres fand an der Gesamthochschule Kassel die erste gesamtdeutsche Konferenz zum Thema "Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst" mit dem Ziel statt, "die neu entstandene Situation zu diskutieren, über die jüngste Vergangenheit zu reflektieren und gemeinsam Pläne für die Zukunft zu schmieden."<sup>2</sup>

"Das Eiltempo im Einigungsprozeß, der schnelle Wandel in Hochschul-, Wissenschafts- und Kulturbereichen ohne Berücksichtigung der Reformgedanken im Westen, ohne Erhalt der sozialen Errungenschaften der Frauen im Osten war genauso der Anlaß für die schnelle Veranstaltung der Gesamt-

---

<sup>1</sup> Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung der Freien Universität Berlin (Hrsg.): Gleichstellungspolitik in der DDR und der BRD. Materialien der Fachtagung. Berlin 1990 (Manuskriptdruck).

<sup>2</sup> Neusel, A.; Voth, H. (Hrsg.): Utopia ist (k)ein Ausweg. Zur Lage von Frauen in Wissenschaft, Technik und Kunst. Frankfurt/Main 1992, S. 9.

konferenz wie die Befürchtung, daß die politische Kultur für demokratische Abstimmungsprozesse wie Respekt vor Andersdenkenden, Transparenz in den Diskussionen und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sonst Schaden nehmen würde.<sup>1</sup> Dieses Fazit der Kasseler Tagung kann als programmatisch für die Notwendigkeit der Fortführung des Dialogs und des frauenpolitischen Handelns gewertet werden.

Die Zusammenkünfte von Frauen ließen sehr bald Informationsdefizite, Verständnisschwierigkeiten und unterschiedliche Positionen in Grundfragen der Frauenpolitik sichtbar werden - logische Folge ihres Lebens in verschiedenen politischen Systemen und ihrer Prägung durch eine andersartige Hochschulsozialisation. Zur Illustration eine Episode auf der Kasseler Konferenz. Eine "Ostfrau" stellte sich mit den Worten vor: "Ich bin Hochschullehrer und Leiter von ..." Das Entsetzen der "Westfrauen" über diesen Mangel an feministischer Sprachsensibilität war groß, aber die "Ostfrauen" konterten: "Was wollt Ihr denn, Ihr habt die Frauensprache, wir haben die Gleichberechtigung."

Beruhete diese Aussage auf Tatsachen? Wie war es wirklich bestellt um diese schon in den 60er Jahren von der Politik als erreicht propagierte Gleichberechtigung? Was lag dem Phänomen der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen zugrunde? War es der permanente Arbeitskräftebedarf einer Mangelwirtschaft mit verhältnismäßig niedriger Arbeitsproduktivität, war es die Notwendigkeit, das Familieneinkommen zu erhöhen, oder stellte die Berufstätigkeit unabhängig von ökonomischen Erwägungen einen zentralen Lebenswert von Frauen dar? Wie waren die juristischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit der Frauen zu bewerten? Welche Motive bestimmten die staatliche Frauenpolitik und -förderung? Wie sahen die Frauen selbst sich in diesem Prozeß? Über alle diese Probleme ist nach der Wende viel geschrieben, aber wenig geforscht worden. Entsprechend groß ist auch die Meinungsvielfalt. Sie reicht von nostalgischer Verklärung der DDR-Verhältnisse bis zu ihrer undifferenzierten Verurteilung.

In bezug auf die Bildungs- und Berufschancen für Frauen in der DDR wird vor allem in den alten Bundesländern häufig die Auffassung geäußert, daß es sich um eine "von oben verordnete", primär auf die Berufstätigkeit der Frauen zielende Gleichberechtigung gehandelt habe, geboren aus dem Arbeitskräftemangel. Dem steht das Urteil zahlreicher Ostdeutscher gegenüber, die den ökonomischen Hintergrund und den Ideologiebezug zwar auch sehen, aber nicht als ausschlaggebend betrachten. Vielmehr sei, wie eine Befra-

---

<sup>1</sup> Ebenda, S. 9.

gung ergab, die Gleichberechtigung der Frau das Überlegenheitsmerkmal der DDR im Systemvergleich.<sup>1</sup>

Sicher waren Gleichberechtigung und Frauenförderung in der DDR ambivalent; politischer Anspruch und gesellschaftliche Realität klafften auch auf diesem Gebiet auseinander. Ohne Zweifel war eine möglichst vollständige Integration aller erwerbsfähigen Frauen in den Arbeitsprozeß eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die der Staat förderte. Dazu gehörte eine entsprechende Ausbildung, zu der Frauen zumindest juristisch auf allen Ebenen einen gleichberechtigten Zugang hatten. Aber es muß auch gesehen werden, daß das gleiche Recht auf Bildung, unabhängig von sozialer Herkunft und Geschlecht, eine alte Forderung der Arbeiterbewegung war, die der DDR-Staat übernahm. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau einschließlich der Frauenförderung als Staatsaufgabe war bereits in der ersten Verfassung der DDR von 1949 verankert.<sup>2</sup>

Auch dem System der Kinderbetreuung - von der Kinderkrippe bis zum Kinderhort - würde man weder mit einer vorbehaltlosen Befürwortung noch mit einer pauschalen Ablehnung gerecht werden. Einerseits ermöglichte es die Berufstätigkeit beider Elternteile, andererseits gestattete die fast durchgängige gesellschaftliche Betreuung natürlich auch die staatliche Einflußnahme bereits im frühen Kindesalter.

Statistiken und Forschungsergebnisse, zum Teil noch aus der Zeit vor 1989, belegen, daß Frauen in der DDR in Wirtschaftsbereichen und Berufen mit niedrigen Verdienstmöglichkeiten überrepräsentiert waren und ihre Aufstiegsmöglichkeiten in Führungspositionen deutlich schlechter waren als die der Männer. Diese Situation verfestigte sich seit den 70er Jahren.

In einer Studie zur beruflichen Orientierung von Mädchen und Frauen wird festgestellt:

"Generell bilden Betriebe lieber Jungen (auch bei schlechteren schulischen Abschlüssen) als Mädchen aus, beschäftigen lieber Männer als Frauen. Frauen werden im allgemeinen infolge der einseitigen Zuschreibung reproduktiver Bezüge und sozialer Maßnahmen als instabile,

---

<sup>1</sup> Schlegel, U.: Ostdeutsche Frauen. Rückblick auf die DDR und die deutsche Vereinigung. In: Die Frau in unserer Zeit, 2/1993, S. 20.

<sup>2</sup> Verfassung der DDR, Gesetzessammlung. Berlin 1951.

unzuverlässige Arbeitskräfte betrachtet und kalkuliert, die sich durch eine hohe Ausfallquote und häufige Fluktuation auszeichnen."<sup>1</sup>

Hier zeigen sich die Nachteile der juristischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen. Sie alle liefen darauf hinaus, den Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vor allem in der Familie blieb im wesentlichen erhalten. Wie Untersuchungen ergaben, die ebenfalls schon in der DDR durchgeführt wurden, waren es vorwiegend die Frauen, die die doppelte Last von Beruf und Familie zu tragen hatten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Frauen es in diesem Prozeß lernten, die Mehrfachbelastung zu meistern, wobei sie auch die Mitarbeit der Männer einforderten. Darüber hinaus erlangten sie einen Grad wirtschaftlicher Unabhängigkeit, wie ihn kaum eine Frauengeneration vorher in Deutschland besaß.

Letztendlich führte die Entwicklung dazu, daß die Berufstätigkeit in den Lebensvorstellungen von Frauen, unabhängig von ihrem Ausbildungsniveau, einen außerordentlich hohen Stellenwert besaß und bis heute besitzt. Daran ändern auch die oben angedeuteten beruflichen Benachteiligungen von Frauen nichts. Letztere lassen sich übrigens nicht allein aus den Ausfallrisiken als Folge der Doppelbelastung erklären. Zumindest für den niedrigen Frauenanteil in Statusberufen und auf höheren Hierarchieebenen, zum Beispiel in der Politik und in der Wirtschaft, müssen die Gründe auch anderswo gesucht werden. Im männlich geprägten Staatssozialismus der DDR dürften Machtprobleme eine gewichtige Rolle gespielt haben. Aber auch hier fehlen bisher einschlägige Forschungen zur Aufdeckung der Mechanismen.

Ein geradezu klassisches Modell für den Rückgang des Frauenanteils auf den höheren Hierarchieebenen einer Institution stellt die Hochschule dar, und zwar im Osten wie im Westen. Die Unterschiede waren nur gradueller Art. Wenn sich die beiden Hochschulsysteme auch in ihrer Entwicklung und in vielen wesentlichen Merkmalen unterschieden, hinsichtlich der Marginalität von Frauen in den oberen akademischen Statusgruppen und in Führungspositionen waren sie sich sehr ähnlich; allerdings waren Frauen bei den Studierenden und in der Berufsgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der DDR in stärkerem Maße präsent als in der Bundesrepublik Deutschland.

---

<sup>1</sup> Zentralinstitut für Berufsbildung Berlin (Hrsg.): Studie zur beruflichen Orientierung der Mädchen und Frauen unter den Bedingungen der umfassenden Intensivierung unter besonderer Berücksichtigung der Facharbeiterberufe. Berlin 1989.

Wo liegen die Gründe für die Ähnlichkeiten? Was haben Frauen in der nunmehr gesamtdeutschen Hochschullandschaft zu erwarten? Wird sich die Männerdominanz beider Systeme potenzieren, oder wird es den Frauen mit vereinten Kräften gelingen, ihre Handlungsspielräume zu erweitern? Noch ist der Prozeß der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern nicht abgeschlossen, aber die Hoffnungen, daß sich an der Marginalität von Frauen in dieser Institution mit der Vereinigung etwas ändern würde, werden geringer, der Ausspruch über die "Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit" ist zunehmend auch in den Hochschulen zu vernehmen.

Wenn den "Ostfrauen" heute der Vorwurf gemacht wird, im Prozeß der Hochschulerneuerung nicht genügend um die Wahrung ihres Besitzstandes gekämpft zu haben, so ist dem entgegenzuhalten, daß mit einer solchen Entwicklung aus Ostsicht nicht unbedingt zu rechnen war. Unmittelbar nach der Wende hielten Frauen in den neuen Ländern ihre Positionen an den Hochschulen trotz der Warnungen erfahrener Hochschulfrauen aus den alten Ländern nicht grundsätzlich für gefährdet. Sie engagierten sich auf der Grundlage des Erreichten für das Neue, das ihnen mehr Chancen als Einschränkungen zu bieten schien: Freiheit der Forschung und der Lehre, unbeschränkte Kommunikations- und Publikationsmöglichkeiten, nationale und internationale Kooperation.

Wie eine (nicht repräsentative) Briefbefragung von Hochschullehrerinnen Ende November 1990 ergab, war der "Grundtenor ihrer Aussagen zum Arbeitsbereich, zum Forschungs- und Lehrgebiet und zur Bewertung der eigenen Aussichten Unsicherheit, schwankend zwischen Befürchtungen und Hoffnungen auf eine positive Entwicklung, wobei die Hoffnung zu diesem Zeitpunkt noch eindeutig überwog".<sup>1</sup>

Von dieser eher hoffnungsvollen Stimmung ist drei Jahre nach dem Fall der Mauer nicht mehr viel zu spüren. Unter dem Eindruck des sich verstärkenden Konkurrenzkampfes an den Hochschulen und der ungünstigen Situation auf dem akademischen Arbeitsmarkt überwiegt zunehmend die Resignation besonders bei der älteren Generation der Hochschulfrauen. Hinzu kommt, daß die direkte Konfrontation mit dem westdeutschen Hochschulalltag zur Desillusionierung der "Ostfrauen" im Hinblick auf die Praxiswirksamkeit der Frauenbewegung beiträgt.

---

<sup>1</sup> Stein, R.H.; Hildebrandt, K.: "Töchter der Arbeiterklasse" - Hochschulstudium und -beruf von Frauen in der DDR. In: Schlüter, A. (Hrsg.): Arbeitertöchter und ihr sozialer Aufstieg. Weinheim 1992, S. 165.

Anders als in der DDR begann die Frauenbewegung in den alten Bundesländern Ende der 60er Jahre als "Emanzipation von unten". Vor allem in der Auseinandersetzung mit den patriarchalen Strukturen des Hochschulsystems wurden Theorien zur Gleichheit und Differenz der Geschlechter entwickelt, an den Hochschulen etablierten sich Frauenforschung und Institutionen zur Durchsetzung von Frauenforderungen. Frauenbeauftragte gehören seit Jahren zum selbstverständlichen Bestandteil westdeutscher Hochschulen. Trotz alledem hat sich der Anteil der Frauen, denen der berufliche Aufstieg in die höchsten Stufen der Wissenschaftshierarchie gelingt, nach wie vor kaum erhöht. So lag der Frauenanteil bei den C4-Professuren 1984 und 1990 annähernd konstant bei 2,6 Prozent, und nur bei den C3-Professuren ist ein leichter Anstieg von 5,4 Prozent (1984) auf 6,1 Prozent (1990) zu verzeichnen.

Im Gegensatz zu einer in diesem Prozeß entstandenen hohen Sensibilität der "Westfrauen" für ihre Probleme in der Gesellschaft, insbesondere in der Institution Hochschule, waren Wahrnehmungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft der "Ostfrauen" von der seit Jahrzehnten postulierten und - sieht man von Hierarchieproblemen ab - im unmittelbaren Arbeitsprozeß auch praktizierten Gleichberechtigung geprägt. In der DDR schienen die Dinge staatlicherseits aufs beste geregelt, ein auf Veränderungen zielendes frauenpolitisches Engagement nach westlichem Muster erübrigte sich hier mithin. Erreichtes durfte nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, in der offiziellen Lesart wurde lediglich die Notwendigkeit partieller Verbesserungen eingeräumt und von Fall zu Fall unter Mitwirkung von Frauen auch realisiert.

Historische Forschungen, die in den Prozeß der wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte eingebettet sein müssen, werden nötig sein, um ein fundiertes Urteil über die gesellschaftliche Stellung der Frauen in der DDR, insbesondere ihre Berufs- und Bildungschancen, und die (Langzeit-)wirkungen der Frauenpolitik in dieser Gesellschaft zu ermöglichen. Ebenso bedarf die aktuelle Entwicklung der Situation von Frauen an Hochschulen und auf dem akademischen Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland der begleitenden Forschung. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob die Vereinigung neue Frauenkräfte freisetzt oder ob es zu einer gesamtdeutschen Fortschreibung der "Westverhältnisse" kommt.

Wie in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs nicht anders zu erwarten, gibt es gegenwärtig zu dieser Thematik mehr offene Fragen als Antworten. Das gilt auch generell für das Thema "Hochschulerneruerung in den neuen Bundesländern". Die Analyse und die Unterstützung dieses Prozesses sind Aufgaben der im Februar 1991 gegründeten Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschung zählen:

- Wandel in den Ausbildungsprofilen
- Hochschulzugang
- Studienberatung und Studienverhalten
- Personelle Erneuerung
- Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen
- Auswärtige Wissenschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa.

Ausgewählte Arbeitsergebnisse des ersten Jahres sind im Heft 3/1991 dieser Reihe des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung erschienen.

Schon bald nach der Wende wurde erkennbar, daß die Veränderungen des Hochschulsystems Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise trifft und daß der Erneuerungsprozeß auch geschlechtsspezifisch wahrgenommen und verarbeitet wird. Dies veranlaßte die Mitarbeiterinnen der Projektgruppe, ein Querschnittsprojekt "Frauen an Hochschulen in den neuen Bundesländern" ins Leben zu rufen. Die Besonderheit der Vorgehensweise in diesem Projekt besteht darin, daß die "Frauenfrage" in die Problemstellung der oben genannten Themen eingebettet ist und nicht isoliert behandelt wird. Das erklärt auch die Heterogenität der hier vorgestellten Arbeitsergebnisse. Die Einzelbeiträge wurden aus der laufenden Forschung abgehoben und unterscheiden sich in bezug auf Zeithorizont, Fachspezifik und Methodik.

Die interdisziplinär zusammengesetzte Projektgruppe verfügt über einen umfangreichen, weit in die Hochschulgeschichte der DDR zurückreichenden Literatur- und Datenfundus. Mit dem Rückgriff darauf und gestützt auf biographisch erworbene Insiderkenntnisse wird versucht, die veränderte Situation von Frauen im Hochschulsystem heute vor dem Hintergrund ihrer DDR-Sozialisation und mit Blick auf die Hochschulrealität in den alten Ländern abzubilden.

Die Autorinnen sind sich der Tatsache bewußt, daß der derzeitige Erkenntnisstand nicht viel mehr als einen Problemeinstieg ermöglicht. In Anbetracht der Einmaligkeit der historischen Situation und des dynamischen Verlaufs der Entwicklung in diesem Teil Deutschlands muß aber jede realitätsbezogene Darstellung zwangsläufig den Charakter einer Momentaufnahme tragen. Die Aussagekraft erwächst im vorliegenden Fall aus der Vielfalt der angesprochenen Themen. Das Spektrum reicht von den Studienabsichten künftiger Abiturienten bis hin zur beruflichen Situation von Absolventinnen und Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen.

Die Beiträge geben im wesentlichen Fakten wieder. Sofern Interpretationen vorgenommen werden, sind sie als Diskussionsangebote und Ausgangspunkte

für weitere Untersuchungen gedacht. Für abschließende Wertungen reichen die theoretischen Grundlagen und empirischen Befunde nicht aus. Wir betrachten dies als Ermutigung, unser 1992 initiiertes Frauen-Querschnittsprojekt fortzusetzen.

In den folgenden Beiträgen wird in Anlehnung an den zumeist üblichen Sprachgebrauch darauf verzichtet, bei Begriffen, die Männer und Frauen gleichermaßen bezeichnen, die weibliche Form getrennt aufzuführen.

## Hochschulzugang von Frauen in den neuen Bundesländern

Irene Lischka

Der Anteil der Frauen unter den Studienanfängern der neuen Bundesländer ging in den zurückliegenden drei Jahren zurück. Allerdings ist der Hochschulzugang von Besonderheiten, z. B. der verstärkten Studienaufnahme von vorzeitig aus dem Wehrdienst entlassenen Männern, überlagert, so daß deshalb nur sehr bedingt auf eine veränderte Studierwilligkeit der Frauen geschlossen werden kann. Bedeutende Verschiebungen ergaben sich allerdings hinsichtlich der Wahl der Fächergruppen bzw. Studienbereiche. Diesbezüglich prägten sich die Unterschiede zwischen Frauen und Männern aus. Hinsichtlich der Gründe für die Studienaufnahme und die Studienfachwahl haben sich jedoch keine Unterschiede herausgebildet, werden die Haltungen der Frauen offensichtlich von der spezifischen Vergangenheit und Sozialisation stark geprägt.

## 1 Hochschulzugang von Frauen in der DDR

Frauen machten seit Mitte der 70er Jahre in der DDR etwa die Hälfte aller Studienanfänger des Hochschuldirektstudiums aus. Frauen nahmen vor allem ein Studium zur Vorbereitung auf ein Lehramt auf (ca. 32 % aller Studienanfängerinnen). Bereits an zweiter Stelle rangierte die Entscheidung für ein ingenieurwissenschaftliches Studium (ca. 20 % aller Studienanfängerinnen), an dritter Stelle die für ein wirtschaftswissenschaftliches Studium (ebenfalls ca. 19 % aller Studienanfängerinnen). Diese Struktur der Studienanfängerinnen nach Fächergruppen, die sich wesentlich von der in den alten Bundesländern unterscheidet, zwingt die Frage nach den Hintergründen, d. h. der Philosophie und den Mechanismen des Hochschulzugangs von Frauen zu DDR-Zeiten auf.

Wer als Antwort und Grundlage dieses interessanten Phänomens ebenso interessante theoretische Überlegungen und Konzeptionen erwartet, wird sich enttäuscht finden. Auf spezielle und unterschiedliche feministische Theorien wie in den alten Bundesländern kann nicht verwiesen werden. Wie insgesamt für die Wege, Mechanismen und Prozesse des Hochschulzugangs zutreffend, sind auch bezüglich des Hochschulzugangs von Frauen vorrangig pragmatische Ansätze zu erkennen. Sie waren primär darauf gerichtet, die Funktion von Hochschulbildung in der DDR, nämlich die Ausbildung für anspruchsvolle berufliche Tätigkeiten in einer zentral bestimmten quantitativen und fachlichen Struktur, auch unter den Aspekten der Gleichberechtigung und Förderung von Frauen zu realisieren.

Den verfassungsmäßig fixierten Grundsätzen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der besonderen Förderung der Frauen, vor allem in der beruflichen Qualifizierung (zu der auch die Hochschulbildung gehörte),<sup>1</sup> wurde durch entsprechende zentrale Vorgaben bzw. Orientierungen entsprochen. Gleichberechtigung bedeutete auch, daß generell angestrebt war, Jungen und Mädchen in sämtliche Bildungsstufen in möglichst gleicher Anzahl aufzunehmen. Diese Orientierungen und die Maßnahmen zur verstärkten Nutzung von Bildungsangeboten durch Mädchen/Frauen scheinen insbesondere in den 50er und 60er Jahren, d. h. solange die Bildungsbeteiligung der Frauen und Mädchen noch unterproportional war, besonders ausgeprägt gewesen zu sein. Für die Zulassung zur Abiturstufe - als der Haupt-  
hürde beim Zugang zu höherer Bildung - konnte diese quantitative Gleichheit in relativ kurzer Zeit und ohne besondere Schwierigkeiten erfüllt wer-

---

<sup>1</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Artikel 20.2. Fassung vom 7. 10. 1974. Berlin 1985, S. 24.

den, gab es doch dafür generell wesentlich mehr Interessenten als Plätze. In anderen Bildungswegen bzw. auch in der Untersetzung nach Fächern, Berufen usw. konnten die genannten Grundsätze aufgrund einer ungleich anderen Bewerbersituation nur bedingt erfüllt werden. Das gilt z. B. auch für die Berufsausbildung mit Abitur (ein Drittel aller Abiturienten absolvierte diesen Bildungsweg), für die es aufgrund der dafür zugelassenen Berufe nicht gelang, mehr als 35 % Mädchen aufzunehmen. "Ausgleichend" dafür erwarben an den erweiterten Oberschulen (EOS) bis zu 60 % Mädchen das Abitur.<sup>1</sup>

Zu verweisen ist auf die ambivalente Thematisierung der Fragen zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Einerseits wurde dieser verfassungsmäßige Grundsatz prinzipiell sowohl formal als auch praktisch nachhaltig betont. Andererseits, bzw. eben deshalb, schien es offenbar kaum mehr notwendig, diesen Grundsatz in den der Verfassung untergeordneten Gesetzen, Anordnungen usw. nochmals gesondert auszuweisen. Darauf verweist u.a. die Tatsache, daß z. B. die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme in die Abiturstufe (Aufnahmeordnung von 1981)<sup>2</sup> keine spezielle Aussage zur Berücksichtigung weiblicher Bewerber enthält, obwohl man gerade für die Aufnahme in die Abiturstufe von rigiden Quoten ausgehen kann.

Selbst grundlegende Publikationen und Konzeptionen zum Hochschulwesen der DDR<sup>3</sup> enthalten keine gesonderten Ausführungen zu dieser Thematik. Das gilt auch für die seit 1971 bis 1989 gültige Zulassungsordnung für den

---

<sup>1</sup> Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung. Berlin 1990, S. 66 und 67.

<sup>2</sup> Anordnung über die Aufnahme in die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule und in Spezialeklassen an Einrichtungen der Volksbildung sowie über die Bestätigung von Schülern für die Bewerbung um eine Lehrstelle in der Berufsausbildung mit Abitur - Aufnahmeordnung vom 5. Dezember 1981. Gesetzblatt I, Nr. 4. Berlin 1982.

<sup>3</sup> Vgl. u.a.:

1. Institut für Hochschulbildung (Hrsg.): Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick. Berlin 1980.

2. Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. Gemeinschaftsarbeit der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, des Zentralinstituts für Berufsbildung, des Instituts für Fachschulwesen, des Zentralinstituts für Hochschulbildung und der Humboldt-Universität. Berlin 1989.

3. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984.

Hochschulzugang sowie die jährlich herausgegebenen "Direktiven" für die bevorstehenden Studienjahre.<sup>1</sup>

Man kann einerseits davon ausgehen, daß sich seit den 70er Jahren bereits ein solches Selbstverständnis entwickelt hatte, daß Mädchen und Jungen (sofern vom vorhandenen Potential her möglich) in etwa gleichen Anteilen an Bildung und Qualifikationen beteiligt werden sollten und es dafür keiner Argumentation mehr bedurfte. Andererseits ist aber auch darauf zu verweisen, daß offizielle Dokumente in der Regel noch durch interne Orientierungen, z. B. bezüglich der Lenkung und Aufnahme von Mädchen in technische Berufe und Studienrichtungen, mündlich oder schriftlich ergänzt wurden. Diese lassen sich retrospektiv kaum noch nachweisen.

Dem Prinzip, daß in allen Bildungsebenen und Berufen mit einigen Ausnahmen ein gleicher Anteil von Frauen und Männern anzustreben war, lagen insbesondere in den frühen DDR-Jahren einseitige und stark verabsolutierende Erziehungs- und Sozialisations-Vorstellungen zugrunde. Auch daraus resultierte, daß Frauen - staatlich gewünscht - massiv darauf orientiert und auch bevorzugt berücksichtigt wurden, wenn sie in die traditionell von Männern besetzten Felder "eindrangen". Gleichzeitig fehlten in den traditionell von Männern besetzten Berufsfeldern, insbesondere in technischen Berufen, ständig Arbeitskräfte - sowohl auf der Facharbeiter-, Fach- und Hochschulebene. Dem stand kein ausreichendes Potential an Männern gegenüber, so daß auch aus diesem Grund Frauen auf die entsprechenden Fachgebiete gelenkt wurden. Als Resultat dessen konnten Frauen sich damit teilweise tatsächlich in für sie neuen Berufsfeldern erfolgreich bewähren. Andererseits war aber auch ein späteres Abdriften einzelner Frauen aus so gewählten Berufsfeldern zu beobachten, wofür allerdings sehr unterschiedliche Gründe anzunehmen sind.

Der Hochschulzugang von Frauen in der DDR muß aufgrund der damaligen Bedingungen insgesamt als ambivalent eingeschätzt werden. Einerseits wurde über zentrale Orientierungen beim Zugang zur Abiturstufe erreicht, daß

---

<sup>1</sup> Vgl. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.):

1. Direktive für das Studienjahr 1984/85 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984.
2. Direktive für das Studienjahr 1986/87 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1986.
3. Direktive für das Studienjahr 1987/88 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1987.
4. Direktive für das Studienjahr 1988/89 an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1988.

Frauen und Männer in fast gleichem Maße an Hochschulbildung teilnahmen. Mit der engen Ableitung des Abiturientenaufkommens aus der Zahl der geplanten Studienanfänger (durchschnittlich 1,2 bis 1,4 Abiturienten pro Studienanfängerplatz) und der nach dem Geschlecht proportionalen Zulassung zur Abiturstufe war die Struktur der Studienanfänger nach dem Geschlecht insgesamt nur begrenzt variabel.

Über die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen, außerordentlich preiswerten Wohnheimplätzen sowie durch Sonderstudienpläne für Studentinnen mit Kindern bestanden aber nicht nur geeignete Voraussetzungen für den Hochschulzugang von Frauen, sondern auch für deren erfolgreichen Studienabschluß bei ggf. gleichzeitiger Familiengründung. Dafür sprechen u. a. die gleichen Studienresultate, hohen Absolventenquoten und geringen Abbrecherquoten der Frauen, selbst bei der unter DDR-Verhältnissen typischen Familiengründung während des Studiums.<sup>1</sup>

Andererseits ist belegt, daß gerade Frauen aufgrund der vorgegebenen Struktur der Studienplätze wesentlich seltener als Männer ihre fachlichen Bildungsabsichten und -wünsche verwirklichen konnten. Der hohe Anteil der Frauen in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften geht einher mit einer deutlich geringeren Motivation der Frauen für ihr Studium und die anschließende berufliche Tätigkeit. Bildungssoziologische Untersuchungen ergaben:

- Frauen in den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften wollten zu 35 % - 38 % ein anderes Fach studieren, waren mithin in diese Fächergruppen umgelenkt worden.<sup>2</sup> Innerhalb dieser Fächergruppen bestanden noch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Studiengängen. So war nur für 40 % der Frauen in Verfahrenstechnik, für 48 % im Maschinenbau die getroffene Entscheidung im Sinne ihres tatsächlichen Wunsches.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Schreier, K.: Zur Familiensituation von Hochschulabsolventen bei Studierenden. In: Zentralinstitut für Jugendforschung/Karl-Marx-Universität Leipzig (Hrsg.): Leistungsentwicklung im Studium. Leipzig 1989, S. 100.

<sup>2</sup> Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 6/1985, Berlin 1984, S. 5.

<sup>3</sup> Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern. Bildung - Wissenschaft - Aktuell 3/93, Bonn 1993, S. 7.

- Frauen wählten diese Studienfächer, weil sie in Kenntnis der Situation dafür entweder von vornherein bessere Zulassungschancen für sich sahen oder aber nach abgelehnter Erstbewerbung umgelenkt worden waren.<sup>1</sup>
- Frauen in den genannten Fächergruppen gaben für das gewählte Studienfach geringere Eignung, Neigung und Interessen an als ihre männlichen Kommilitonen.<sup>2</sup>
- Relativ unabhängig von den gewählten bzw. bereitgestellten Studienfächern waren auch in der DDR Mädchen und Frauen stärker als Jungen daran interessiert, mit ihrem angestrebten Beruf Menschen zu helfen und Wissen weiterzugeben.<sup>3</sup> Gleichzeitig war ihre Karriereorientierung (Übernahme von Leitungsfunktionen, berufliche Entwicklung, Verdienst) innerhalb sämtlicher Studienfächer bereits bei Studienbeginn geringer ausgeprägt als bei ihren männlichen Mitstudenten.<sup>4</sup> Das dürfte u. a., wenn auch durchaus nicht ausschließlich, die differenzierten Berufsverläufe von Frauen und Männern nach Studienabschluß erklären.

Die genannten Befunde belegen, daß Frauen beim Hochschulzugang in der DDR stärker als Männer bevormundet und fremdbestimmt waren. Nur vor diesem Hintergrund ist es möglich, aktuelle Erscheinungen, wie z. B. den sinkenden Frauenanteil in bestimmten Studienfächern, nicht nur als Rückschritt in tradierte Verhaltensweisen, sondern auch als Gewinn hinsichtlich eines selbstbestimmten Bildungsverhaltens zu werten.

## 2 Veränderte Bedingungen für den Hochschulzugang

Der Hochschulzugang von Frauen in den neuen Bundesländern änderte sich innerhalb der zurückliegenden drei Jahre deutlich, in den kommenden Jahren ist mit weiteren Verschiebungen zu rechnen. Woraus resultieren diese, was bildet dafür den äußeren Rahmen?

---

<sup>1</sup> Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher; a.a.O., S. 23 und 35.

<sup>2</sup> Schneider, G.: Studienwahlverhalten Jugendlicher - Motivation. Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 9/1984, Berlin 1983, S. 12-14.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 29.

Nachfolgend sei auf jene Veränderungen des äußeren Bedingungsgefüges verwiesen, die die derzeitige Entwicklung prägen. Sie dürften differenzierte Wirkungen auf den Hochschulzugang von Frauen und Männern haben.

1. Seit spätestens 1991 wird ein relativ unbegrenzter Zugang zur gymnasialen Oberstufe und damit zum Erwerb der Studienberechtigung gewährt. Das bedeutet gegenüber der Zulassung zur Abiturstufe zu DDR-Zeiten u. a.: Aufhebung von einheitlichen, engen quantitativen Limitierungen beim Zugang zu Abiturbildung; Entfallen von Vorgaben für die Zulassung zu Abiturbildung nach dem Geschlecht; Wegfall von Kriterien der sozialen Herkunft, des sozialen Verhaltens einschließlich der engen Leistungsparameter. Das bedeutet aber auch, daß sich die quantitativ-strukturellen Vorgaben für den Zugang zu Abiturbildung in der DDR infolge der zeitlichen Verzögerungen bis zur Studienaufnahme noch bis etwa 1995 auf den Zugang zu den Hochschulen auswirken können.
2. Einhergehend mit der Umgestaltung des Bildungsbereichs und Öffnung der gymnasialen Oberstufe veränderte sich die Funktion von Abiturbildung gravierend. Abiturbildung hatte zu DDR-Zeiten ausschließlich die Funktion der Studienvorbereitung. Dementsprechend waren den Abiturienten faktisch andere Möglichkeiten beruflicher Ausbildungen verschlossen, was einen gewissen Zwang zur Studienaufnahme einschloß. Nicht zuletzt daraus resultierte die enorme Bruttostudierquote von weit über 90 %.
3. Wesentlich veränderten sich auch die Bildungsinhalte und -methoden der gymnasialen Oberstufe (z. B. erweiterte geistig-kulturelle Bildung, reduzierte mathematisch-naturwissenschaftliche Inhalte, erhöhte Anforderungen an selbständiges Arbeiten). Es ist anzunehmen, daß dies auch die Einstellung von Frauen und Männern zum Erwerb höherer Bildung sowie die Nachfrage nach bestimmten Studienfächern prägen könnte.
4. Seit 1991 können Studienfach und Hochschule, bei Einschränkungen in den bislang wenigen NC-Fächern, relativ frei gewählt werden. Damit besteht bei der Studienentscheidung ein wesentlich erweiterter Handlungsspielraum gegenüber den bis dato vorgegebenen Studienplatzkontingenten als Rahmen der Studienzulassung.
5. Von Einfluß auf den Hochschulzugang sind ebenfalls folgende Veränderungen:  
Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnis über den Hochschulbereich auf die einzelnen Länder; damit einhergehende Strukturierung der Hochschullandschaft unter länderspezifischen Aspekten bei gleichzeitiger

Reduzierung der Anzahl der Hochschulen mit universitärem Status; Verbreiterung des inhaltlichen Profils der Universitäten und Einführung von Fachhochschulen als neuem Hochschultyp. Die damit verbundene Verschiebung des Netzes einschließlich des inhaltlichen Profils der Hochschulen innerhalb einzelner Regionen kann die Bildungswünsche erheblich prägen. Generell ist der Einfluß der Hochschulstandorte auf die Bildungsentscheidung belegt.

6. Mit der Aufhebung der Fachschulstufe in ihrer bisherigen Funktion und Größenordnung (ca. 12 % eines Altersjahrgangs begann ein Fachschuldirektstudium, darunter 8,5 % an Ingenieurschulen) veränderte sich der Entscheidungsspielraum beim Zugang zu höheren beruflichen Qualifikationen.

Aufgrund der Tatsache, daß die Fachschulstufe vorrangig von Frauen und Mädchen absolviert wurde (rd. vier Fünftel der Fachschulabsolventen waren Frauen), stellt sich die Frage, in welche anderen Bildungswege, Bildungsstufen bzw. Berufe nunmehr dieses Potential "abwandert". Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Anforderungsniveau der Fachschulstufe sehr heterogen war. Frauen wurden an Fachschulen vorrangig zu Unterstufenlehrerinnen, Erzieherinnen oder mittleren medizinischen Kräften (Krankenschwestern) ausgebildet.

Relativ unabhängig vom Bildungsbereich sind folgende wesentliche äußere Veränderungen in Rechnung zu stellen, die den Hochschulzugang von Frauen ebenfalls erheblich beeinflussen dürften:

7. Fast vollständiger Umbruch des Arbeitsmarktes durch den radikalen Abbau von Industriearbeitsplätzen bei leichtem Anstieg in Handwerk und Dienstleistungsbereich.
8. Überproportional hohe Arbeitslosenquote bei Frauen sowie die Verschlechterung der Bedingungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft.

### 3 Quantitative Entwicklungen

In den 70er Jahren war in der DDR der Anteil der Frauen beim Zugang zur Hochschulbildung (Direktstudium) ständig gestiegen und erreichte Anfang der 80er Jahre (1980 mit 53,1 %) die maximalen Werte (siehe Tabelle 1). Im Laufe der 80er Jahre sank der Anteil der Frauen wieder leicht und betrug 1989 nur noch 47,3 %. Diese Entwicklung kann retrospektiv nur bedingt

erklärt werden. Möglicherweise änderten sich die Bildungsnachfrage und auch das Bildungsverhalten (z. B. die Kompromißbereitschaft, ein nicht gewünschtes Studienfach zu wählen) der Frauen in den 80er Jahren tatsächlich. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß Jungen in zunehmendem Maße bevorzugt zum Studium zugelassen wurden. Zumindest aus den Bereichen Medizin und Lehrerbildung, in denen vorwiegend Frauen tätig sind, gibt es dementsprechende Hinweise.

Bei der Bewertung der angeführten Relationen ist allerdings zu berücksichtigen, daß Männer in vermutlich nicht unbedeutender Anzahl ein Studium an militärischen Hochschulen aufnahmen (dazu liegen keine genauen Daten vor). Unter Berücksichtigung dessen ist die Geschlechterrelation beim Zugang zur Hochschulbildung (Direktstudium) im Jahr 1980 auf ein Verhältnis von 48 % Frauen zu 52 % Männer zu schätzen. Für 1989 kann danach von einem Verhältnis von 42 % Frauen zu 58 % Männer ausgegangen werden. Weitere leichte Verschiebungen zu Lasten des Frauenanteils ergeben sich, wenn das Hochschulfernstudium berücksichtigt wird. In den 80er Jahren nahmen jährlich 2.200 bis 3.000 Studienberechtigte ein Hochschulfernstudium auf. Der Anteil der Frauen unter den Fernstudenten betrug reichlich 30 %.<sup>1</sup>

Insgesamt, d. h. unter Berücksichtigung des Fern- und Direktstudiums sowie der mutmaßlichen Anzahl von jährlich rd. 4.000 männlichen Studienanfängern an militärischen Hochschulen, betrug damit der Anteil von Frauen beim Zugang zur Hochschulbildung in den Jahren

1980 ca. 45 %

1985 ca. 44 %

1989 ca. 40 %.

Für die Beobachtung aktueller und künftiger Entwicklungen ist allerdings auch der Frauenanteil an Fachschulen der damaligen DDR in Rechnung zu stellen. Seit Mitte der 70er Jahre machten Frauen trotz ebenfalls leicht sinkender Tendenz etwa 80 % der Studienanfänger an Fachschulen aus. Die Differenziertheit des Anforderungsniveaus der Fachschulstufe verbietet zwar eine generelle Gleichsetzung und Addition zum Hochschulzugang. Die fast vollständige Aufhebung dieser Bildungsstufe, die jährlich mehr als 20 % der Frauen eines Altersjahrgangs besuchten, dürfte aber zwangsläufig Verän-

---

<sup>1</sup> Grygier, B.; Wunsch, R.: Zugang von Frauen und Mädchen zum Hoch- und Fachschulstudium. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Forschung über das Hochschulwesen 68/1988, Berlin 1988, S. 11.

derungen im Zugang zu den anderen Bildungsstufen und -wegen nach sich ziehen (z. B. erhöhte Nachfrage nach Abiturbildung).

Tabelle 1: Anzahl (in Tsd.) und Anteil (%) der Frauen an den Studienanfängern (Direktstudium) in den neuen Bundesländern

Jahr	Hochschulen			Fachschulen		
	Anzahl insg. (Tsd.)	Anzahl weibl. (Tsd.)	Anteil (%) weibl.	Anzahl insg. (Tsd.)	Anzahl weibl. (Tsd.)	Anteil (%) weibl.
1951	9,6	-	ca. 23	-	-	-
1960	20,7	-	ca. 31	19,5	-	ca. 32
1970	30,8	13,8	44,7	23,0	14,5	62,9
1975	27,8	13,6	49,0	34,5	27,7	80,3
1980	26,8	14,2	53,1	35,6	29,9	83,6
1985	26,5	13,6	51,5	33,0	26,4	80,3
1986	25,9	13,5	52,1	32,2	25,8	80,0
1987	25,4	13,0	51,2	31,6	24,9	78,9
1988	26,0	12,6	48,6	30,2	23,9	79,3
1989	26,1	12,4	47,3	27,7	22,1	79,7
1990	35,2	14,2	40,4	-	-	-
1991	30,4	12,7	41,8	-	-	-
1992	29,2 <sup>1</sup>		50,3 <sup>2</sup>			

<sup>1</sup> Nur Anfänger aus den neuen Ländern

<sup>2</sup> Anteil bezieht sich nur auf das SS 1992

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung. Berlin 1990.

2. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Fachschulstatistik der DDR. Berlin 1971, 1976, 1981, 1986, 1987, 1988, 1989.

(Fortsetzung...)

Aus den vorliegenden Daten der letzten drei Jahre lassen sich noch keine zuverlässigen Tendenzen bezüglich der künftigen quantitativen Entwicklung des Hochschulzugangs von Frauen ableiten. Der Hochschulzugang der letzten drei Jahre war überlagert von Besonderheiten, die das äußere Bild verzerren. Der drastische Rückgang des Frauenanteils im Jahre 1990 - trotz einer höheren Anzahl von Studienanfängerinnen - macht dies besonders deutlich. Die höhere Nachfrage im Jahre 1990 spricht für den sowohl bei Frauen als auch bei Männern vorhandenen Nachholbedarf an Hochschulbildung, der unmittelbar nach dem politischen Umbruch realisiert wurde. Sie steht aber auch im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Vorpraktikums, durch das ein Teil der Frauen das Studium bis dato ebenfalls zeitlich verzögert begann. Der geringe Anteil der Frauen von 40,4 % im Jahre 1990 ist noch kein Indiz eines veränderten Bildungsverhaltens. Vielmehr begannen 1990 ca. 21,0 Tsd. Männer ein Studium, mithin 7,3 Tsd. mehr als 1989 - vorwiegend aufgrund vorzeitiger Entlassungen aus dem ursprünglich verlängerten Wehrdienst.

1991 stieg der Anteil der Frauen mit 41,8 % wieder leicht an, erreichte aber nicht die vorjährige Höhe. Das deutet auf eine Annäherung an die alten Bundesländer in der Bildungsbeteiligung der Frauen hin.

Bei Berücksichtigung sämtlicher Hauptstudienformen (Direktstudium, Fernstudium, Abendstudium) wird aber auch zu dieser Position deutlich, daß der Unterschied zwischen 1989 und 1991 tatsächlich "nur" 3,1 Prozentpunkte beträgt (siehe Tabelle 2, Spalte 3). Die Gegenüberstellung der absoluten Zahlen (siehe Tabelle 1, Spalte 3) zeigt sogar einen absoluten Anstieg der Frauen in 1990 (Nachholbedarf) und fast gleiche absolute Zahlen in 1991 wie 1989. Aufgrund der Tatsache, daß 1991 ebenso viele Frauen wie 1989 die

---

<sup>1</sup>(...Fortsetzung)

3. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Hochschulstatistik der DDR. Berlin 1971, 1976, 1981, 1986, 1987, 1988, 1989.

4. Ministerium für Bildung (Hrsg.): Hochschulstatistik 1989 - Studierende. Berlin 1990 (bearbeitet an der TU Magdeburg).

5. GESTAL - Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Hrsg.): Hochschulstatistik 1990 - Studierende (Beitrittsgebiet). Berlin 1991 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

6. GESTAL (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991 - Studierende (Beitrittsgebiet). Berlin 1992 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

7. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Studenten an Hochschulen. Sommersemester 1992. Vorbericht. In: Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1, Wiesbaden 1992.

8. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Studienanfänger- und Studentenzahlen für die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland im Wintersemester 1992/93 im Vergleich zu den Wintersemestern 1989/90 bis 1992/92. Bonn 1993.

Studienberechtigung erwerben (Abiturienten 1991 wurden noch unter DDR-Bedingungen zur Abiturstufe zugelassen), läßt sich folgern, daß sich die Studierwilligkeit zunächst kaum geschlechtsdifferenziert veränderte. Vielmehr sank sie bei Frauen und Männern in fast gleichem Maße. Das belegen auch die Befragungen bei den potentiellen Studienbewerbern,<sup>1</sup> während andere Erhebungen bei Frauen ein stärkeres Sinken der Studierneigung signalisieren.<sup>2</sup>

Tabelle 2: Anteil (in %) der Frauen an den Studienanfängern der neuen Bundesländer zwischen 1989 und 1991

Jahr	Anteil im Direktstudium (%)	Anteil in allen Hauptstudienformen (%)
1989	47,3	45,9
1990	40,4	40,4
1991	41,8	42,8

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Im Prozeß der Umstrukturierung der gesamten Hochschullandschaft verschoben sich aber die Studienanfängerzahlen zwischen den einzelnen neuen Ländern und darunter auch der Anteil der Frauen (siehe Tabelle 3).

Der Anteil weiblicher Studienanfänger variiert zwischen den einzelnen Ländern. 1989 lag er in Brandenburg mit 55,3 % höher als in den anderen neuen Bundesländern, in Sachsen dagegen mit 42,8 % am niedrigsten. Brandenburg und Sachsen bilden auch 1991 noch die Extrema, wobei der Rückgang in Sachsen über 6 %, in Brandenburg aber nur 1,5 % beträgt. Die angeführten Unterschiede sind im Zusammenhang mit dem Ausbildungsprofil der einzelnen Bundesländer zu sehen. In Sachsen dominieren Ingenieurwissenschaften, die generell und insbesondere von Frauen mit fallender Tendenz nachgefragt

<sup>1</sup> Lischka, I.: Potentielle Studienberechtigte in den neuen Bundesländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung (Hrsg.): Projektberichte 2/1992, Berlin 1992.

<sup>2</sup> Durrer, F.; Heine, Ch.: Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten '92 aus den neuen Ländern. HIS-Projektberichte, Hannover 1993.

werden. In Brandenburg dagegen sind über 60 % der Studienanfänger in Lehramtsstudiengängen, die traditionell von Frauen bevorzugt werden.

Insgesamt gilt, daß der Frauenanteil unter den Studienanfängern generell und auch in den einzelnen Bundesländern 1990 deutlich unter den Werten von 1989 lag, 1991 aber wieder leicht stieg oder, wie in Sachsen und Sachsen-Anhalt, auf dem geringeren Niveau stagnierte.

Tabelle 3: Anteil (in %) der Frauen an den Studienanfängern in den einzelnen neuen Bundesländern

Jahr	neue Länder insgesamt	Berlin (O)	Brandenburg	Meckl.-Vorpomm.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1989	47,3	51,2	55,3	49,1	42,8	52,9	46,0
1990	40,4	44,8	41,4	45,2	36,5	42,2	38,8
1991	41,8	47,1	53,8	45,8	36,5	42,5	38,7

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

#### 4 Fächergruppenwahl der Frauen

Im Unterschied zu den relativ geringen Verschiebungen bezüglich der Gesamtheit des Hochschulzugangs änderte sich die Wahl der Fächergruppen bei Frauen deutlich. Das gilt sowohl absolut als auch relativ (siehe Tabelle 4). Auffallend ging der Frauenanteil in Mathematik/Naturwissenschaften von 36 % auf 25 % und in den Ingenieurwissenschaften von 24 % auf 13 % zurück. Der höhere Frauenanteil bis 1989 war in besonderem Maße durch entsprechende staatliche Lenkungen erzielt worden. Insofern ist die aktuelle Entwicklung nicht allein als Rückdrängen der Frauen auf tradierte Berufs- und Bildungsfelder zu interpretieren. Auffallend ist auch der deutlich gesunkene Frauenanteil in den Wirtschaftswissenschaften. Im Zusammenhang mit den enorm gestiegenen Studienanfängerzahlen in dieser Fächergruppe bei einer fast konstanten Anzahl Frauen verweist diese Erscheinung aber vor allem auf die beträchtlich gewachsene Attraktivität eines solchen Studiums für Männer. Frauen sind dagegen in den Rechtswissenschaften sowie in den im weiten Sinne Geisteswissenschaften (zusammengefaßt als sonstige) absolut und relativ stärker präsent als zu DDR-Zeiten.

**Tabelle 4: Anteil von Frauen unter den Studienanfängern an Hochschulen der neuen Bundesländer nach Fächergruppen bzw. Studienbereichen (in %)**

Fächergruppe/Studienbereich	1989	1990	1991
Mathematik/Naturwissenschaften	35,9	28,9	25,3
Ingenieurwissenschaften	24,1	18,6	13,3
Medizin	49,5	44,8	50,5
Veterinärmedizin	42,0	33,3	53,8
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften	54,9	47,5	49,1
Wirtschaftswissenschaften	74,6	57,0	41,9
Rechtswissenschaften	38,4	41,7	46,2
Lehramt	72,8	61,6	70,1
Sonstige	50,8	51,9	56,4
<b>Insgesamt</b>	<b>47,3</b>	<b>40,4</b>	<b>41,8</b>

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Damit verteilten sich die Studienanfängerinnen 1991 im Unterschied zu 1989 wie folgt auf die einzelnen Fächergruppen bzw. Studienfächer:

**Tabelle 5: Verteilung der Studienanfängerinnen an Hochschulen der neuen Bundesländer nach Fächergruppen bzw. Studienbereichen (in %)**

Fächergruppe/Studienbereich	1989	1991
Mathematik/Naturwissenschaften	7	6
Ingenieurwissenschaften	20	7
Medizin	9	10
Veterinärmedizin	6	1
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften		2
Wirtschaftswissenschaften	19	16
Rechtswissenschaften	7	11
Sonstige		21
Lehramt	32	26
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Auch bei dieser Betrachtungsweise zeigen sich die gravierenden Verschiebungen. Während 1989 noch 20 % der Studienanfängerinnen ein ingenieurwissenschaftliches Studium begannen, waren das 1991 nur 7 %. Für ein Lehramt entschieden sich 1989 sogar 32 %, 1991 aber "nur" noch 26 %. Dafür begannen 1991 aber 11 % der Studienanfängerinnen ein rechtswissenschaftliches, 21 % ein im weiteren Sinne geisteswissenschaftliches Studium (sonstiges genannt), während 1989 nur zusammen 7 % diese Studienbereiche wählen konnten.

## 5 Studienabsichten künftiger Abiturientinnen

Die Befragung von Gymnasialschülerinnen der Abiturjahrgänge 1992 und 1994 ergab, daß die Unterschiede bezüglich der Studienbereitschaft zwischen Frauen und Männern bisher relativ konstant sind, sich also in Folge der wirtschaftlich-sozialen Umstellung weder verstärkten noch verringerten. Damit ist eine Ausgangsbasis markiert, von der bei der weiteren Beobach-

tung des Bildungsverhaltens ausgegangen werden kann. Besonders zu verweisen ist darauf, daß auch die Öffnung der gymnasialen Oberstufe (Abiturjahrgang 1994/95) zunächst zu keinen signifikant höheren Abweichungen zwischen Frauen und Männern führte.

Insgesamt gilt allerdings, daß sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine deutlich geringere Studierneigung abzeichnet. Während zu DDR-Zeiten über 90 % der Abiturienten allein ein Hochschuldirektstudium begannen, hatten von den 1991er Abiturienten nur noch 78 % eine solche Absicht. Für die 1992er und die 1994er Abiturjahrgänge wurden mit 73 bzw. 75 % noch geringere Studierneigungen ermittelt (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Studienabsichten unterschiedlicher Abiturjahrgänge (Anteil in %)

Studienabsicht	Abiturienten 1991 <sup>1</sup>			Abiturjahrgänge 1992/1994 <sup>2</sup>				
	insg.	w	m	insg.	w	m	Jg. 1992	Jg. 1994
fest	50	46	55	27	26	29	31	23
wahrscheinlich	25	29	27	47	48	46	42	52
<b>Summe</b>	<b>75</b>	<b>75</b>	<b>82</b>	<b>74</b>	<b>74</b>	<b>75</b>	<b>73</b>	<b>75</b>

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt<sup>1</sup>

<sup>2</sup> Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Von den Abiturienten 1991 wollten 76 % der Frauen und 82 % der Männer studieren. Das entspricht einer Struktur der Studienanfänger von etwa 48 % Frauen und 52 % Männer (bei einer für diesen Jahrgang anzusetzenden 50/50 Geschlechter-Struktur der Abiturienten aus EOS und Berufsausbildung mit Abitur). Aus Berlin und Sachsen-Anhalt vorliegende Daten belegen aber einen wachsenden Anteil von Frauen unter den Gymnasialschülern in Folge der Öffnung der gymnasialen Oberstufe (56 % bzw. 58 %), der auch der Ge-

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Abiturienten 1991 nach Studienabsicht und Ländern. In: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, 2/1991, Wiesbaden 1991, S. 72.

schlechterverteilung an den früheren Erweiterten Oberschulen der DDR entspricht (57 % bis 59 %).<sup>1</sup> Im Zusammenhang mit der erfragten Studienabsicht ergäbe sich daraus rein theoretisch, daß bei den Studienanfängern der nächsten Jahre sogar mit 57 % Frauen und 43 % Männern gerechnet werden könnte, sofern die gegenwärtige Studienabsicht verwirklicht würde. Allerdings sprechen jüngste Untersuchungsbefunde dafür, daß Frauen häufiger als Männer ihre ursprüngliche Studienabsicht aufgeben.<sup>2</sup>

Die Gründe für ein beabsichtigtes Studium lassen generell die sozialisationsbedingten Besonderheiten künftiger Studierender der neuen Bundesländer erkennen (siehe Tabelle 7). So kommt der interessanten (beruflichen) Tätigkeit nach dem Studium absolute Priorität zu (Mittelwert  $x = 1,54$  im fünfstufigen Antwortmodell). Deutlich geringeren Stellenwert hat im Verhältnis dazu der Bildungswert des Studiums ( $x = 2,11$ ). Damit zeigen sich Unterschiede zu den Abiturienten der alten Bundesländer, wie auch andere Untersuchungen (HIS) belegen.<sup>3</sup> Beachtenswert ist allerdings, daß nicht nur die Abiturienten 1990 (HIS-Untersuchung), sondern auch die künftigen Abiturientenjahrgänge (trotz der veränderten Zulassungsbedingungen zur gymnasialen Oberstufe und der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen) noch die angeführten "DDR-typischen" Haltungen zum Studium in relativ stabiler Ausprägung erkennen lassen.

Für die Gesamtheit aller Gründe können kaum Unterschiede nach dem Geschlecht ausgemacht werden. Grundsätzlich zeigen sich also relativ ähnliche Haltungen, Einstellungen bzw. Wertorientierungen der Jugend in den neuen Bundesländern - unabhängig vom Geschlecht. Frauen begründen ihre Studienabsicht ebenso vorrangig (sogar etwas stärker) wie Männer damit, eine interessante Tätigkeit nach dem Studium aufnehmen zu wollen. Bezüglich qualifizierter beruflicher Tätigkeiten von Frauen hat sich in den neuen Bundesländern offenbar ein relativ stabiles, von den alten Bundesländern abweichendes Selbstverständnis entwickelt. Lediglich der erwartete gute Verdienst begründet bei Jungen in stärkerem Maße als bei Mädchen die Studienabsicht.

---

<sup>1</sup> Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Statistische Kennziffernsammlung, Berlin 1990, S. 66.

<sup>2</sup> Durrer, F.; Heine, Ch.: Studien- und Berufsausbildungswahl der Abiturienten '92 aus den neuen Ländern. HIS-Projektbericht, Hannover 1993, S. 3.

<sup>3</sup> Lewin, K.: Die Studienaufnahme 1990/91 in den alten und den neuen Bundesländern. HIS-Kurzinformation A 5/91, Hannover 1991, S. 6.

Tabelle 7: Begründung der Studienabsicht (Mittelwerte x bei fünfstufigem Antwortmodell)<sup>1</sup>

Gründe	Gesamt	Jg. 1992	Jg. 1994	w	m
Interess. Tätigkeit nach Studium	1,54	1,53	1,55	1,52	1,55
Aneignung hoher Bildung	2,11	2,12	2,10	2,13	2,05
Guter Verdienst nach Studium	2,18	2,24	2,11	2,29	1,97

<sup>1</sup> Antwortmodell: 1 - sehr stark zutreffend .... 5 - überhaupt nicht zutreffend

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Die von den Schülern der 11. und 9. Klassen geäußerten Studienfachwünsche belegen ebenfalls die insgesamt starken Veränderungen gegenüber der früheren Fachrichtungsstruktur der Studienanfänger.

Auch wenn bei den Befragten allein durch die bis zur Studienentscheidung verbleibende Zeit noch mit Verschiebungen zu rechnen ist, sind die Unterschiede zu früheren Jahren doch erheblich. Das gilt insbesondere für die Ingenieurwissenschaften. Für diese Fächergruppe, die (bis auf das Studienfach Informatik) mit dem Wissenschaftszweig Technische Wissenschaften (der DDR-Systematik) identisch ist, interessieren sich gegenwärtig nur 8,8 % der befragten künftigen Abiturienten an erster Stelle. In den alten Bundesländern nehmen gegenwärtig aber fast ein Viertel aller Studienanfänger ein ingenieurwissenschaftliches Studium auf.

Großes Interesse gilt der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, benannt von 31 % der Befragten. Dieses konzentriert sich dabei auf die Studienfächer Rechtswissenschaften (9,6 %) und Betriebswirtschaft (16,6 %) mit Anteilen, die fast das Doppelte der Immatrikulationen in den alten Bundesländern betragen.

In Gegenüberstellung der Klassenstufen 11 und 9 zeigten sich insgesamt nur leichte Unterschiede. Die Unterschiede nach dem Geschlecht sind dagegen teilweise erheblich. Insbesondere für die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Medizin interessieren sich Frauen häufiger als Männer. Dagegen beabsichtigen Männer eher als Frauen ein mathematisch-naturwissenschaft-

liches oder ingenieurwissenschaftliches Studium. Das war auch zu DDR-Zeiten erfahrungsgemäß nicht anders, konnte jedoch nicht in dem gewünschten Umfang verwirklicht werden.

Als Grund für die beabsichtigte Studienfachwahl der künftigen Abiturienten steht das fachliche Interesse deutlich an erster Stelle (Mittelwert  $x = 1,16$  im dreistufigen Antwortmodell). An zweiter Stelle wird ein konkreter Berufswunsch genannt, für dessen Erfüllung die beabsichtigte Studienrichtung eine Voraussetzung darstellt. Eine unerwartete Bedeutsamkeit für die Studienfachwahl erhält die Überlegung, sich nach dem Studium selbständig machen zu können. Unerwartet, weil diese Möglichkeiten bis auf Ausnahmen in der DDR nicht bestanden. Die Jugendlichen erkennen aber offenbar sehr rasch die Vorteile der veränderten Bedingungen. Möglicherweise ist auch die Absicht zum Aufbau selbständiger Existenzen, ebenso wie die Polarisierung der Studienfachwünsche, als natürliche Gegenreaktion auf frühere Verhältnisse zu interpretieren.

Beachtenswert ist, daß sich zu den erfragten Positionen keinerlei signifikante Unterschiede nach Klassenstufen und Geschlecht ergeben. Das bestätigt die bereits genannte Annahme, daß die Frauen in den neuen Ländern den Männern gegenüber völlig identische Haltungen zu Studium und Beruf haben, sich diesbezüglich offenbar noch keine Verschiebungen abzeichnen. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß ein feinstufigeres Antwortmodell etwas differenziertere Befunde ergeben könnte.

Tabelle 8: Gründe der Studienfachwahl (Mittelwerte  $x$  bei dreistufigem Antwortmodell)<sup>1</sup>

Gründe	Ge- samt	Jg. 1992	Jg. 1994	w	m
Besonderes fachl. Interesse	1,16	1,16	1,16	1,16	1,17
entspr. Berufswunsch	1,76	1,77	1,74	1,75	1,77
Möglichkeit, sich selbständig zu machen	2,11	2,11	2,10	2,10	2,11
gute Zulassungschancen	2,35	2,36	2,33	2,39	2,27
Studienort	2,59	2,60	2,59	2,60	2,58

<sup>1</sup> Antwortmodell: 1 - ja, 2 - teilweise, 3 - nein

Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung

Insgesamt zeigen die hier vorgestellten Befunde, daß Frauen der neuen Bundesländer aus gegenwärtiger Sicht

- künftig verstärkt Hochschulbildung nachfragen werden, was allein aus der Öffnung der gymnasialen Oberstufe und der Hochschulen resultiert (absoluter Anstieg der Studienanfängerinnen). Zu erwarten ist aber auch, daß sich die Relation nach Geschlechtern dabei nicht wesentlich verändern wird;
- wesentlich stärker als das zuvor möglich war, solche Studiengänge wählen werden, die ihren individuellen Interessen und Neigungen entsprechen;
- innerhalb der einzelnen Studienfächer damit in veränderten Relationen (Anteile) vorhanden sind;
- nach wie vor in gleicher Weise wie Männer für ein Studium motiviert sind und daran ähnliche Erwartungen bezüglich der späteren Verwertung von Hochschulbildung knüpfen.

Auf dieser Basis ist zu beobachten, ob die Einstellungen der Gymnasiastinnen stabil bleiben und sich in ihrem tatsächlichen Bildungsverhalten niederschlagen werden. Anderenfalls bliebe zu analysieren, wodurch sich ursprüngliche Positionen und Studienabsichten ändern.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Irene Lischka  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4

10318 Berlin

## **Frauen aus den neuen Bundesländern in der allgemeinen Studienberatung**

**Gudrun Aulerich  
Karin Döbbling**

Für die Hochschulen in den neuen Ländern wurde Studienberatung im Zusammenhang mit dem Angleichungsprozeß der beiden deutschen Hochschulsysteme aktuell. Aus verschiedenen empirischen Untersuchungen zur Studienberatung nach der Grenzöffnung werden frauenspezifische Aspekte abgehoben, wobei sowohl die Sicht der ratsuchenden als auch der beratenden Frauen Berücksichtigung findet.

Frauen in der Studienberatung, dazu gehören sowohl die Frauen als Studienberaterinnen als auch die Frauen als Ratsuchende, die beide gleichermaßen Gegenstand unserer kurzen Betrachtung sein sollen. Studienberatung, so wie sie in den alten Bundesländern eingeführt ist und verstanden wird, gab es an den Hochschulen der DDR nicht. Erst im Zusammenhang mit dem Angleichungsprozeß der beiden deutschen Hochschulsysteme wurde allgemeine Studienberatung an Hochschulen in den neuen Ländern inhaltlich und organisatorisch aktuell. Eine ausführliche Darstellung des Systems der Studien- und Berufsberatung in der DDR wurde im Almanach 91 vorgenommen.<sup>1</sup>

Studienberatung in der DDR war integraler Bestandteil der Berufsberatung und auf der Grundlage dieses Beratungskonzepts eingebettet in ein in sich geschlossenes Beratungssystem. Die Studienbewerbung und die Zulassung zum Studium durch die Hoch- und Fachschulen standen dabei am Ende eines langen Prozesses berufsberatender Aktivitäten von Schulen, Berufsberatungszentren, Betrieben, die eng zusammenarbeiteten. So wurden z. B. die Berufs- und Studienwünsche ab der 6. Klasse unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Einflußnahme auf die künftigen Bewerber erfaßt. Damit orientierten sich die realisierten Ausbildungswege weitgehend am geplanten gesellschaftlichen Bedarf von Fachkräften und weniger an den persönlichen Wünschen und Interessen der Jugendlichen. Auf individueller Ebene verlief dieser Prozeß vielfach nicht konfliktfrei, insbesondere Frauen waren von Umlenkungspraktiken stärker betroffen, wie Untersuchungen belegen.<sup>2</sup>

An den Hochschulen wurde durch die zentrale Planung der Studentenzahlen und des Hochschulpersonals eine günstige quantitative Relation zwischen wissenschaftlichem Personal und Studierenden erzielt. "Statistisch gesehen betrug 1990 die Relation zwischen Studierenden und Angehörigen des wis-

---

<sup>1</sup> Aulerich, G.; Döbbeling, K.: Almanach zur Studienberatung - Aufgaben, Stand und Perspektiven der Studienberatung in den neuen Ländern und im Land. Berlin 1991.

<sup>2</sup> Vgl. u.a.:

1. Schneider, G.: Berufs- und studienberatende Aktivitäten ausgewählter Universitäten und Hochschulen. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte, 52/1983, Berlin 1983.

2. Schneider, G.; u.a.: Ergebnisbericht zur Teilanalyse Studienberatung der Komplexanalyse Berufsberatung. Berlin 1985.

3. Schneider, G.: Problemsicht und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Berufs- und Studienberatung unter besonderer Berücksichtigung der Funktion der Leithochschulen. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung: Arbeitsmaterialien, Berlin 1986.

4. Minks, K.-H.; Bathke, G.-W.: Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen der neuen Länder. In: HIS Kurzinformation A3/93, Hannover 1993.

senschaftlichen Personals 4,5 zu 1".<sup>1</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der eingeschriebenen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen sich im wesentlichen mit den tatsächlich Studierenden deckte, die Studienzeiten kürzer waren, die zusätzlichen Weiterbildungsleistungen ca. ein Viertel der Ausbildungsleistungen erreichten und keine Personalaufstockungen durch Drittmittel stattfanden. Strukturen, wie Seminargruppen, Seminargruppenberater und Direktorate für Studienangelegenheiten, involvierten Betreuung und Beratung und führten damit einerseits zu Kontrolle und Gängelung der Studierenden, ermöglichten aber andererseits soziale Bindungen, Geborgenheit und Kommunikation.

Gemeinsame Aktivitäten der Fachbereiche und des Direktorats für Studienangelegenheiten gab es unter beraterischem Aspekt auch in der Phase des Übergangs in den Beruf, wo im Zuge der Absolventenvermittlung die individuellen Wünsche mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht werden sollten.

Von den Hochschulen wurden damit vorrangig Exekutiv- und Betreuungsaufgaben wahrgenommen, die das Tätigkeitsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitgehend bestimmten.

Die Spezifik der Probleme bei der Entstehung allgemeiner Studienberatungsstellen im östlichen Teil Deutschlands resultierte aus der Einmaligkeit der Angleichung zweier Hochschulsysteme, die vor einem sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergrund gewachsen sind.

Von der Projektgruppe Hochschulforschung wurden zum Thema Studienberatung und Studentenbetreuung mehrere empirische Untersuchungen durchgeführt (siehe Tabelle 1), die sowohl aus dem Blickwinkel der Studienberaterinnen und Studienberater als auch aus dem der Studierenden den Problembereich Studienberatung erhellen.

Die Sicht der Studienberaterinnen und Studienberater wurde mit den Methoden

- Experteninterview (1990, 1991),
- schriftliche Befragung (1991, 1992) und
- Analyse von Beratungsstatistiken (1991, 1992)

erhoben.

---

<sup>1</sup> Burkhardt, A.; Stein, R.H.: Hochschulerneuerung für Frauen? Rahmenbedingungen der Personalentwicklung. In: Arndt, M. (Hrsg.): Ausgegrenzt und mittendrin - Frauen in der Wissenschaft; Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin am 23./24. Okt. 1992, Berlin 1993.

Die Probleme der betroffenen Studieninteressenten, Studierenden und jungen Akademiker wurden durch

- Briefanalysen (Wintersemester 1989/1990),<sup>1</sup>
- schriftliche Befragungen (Erstsemester 1990/1991)<sup>2</sup> und
- halbstandardisierte Interviews

erfaßt.

Die anschließende gemeinsame Betrachtung der verschiedenen Untersuchungen von unterschiedlichen Populationen in abweichenden Erfassungszeiträumen soll in Form von Thesen die wesentlichsten Ergebnisse widerspiegeln und - soweit möglich - entsprechend dem Anliegen der Publikation frauenspezifische Besonderheiten herausstellen.

### **1 Beratungsnachfrage unmittelbar nach Grenzöffnung**

Viele, vorwiegend sehr junge Studieninteressierte und Studierende nutzten sofort die Möglichkeiten, die die Grenzöffnung mit sich brachte. Sie informierten sich erstmals, sowohl persönlich als auch schriftlich, über das Bildungs- und Hochschulsystem sowie über die Studienbedingungen in der Bundesrepublik. Bereits im November 1989 verzeichneten die Studienberatungsstellen der Freien Universität und der Technischen Universität in Berlin einen Anstieg der quantitativen Nachfrage um 23 bzw. 55 %, der eindeutig auf die Inanspruchnahme durch DDR-Bürger zurückgeführt werden kann. Dieser Anstieg setzte sich in den Folgemonaten fort und fand seinen Höhepunkt mit Steigerungsraten bis zu 270 %, im Februar und März 1990.<sup>3</sup> Einige wenige Studierende wechselten laut HRK-Statistik im Wintersemester

---

<sup>1</sup> Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung in den neuen Ländern. In: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hrsg.): Beiträge zur Hochschulforschung, München, 3/91, S. 251 - 276.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. u.a.:

1. Aulerich, G.; Döbbling, K.; Edeling, I.: Studienberatung eine "neue" Herausforderung - Zur Situation der Studienberatung an Ost-Berliner Hochschulen. Berlin 1990.
2. Aulerich, G.; Döbbling, K.: Deutschland 1989 - 1991. Studienberatung in der Situation der sozialen Transformation. Ein Jahr davor. Studieren in Europa. 4. Europäisches Kolloquium für Studienberater 3. - 5. Juli 1991 in Berlin. In: Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Dokumente zur Hochschulreform 72/1991, Bonn 1991, S. 177 - 182.

1990/91 an westdeutsche und Westberliner Hochschulen (N = 4088 von 130.000 Studierenden in der DDR). Die Statistik der HRK wird nicht geschlechtsspezifisch erhoben. Ausgehend von dem nahezu paritätischen Anteil der Frauen an der Studentenschaft in der DDR hätte erwartet werden können, daß sich Frauen wie Männer gleichermaßen für ein Studium an einer westdeutschen Hochschule entscheiden. Nach Einschätzungen von Studienberaterinnen und Studienberatern betrug der Frauenanteil jedoch nur ca. ein Drittel.

Tabelle 1: Empirische Untersuchungen

Merkmal	Briefanalyse	Erstsemesterbefragung	Experteninterviews	Fragebogen-erhebungen
Population	schriftl. Anfragen aus der DDR	Studierende aus Ost u. West an 5 Fachbereichen d. FU	Studienberater/innen	Studienberater/innen
Anzahl	FU: Auswahl n = 179 TU: total n = 245	Studierende Ost n = 42 Studierende West n = 28	15	ca. 50 total
Untersuchungsort	Allg. Studienberatungsstellen der TU und der FU	Allg. Studienberatung u. Studienfachberatung	Allg. Studienberatungsstellen Berliner Hochschulen	Allg. Studienberatungsstellen d. neuen Länder
Erhebungszeitraum	9. Nov. 1989 bis Juni/Sept. 1990	November 1990	seit Mai 1990, ständig	April - Juni 1991 März - April 1992
Methode	Erfassungsschema für sozialdemograph. Merkmale u. Beratungsanliegen	geschlossene Fragebogen	halbstandardisiertes Interview	weitgehend geschlossener Fragebogen

Gerade in dieser Altersphase schien es offensichtlich unproblematischer zu sein, eine Entscheidung hinsichtlich der bestehenden Möglichkeiten für die Gestaltung des Bildungs-, Berufs- und Lebensweges anzudenken, deren Palette zunächst durch den Zugang zu westdeutschen Einrichtungen eine entscheidende Erweiterung erfahren hatte. Geplante oder bereits begonnene

Lebenswege wurden dabei in Frage gestellt, die unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen entstanden waren.

Das Verhältnis von Männern und Frauen in dieser ersten Phase der Informations- und Beratungsnachfrage, vor allem an westlichen Hochschuleinrichtungen, betrug nach Auskunft der Experten zwei Drittel zu einem Drittel.

## **2 Über dem Normalmaß liegender Beratungsbedarf**

Die Umgestaltung des Hochschulwesens, die Veränderungen an den einzelnen Hochschulen, die sich eröffnenden neuen Studienmöglichkeiten und die soziale Verunsicherung führten bei Studieninteressenten, Studierenden und jungen Akademikern zu einem sprunghaften Anstieg des Informations- und Beratungsbedarfs, der einen enormen Druck auf die Beschleunigung des Konstituierungsprozesses von Studienberatung ausübte.

Der nachgewiesenermaßen außergewöhnlich hohe Bedarf an Information und Beratung resultierte für weibliche und männliche Studieninteressierte und Studierende der neuen Bundesländer gleichermaßen aus der Einführung des westdeutschen Bildungswesens, dem Zusammenbruch des in der DDR praktizierten und in sich geschlossenen Systems der Studien- und Berufsberatung und den konkreten Veränderungen an einzelnen Hochschulen und im Studienprozeß.

## **3 Entwicklung von Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder**

Bereits kurze Zeit nach Öffnung der Grenzen dokumentierte sich ein umfangreicher Bedarf nach Beratung im Hochschulbereich. Wer nicht direkt die bestehenden Westberliner und westdeutschen Studienberatungsstellen aufsuchte, wurde an Mitarbeiter der Direktorate für Studienangelegenheiten verwiesen, die eigentlich mit der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben ausgelastet waren. Ihre Kompetenz und Qualifikation erstreckte sich auf Angelegenheiten innerhalb des DDR-Bildungssystems; Informationen über das westdeutsche Bildungswesen mußten sie sich selbst erst beschaffen und aneignen. Auch das Wissen über die Hochschullandschaft Ost zerbröckelte zusehens; es bestanden Unklarheiten hinsichtlich des Fortbestands bzw. des Profils der eigenen Hochschule, der Abwicklung oder Neugründung von Fachbereichen, was auch Auswirkungen auf die weitere Existenz von Studiengängen hatte. Die personelle Erneuerung betraf auch den Verwaltungsbereich, wodurch die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter unsicher wurde.

Der enorme Nachfrageansturm, der emotionale Problemdruck und die fehlende Informationsbasis bewirkten eine permanente Überlastung bei Studienberaterinnen und -beratern.

Der Auf- und Ausbau von Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder war verbunden mit einer Veränderung der Aufgabenstellung, die nun nicht mehr die Lenkung und Betreuung, sondern die klientenzentrierte Beratung Studieninteressierter und Studierender zum Inhalt hatte.

Mit der Einrichtung von allgemeinen Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder seit März 1990 wurden erstmals Personalstellen für Studienberaterinnen und Studienberater geschaffen. Der Aufbau allgemeiner Studienberatung führte 1992 zu einer relativ günstigen personellen und materiell-technischen Situation der Beratungsstellen an Hochschulen. Eine Umfrage in den neuen Bundesländern ergab, daß an 41 beteiligten Hochschulen und Fachhochschulen im April 1992 40 hauptamtliche und 27 nebenamtliche Personen mit Aufgaben allgemeiner Studienberatung befaßt waren.<sup>1</sup> Bisher waren die Mehrheit der mit Studienberatung betrauten Personen Frauen. Mit der Verknappung unbefristeter Stellen an den Hochschulen wird auch der Tätigkeitsbereich der Studienberatung für Männer attraktiv, und es besteht die Tendenz zur Verdrängung von Frauen aus diesem Feld.

#### 4 Klientel und Beratungsaktivitäten

Schüler und Abiturienten bildeten die Mehrheit der Ratsuchenden an den untersuchten Studienberatungsstellen, mit Ausnahme der kirchlichen und künstlerischen Hochschulen. Der größte Beratungsaufwand lag damit vor dem eigentlichen Studienbeginn, was auch in der Häufigkeit der Nachfragen zu den Themenbereichen

- allgemeine Bewerbungs- und Zulassungsmodalitäten und
- Studienaufbau und -inhalt

---

<sup>1</sup> Vgl. Aulerich, G.; Döbbling, K.:

1. Almanach zur Studienberatung - Grundzüge des Wandels, aktueller Stand und weiterer Ausbau von Studienberatung an Hochschulen der neuen Bundesländer und im Land Berlin. Berlin 1992.

2. Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung in den neuen Ländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Wissenschaftliche Tagung Studienberatung - Hilfe zur Selbsthilfe. Rostock, 6. und 7. September 1991, Berlin 1991, S. 19 - 32.

zum Ausdruck kam.

Als häufigste Beratungsform für alle Ratsuchenden wurde das persönliche Einzelgespräch eingesetzt. Diesem Bedarf entsprechend lagen die Aktivitäten der meisten Studienberatungsstellen vorwiegend in der Phase der Studievorbereitung (Schülerinformationstage, Tage der offenen Tür). Eine Zusammenarbeit mit Schul- und Bildungsberatungsstellen konnte dabei kaum stattfinden, da diese sich erst im Aufbau befanden.

## 5 Beratungsanliegen

Die Inhalte der vorgetragenen Beratungsanliegen unterschieden sich zwischen weiblichen und männlichen Ratsuchenden kaum. Ein wesentlicher Unterschied bestand aber im höheren Grad der individuellen Betroffenheit von Frauen bei der persönlichen Lebensplanung und Lebensgestaltung.

Bei den jungen Frauen bündelten sich in besonderem Maße eine Vielzahl potentieller Konfliktfelder. Die bisher in der DDR übliche Berufstätigkeit von Frauen nach dem Studium hat einen festen Platz in der Lebensplanung sehr vieler junger Frauen aus den neuen Ländern und gehört wesentlich zur Ausprägung ihrer Lebensqualität. 90 % der Frauen im arbeitsfähigen Alter waren in der DDR in den 80er Jahren berufstätig.<sup>1</sup>

Nun trafen Frauen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf völlig neue Erfahrungen sowohl bei der Vereinbarkeit von Studium/Berufstätigkeit und Familie als auch beim Berufseinstieg. Frauen fühlten sich häufig durch die aktuellen sozialen Veränderungen (Wegfall des elternunabhängigen Stipendiums, keine Garantie für Wohnung und Kinderbetreuung am Studienort, keine Frauensonderstudienpläne, keine Arbeitsplatzgarantie) benachteiligt und befürchteten, die generell erweiterten Möglichkeiten der höheren Bildung und der Berufsausübung für sich nur bedingt in Anspruch nehmen zu können.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Frauenreport 90. Berlin 1990.

<sup>2</sup> Dobrinkat-Otte, U.; Döbbling, K.; Haeßner le Plat: Freiheit mit Barrieren?..., Präsident der TU Berlin (Hrsg.): Forschungsbericht, Berlin 1991.

## 6 Studium und Kind

In den 80er Jahren war das Hochschulstudium in der DDR auch eine Phase der Ehe- und Familiengründung. Eine Vielzahl staatlicher Regelungen ermöglichte die Vereinbarkeit von Studium, Ehe und Mutter- bzw. Vaterschaft.

Nach Beendigung des Studiums war die Hälfte der Absolventen verheiratet und über ein Drittel hatte ein oder mehrere Kinder.<sup>1</sup> Ein Jahr nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland kann hier ein Einstellungswandel vermutet werden.

In einem Forschungsprojekt der Technischen Universität Berlin wurden 1990 100 Studieninteressentinnen und Studentinnen aus den neuen Ländern interviewt. 17 % der interviewten Frauen hatten selbst Kinder. 64 % hielten ein Studium mit Kind unter den neuen Bedingungen für nicht erstrebenswert oder lehnten es ganz ab. Kinder während des Studiums zu haben, wurde von diesen Frauen jetzt als hinderlich und benachteiligend erlebt.<sup>2</sup> Gründe dafür bestehen in der Verringerung der Kapazität und in der Erhöhung der Ausgaben für Kinderbetreuung, den gestiegenen Lebenshaltungskosten (Miete, Energie, Fahrgeld) und in den geringeren Chancen für Mütter bei der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses.

## 7 Spezielle Gruppen von ratsuchenden Frauen

Innerhalb der ratsuchenden Frauen gab es Gruppen, die sich durch besondere Problemlagen unterschieden. Eine dieser Gruppen waren Absolventinnen technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen, die sich in einer männlich orientierten Arbeitswelt behaupten mußten und durch den Wegfall der Absolventenvermittlung besonders betroffen waren.

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Bathke, G.-W.: Jugend und Hochschule/Universität. In: Friedrich, W.; Griese, H. (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991, S. 87.
2. Bathke, G.-W.: Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Burkhardt, G. (Hrsg.): Sozialisation im Umbruch. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch. Weinheim 1990, S. 114-128.
3. Schreier, K.: Zur Familiensituation von Hochschulabsolventen bei Studienende. In: Zentralinstitut für Jugendforschung der Karl-Marx-Universität (Hrsg.): Leistungsentwicklung im Studium (SIL-Abschlußkonferenz). Leipzig 1989.

<sup>2</sup> Aulerich, G.; Döbbling, K.: Deutschland 1989 - 1991...a.a.O, S. 177 -182.

Auch arbeitslose Akademikerinnen bildeten innerhalb der Klientel allgemeiner Studienberatungsstellen an Hochschulen der neuen Länder eine spezielle Gruppe. Bereits im Mai 1991 berieten mehr als die Hälfte der Studienberatungsstellen in den neuen Ländern bis zu 10 % arbeitslose Akademikerinnen und Akademiker.

Innerhalb der arbeitslosen Frauen sind Akademikerinnen eine besondere Problemgruppe. Akademikerinnen stehen jetzt häufig vor der Alternative, entweder eine Tätigkeit unterhalb ihres Ausbildungsniveaus anzunehmen oder gar nicht berufstätig zu sein. Sie haben daher den Eindruck, mit Arbeitslosigkeit "doppelt" bestraft zu werden: erstens verliert ihre Qualifikation an Wert und zweitens verspüren sie aufgrund der hohen Bedeutung, die Berufsarbeit in ihrem Leben besitzt, einen Sinnverlust.<sup>1</sup> Diese Frauen wollen in den Beratungsstellen der Hochschulen vorrangig zu Aufbau-, Ergänzungs- und Zusatzstudiengängen beraten werden, um durch Weiterbildungsmaßnahmen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Eine weitere Gruppe bildeten die Studentinnen, die durch die Umlenkungspraktiken des DDR-Planungssystems nicht das gewünschte Fach studieren konnten und nun versuchten, das Studienfach zu wechseln und sich dazu an den Hochschulen beraten ließen. Frauen waren in der DDR häufiger von der Umlenkung auf einen anderen Studienplatz betroffen als Männer.<sup>2</sup>

## 8 Pragmatisch orientiertes Studierverhalten

Bei der Mehrzahl sowohl der männlichen als auch der weiblichen Ratsuchenden an den einbezogenen Studienberatungsstellen der neuen Länder war ein weitgehend pragmatisch orientiertes Studienwahl- und Studierverhalten auffallend. Es wird mehrheitlich berufsorientiert und in Anlehnung an die Regelstudienzeit studiert. Den Hintergrund dafür könnten die in der bisher

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Heublein, U.: Studenten: Soziale Lage und Selektion. In: Klemm, K. (Hrsg.): Bildungsplanung in den neuen Bundesländern: Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche. Weinheim 1992.

2. Döbbling, K.: Zur Studiensituation von Frauen in den neuen Bundesländern. In: Kootz, J.; Püschel E. (Hrsg.): Studentinnen im Blick der Hochschulforschung - Empirie und Studienreform. Dokumentation einer Tagung an der Freien Universität Berlin. Berlin 1992, S. 97 - 106.

<sup>2</sup> Lischka, I.; Schneider, G.: Zum Studienwahlverhalten Jugendlicher. Spezialbericht in Auswertung von SIL A und B. Wissenschaftliche Arbeitsberichte des ZHB. Berlin 1985 (unveröffentlicht).

in der DDR erfahrene Sozialisation und der sozialökonomische Druck bilden, der in Richtung kurzer Studienzeiten und einer direkt anschließenden Berufstätigkeit wirkt.

## 9 Berlin - ein besonderer Studienort

West-Berlin bietet für Ost- und Rand-Berliner die Möglichkeit, die finanziellen Vorteile heimatlichen Wohnens mit einem "West-Studium" zu verbinden. Das Bewußtsein und die Nutzung dieser Möglichkeit belegen sowohl die Briefanalyse - 55 % der Briefe kamen aus Berlin und Potsdam - als auch die Zahl der ratsuchenden Frauen, von denen 80 % in Berlin und der Umgebung Berlins wohnten und die befragten Studierenden im ersten Semester, die zu 98 % aus Berlin und dem Umland kamen.<sup>1</sup>

Die Angst, als "Ossi" an einer westdeutschen Hochschule nicht gerade willkommen zu sein, artikuliert sich in vielen Fraueninterviews und wurde von einigen Studentinnen in den ersten Wochen des Studiums dann auch erfahren.<sup>2</sup>

## 10 Ausblick

Die Bedeutung der Studienberatung wird aller Voraussicht nach künftig zunehmen, weil das Bildungssystem differenzierter und damit auch für den einzelnen oft unübersichtlich ist, Orientierungshilfen erforderlich sind und die Beratungserfordernisse quantitativ wachsen werden (60 % der Ratsuchenden sind Schüler/Abiturienten, Öffnung der Abiturstufe).

Frauen brauchen und wollen dabei allgemein mehr Beratung und fühlen sich oft stärker belastet als Männer.<sup>3</sup> Denn im bisherigen Sozialisationsprozeß wurde eine formale Gleichbehandlung der Geschlechter erfahren, so daß geschlechtsspezifische Interessengegensätze weniger wahrgenommen wurden.

---

<sup>1</sup> Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung...a.a.O., Berlin 1991, S. 19 -32.

<sup>2</sup> Aulerich, G.; Döbbling, K.: Studienberatung im Prozeß der Umgestaltung...a.a.O., München 1991, S. 251 - 276.

<sup>3</sup> Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland: 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. Bonn 1992.

Studienberatung kann nicht hochschulpolitischen Handlungsbedarf ersetzen, der kurzfristig erforderlich ist und inhaltlich die Probleme der Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Ländern berücksichtigen muß. Studienberatung kann und sollte aber eine Hilfe zur Findung individueller Bewältigungsstrategien sein.

Anschrift der Verfasserinnen:

Dr. Gudrun Aulerich  
Dr. Karin Döbbling  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4

10318 Berlin

## **Hochschulabsolventinnen nach der Wende - Chancen und Risiken beim Berufseinstieg**

**Ruth Heidi Stein  
Rainer Fritsch**

Der gesellschaftliche Wandel in den neuen Bundesländern beeinflusst in erheblichem Maße den Berufseinstieg von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die ihr Studium unter DDR-Bedingungen begonnen und nach der "Wende" abgeschlossen haben.

In einer Befragung von Absolventen der Jahrgänge 1990 und 1991 von verschiedenen Hochschulen und Fachrichtungen in allen neuen Ländern wird der Prozeß der Berufsfindung unter den veränderten Bedingungen untersucht. Dabei wird der Frage besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ob und inwieweit sich die Chancen und Bedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen mit einer Hochschulbildung gewandelt haben.

## 1 Einleitung

Seit der Wende haben Frauen in den neuen Bundesländern schlechtere Arbeitsmarktchancen als Männer. Noch 1988 stellten sie 49 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der DDR. Dieser Anteil sank bis 1992 auf 45 %. Die amtliche Statistik wies im März 1993 den Frauenanteil an den Arbeitslosen in den neuen Bundesländern mit 62 % aus; demgegenüber waren sie an Neueinstellungen nur mit 43 % und an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit 46 % beteiligt.<sup>1</sup> Auch wenn man regionale, sektorale und qualifikationsabhängige Differenzierungen berücksichtigt - bei Höherqualifizierten sind diese Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht so groß -, drückt sich in den Zahlen eine deutlich rückläufige Tendenz in der Frauenbeschäftigung aus. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Maße sich diese Tendenz auch für den Berufseinstieg von Hochschulabsolventinnen in den neuen Bundesländern nachweisen läßt.

Spätestens seit 1990 haben sich für Absolventen in den neuen Bundesländern die Bedingungen für den Übergang in den Beruf grundlegend verändert. Bis dahin vollzog sich für etwa 70 % von ihnen der Berufseinstieg über die zentralen Absolventenvermittlungen der Hochschulen. Danach stellten diese staatlich eingesetzten Gremien ihre Tätigkeit ein, und es war den Absolventen fortan selbst überlassen, ihren Berufsweg zu finden. Damit waren sie im Prinzip zunächst in derselben Situation wie Hochschulabsolventen in den alten Ländern, ihre Ausgangsposition stellte sich allerdings aufgrund des gesellschaftlichen Umbruchs als wesentlich ungünstiger dar.

Der Zusammenbruch der Wirtschaft in den neuen Bundesländern führte zu einer radikalen Reduzierung des Stellenangebotes für Hochschulabsolventen. Auch jene, die bereits während des Studiums einen Vorvertrag abgeschlossen hatten oder die Einstellungszusage eines Betriebes besaßen, standen plötzlich mit leeren Händen da. Viele hatten eine Studienrichtung absolviert, für die es unter den veränderten Bedingungen keine berufliche Entsprechung mehr gab. Erschwerend kam hinzu, daß die Absolventen - gewohnt daran, daß ihnen viele Entscheidungen abgenommen wurden - sich nunmehr vor Probleme gestellt sahen, auf die sie in keiner Weise vorbereitet waren. Bereits an dieser Stelle sei allerdings vorweggenommen, daß sie sich weitgehend auf die neue Situation eingestellt haben.

---

<sup>1</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): IAB-Werkstattbericht 1.4, Nürnberg 1993, S. 18.

In dem Projekt "Übergangsprozesse von Hochschulabsolventen, insbesondere Frauen", das seit Anfang 1991 in der Projektgruppe Hochschulforschung bearbeitet wird,<sup>1</sup> werden Probleme der Berufsfindung unter den veränderten Bedingungen bei Absolventen verschiedener Fachrichtungen und Hochschulen analysiert. Wie aus dem Arbeitstitel bereits hervorgeht, stellt die Frage danach, ob und in welcher Weise sich die Umbruchsituation auf Frauen anders auswirkt als auf Männer, einen Schwerpunkt der Untersuchung dar.

Wie bekannt, gab es in der DDR eine nach Fachrichtungen zwar unterschiedliche, aber insgesamt mindestens paritätische Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der höheren Bildung schon seit den 70er Jahren. Das gilt für den Hochschulzugang (vgl. den Beitrag von Lischka in diesem Heft) wie für den -abgang. Auch beim Übergang in den Beruf gab es nur unwesentliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Das heißt, Frauen nahmen nach abgeschlossener Hochschulausbildung ebenso wie Männer einen dieser Ausbildung entsprechenden Beruf auf und übten diesen in der Regel auch ohne längere Unterbrechungen (Ausnahme Babyjahr) aus.

Auf unterschiedliche Berufsverläufe von Männern und Frauen soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Festzuhalten ist lediglich, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit selbst für Alleinerziehende - in der Regel Frauen - ermöglichten. So waren unter der berufstätigen Bevölkerung fast 7 % Frauen mit einem Hochschulabschluß (Männer 9 %) und über 18 % Frauen - gegenüber 10 % Männer - mit einem Fachschulabschluß.

In den durch DDR-Sozialisation geprägten Lebensvorstellungen von Frauen stellen Berufstätigkeit und Qualifikation neben der Familie zentrale Werte dar. Auch in der Lebensplanung akademisch gebildeter Frauen war die Familie mit Kindern selbstverständlicher Bestandteil. So ergab eine Befragung von Hochschulwissenschaftlerinnen in der DDR 1988, daß 75 % der befragten Frauen Kinder hatten; das entsprach auch dem DDR-Durchschnitt, wobei

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Stein, R. H.: Probleme von Absolventen der Wirtschaftswissenschaften 1991 beim Übergang von der Hochschule in den Beruf. In: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hrsg.): Beiträge zur Hochschulforschung, München, 3/1991. 1991.

2. Stein, R. H.: Studierende der Wirtschaftswissenschaften 1991 in den neuen Bundesländern vor dem Übergang von der Hochschule in den Beruf. Problemstudie. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 3/1992, Berlin 1992.

ein bis zwei Kinder für Wissenschaftlerinnen der "Normalfall" waren.<sup>1</sup> Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie - das mußten berufstätige Frauen sehr schnell erfahren - stößt unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen an die Grenzen ihrer Realisierbarkeit. Frauen müssen heute weitaus stärker als früher alternativ zwischen Beruf und Familie entscheiden. In den alten Bundesländern gehört die Berufstätigkeit neben der Versorgung der Familie nicht in dem Maße zum Selbstverständnis von Frauen wie das vor allem in der DDR, aber auch in anderen Ländern der Fall war. So liegt in einem OECD-Vergleich zwischen 16 Industriestaaten aus dem Jahre 1986 die Bundesrepublik mit einer Frauenerwerbsquote von 50,3 % der 15- bis 64jährigen auf dem drittletzten Rang, gefolgt nur noch von Italien und den Niederlanden (vgl. Tabelle 1). In der DDR betrug die Frauenerwerbsquote 1989 dagegen etwa 90 %.

**Tabelle 1: Frauenerwerbsquote in % der 15- bis 64jährigen**

Land	Prozent
Schweden	78,3
Dänemark	76,5
Finnland	73,5
Norwegen	71,0
USA	64,9
Kanada	63,5
Großbritannien	61,0
Japan	57,4
Frankreich	55,3
Australien	54,1
Schweiz	53,9
Österreich	51,7
Belgien	51,3
Bundesrepublik	50,3
Italien	42,3
Niederlande	41,1

Quelle: OECD-Statistik 1986

<sup>1</sup> Hildebrandt, K.: Wissenschaftlerinnen im Hochschulwesen der DDR - Ergebnisse einer Befragung. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung, Berlin 1989.

Zwar zeigen jüngere Untersuchungen in den alten Bundesländern, daß sich die Wertigkeit von Beruf und Privatleben bei der Lebensplanung junger Frauen und Männer angleicht;<sup>1</sup> inwieweit diese Planungen jedoch realisierbar sind, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt auch davon ab, welche Bedeutung eine Gesellschaft der Berufstätigkeit von Frauen beimißt.

## **2 Befragung von Absolventinnen und Absolventen der Jahrgänge 1990 und 1991**

Die im Sommer 1992 durchgeführte Absolventenbefragung hatte das Ziel, derartigen Problemen nachzugehen. Dabei standen u. a. folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Berufschancen haben Hochschulabsolventinnen in den neuen Ländern im Vergleich mit ihren männlichen Kollegen?
- Wie gestaltet sich für sie die Berufseinstiegsphase?
- Gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern in bezug auf Einkommen, Position und berufliche Verwertung von Hochschulbildung?
- Haben Frauen hinsichtlich ihrer beruflichen und persönlichen Ziele andere Vorstellungen als Männer?
- Wie wirkt sich die gegenwärtige Situation auf die Befindlichkeit der Absolventinnen aus?

Der Fragebogen wurde von 898 Frauen und 630 Männern der Absolventenjahrgänge 1990 und 1991 beantwortet; das sind 38 % der Befragten. Bei der Auswahl der Fachrichtungen wurde davon ausgegangen, daß die Berufschancen in hohem Maße vom Studienfach abhängen. Dabei spielt neben der Arbeitsmarktlage auch die Systemnähe der Studienrichtung eine Rolle. Von dieser Überlegung ausgehend wurde die Auswahl aus Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, Natur-, Geistes- und Agrarwissenschaften getroffen. Bei der folgenden Darstellung der ersten Ergebnisse beschränken wir uns im wesentlichen auf geschlechtsspezifische Vergleiche in den Fachrichtungen

---

<sup>1</sup> Junge Frauen und neue Lebensstile. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Zweiwochen-Dienst Frauen und Politik, München, 72/1992, S. 14.

Wirtschaftswissenschaften, Agrarwissenschaften sowie Verfahrens- und Bauingenieurwesen. Diese Auswahl gestattet die Abbildung typischer Probleme.

### 3 Befragungsergebnisse

#### 3.1 Beschäftigungssituation

Die Ergebnisse zeigen, daß sich die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern in sehr unterschiedlicher Weise auf die Beschäftigungssituation und damit auch auf die soziale Lage von Absolventinnen und Absolventen verschiedener Studienrichtungen auswirkt.

Tabelle 2: "Wie läßt sich Ihre gegenwärtige Beschäftigungssituation oder Tätigkeit charakterisieren?" (Antworten in %) (Mehrfachnennungen möglich)

Beschäftigungssituation	Verfahrensingenieurw.		Wirtschaftswissenschaften		Agrarwissenschaften		Bauingenieurwesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Erwerbstätigkeit	78	54	91	81	80	52	97	91	84	71
ABM	5	11	1	2	8	13	1	3	5	7
Ausbildung	9	11	14	12	13	11	-	1	16	15
Umschulung	1	4	1	5	9	14	1	-	4	6
Arbeitssuche	9	16	1	6	3	6	1	1	3	6
Erziehungsurl.	-	7	1	5	1	11	-	4	-	6

n (4 Fachrichtungen) = 1.113

n (gesamt) = 1.493

Ein bemerkenswertes Ergebnis ist zunächst die relativ hohe Beschäftigungsrate der Gesamtpopulation und der geringe Anteil Arbeitssuchender. 84 % der männlichen und 71 % der weiblichen Absolventen (mit ABM 89 %/78 %) sind erwerbstätig, und nur 3 %/6 % geben an, eine Beschäftigung zu suchen. Differenzierter stellt sich die Situation im Vergleich der Fachrichtungen dar. Hier spiegelt sich bis zu einem gewissen Grade auch die Lage der einzelnen Wirtschaftsbereiche wider, die für die Absolventen entsprechend ihrer Ausbildung Arbeitsmöglichkeiten bieten würden.

Den höchsten **Beschäftigungsgrad** haben mit Abstand die Bauingenieure. Angesichts der boomenden Bauindustrie in den neuen Bundesländern war dieser Befund zu erwarten. Unter dem Durchschnitt der Gesamtpopulation liegt die Beschäftigungsrate in den Fachrichtungen Agrarwissenschaften und Verfahreningenieurwesen. Hier lassen sich auch deutlichere Unterschiede zwischen den Geschlechtern nachweisen. Die Differenz zwischen Verfahreningenieurinnen und -ingenieuren in der Erwerbstätigkeit beträgt fast 20 %. Verfahreningenieurinnen weisen die höchste Arbeitslosenquote auf.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Arbeitssuchenden (Frauen und Männer) auch in den problematischen Gruppen doch verhältnismäßig gering ist. Gute Arbeitsmarktchancen haben die Wirtschaftswissenschaftler, was angesichts der Systemnähe dieser Studienrichtung nicht so eindeutig zu erwarten war. Etwa 20 % der Gesamtpopulation befinden sich in einer Ausbildung oder Umschulung, wobei der Anteil der Umschüler verhältnismäßig niedrig ist, am höchsten - mit 14 % - bei den Agrarwissenschaftlerinnen. Sie sind übrigens die Gruppe, die bei fast allen Merkmalen am schlechtesten abschneidet.

Hinsichtlich der Wirtschaftszweige, denen sich die Absolventen zuordnen, scheint es vor allem in den Wirtschaftswissenschaften, Agrarwissenschaften und nicht zuletzt auch in der Chemie im Vergleich mit Absolventenuntersuchungen der 80er Jahre in der DDR deutliche Verschiebungen zu geben. Während Ökonomen zu DDR-Zeiten in erheblichem Maße in der Industrie tätig waren, konzentrieren sie sich heute im Dienstleistungsgewerbe, vor allem bei Banken und Wirtschaftsberatern. Landwirtschaftsabsolventen waren zu fast 90 % in der Landwirtschaft tätig, während es heute nur noch 30 % der Männer und 15 % der Frauen sind.<sup>1</sup> Viele Frauen äußerten, daß sie es für völlig aussichtslos halten, in der Landwirtschaft einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

### 3.2 Verwertung der Hochschulausbildung

Die Befragten wurden gebeten, ihre Tätigkeit hinsichtlich der Nähe zum studierten Fach, ihres Niveaus und der Angemessenheit der erreichten Posi-

---

<sup>1</sup> Dietrich, E; u. a.: Berufliche Tätigkeit und Ausbildung im Urteil der Absolventen und ihrer direkten Vorgesetzten. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 32/1980, Berlin 1980.

tion zu bewerten. Bei der Interpretation muß berücksichtigt werden, daß diese Einschätzungen einen hohen Grad an Subjektivität aufweisen. Trotzdem läßt sich daraus ein Bild über den qualifikationsgerechten Einsatz gewinnen. Als zusätzlicher Indikator wird hier noch das Einkommen herangezogen.

Tabelle 3: "In welchem Maße stimmt Ihre gegenwärtige Tätigkeit mit der von Ihnen absolvierten Fachrichtung inhaltlich überein?" (Antworten in %)

Grad der Übereinstimmung	Verfahrensingenieurw.		Wirtschaftswissenschaften		Agrarwissenschaften		Bauingenieurwesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
im Rahmen der Fachr.	58	47	48	48	41	23	78	74	59	51
angrenzend	35	36	38	35	36	34	17	19	30	30
außerhalb der Fachrichtung	7	17	14	17	23	43	5	7	11	19
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

n (4 Fachrichtungen) = 932

n (gesamt) = 1.262

Das Ausmaß berufsfremder Tätigkeiten ist mit 43 % bei den Agrarwissenschaftlerinnen am größten, mit 5 % bei den Bauingenieuren am geringsten. Im Rahmen der Gesamtpopulation sind es bei den Männern 89 % und bei den Frauen 81 %, die im Rahmen der Fachrichtung bzw. angrenzend daran beschäftigt sind. Bei der Bewertung dieses Befundes ist zu bedenken, daß die Wende einer Reihe von Absolventen die Chance für einen Wechsel der Fachrichtung bot. Das waren jene, die ein Fach studiert hatten, das nicht unbedingt ihren Neigungen entsprach, weil sie im ursprünglich gewünschten keinen Studienplatz erhielten.

Eine besonders ausgeprägte Differenzierung nach Geschlecht ist bei den Agrarwissenschaftlern, in weniger markanter Form auch bei den Verfahrensingenieuren festzustellen. Dieser Sachverhalt stützt u. a. die Hypothese, daß in jenen Bereichen, in denen die Arbeitsmarktlage aufgrund des Zusammenbruchs ganzer Wirtschaftszweige besonders prekär ist, Frauen die eindeutig schlechteren Chancen haben.

Das zeigt sich auch in der Frage nach dem Niveau der beruflichen Tätigkeit. Dieser Indikator ist für Hochschulabsolventen noch höher zu bewerten als eine Tätigkeit im studierten Fach. Auch in Absolventenbefragungen, die in der DDR durchgeführt wurden, erwies sich, daß eine Tätigkeit unterhalb des Anforderungsniveaus einer Hochschulausbildung für die Absolventen schwerer zu akzeptieren war als eine nicht fachgerechte Tätigkeit.

Die Ergebnisse der hier vorgestellten Befragung lassen besonders am Beispiel der "systemnahen" Fachrichtungen deutlich werden, daß Hochschulbildung, auch wenn sie nicht unmittelbar fachlich zu verwerten ist, dennoch fachübergreifende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die zur Ausübung eines akademischen Berufes befähigen.

Tabelle 4: "Erfordern Ihre derzeitigen Arbeitsaufgaben das Niveau einer Hochschulbildung? (Antworten in %)"

Erforder- nis	Verfahrens- ingenieurw.		Wirtschafts- wissenschaften		Agrarwissen- schaften		Bauingenieur- wesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
unbed. erf.	65	41	42	25	25	23	56	49	54	40
günstig	30	46	52	55	66	50	43	49	41	45
nicht erf.	5	13	6	20	9	27	1	2	5	15
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

n (4 Fachrichtungen) = 958  
n (gesamt) = 1.290

In der Gesamtheit aller Fachrichtungen halten nur etwas mehr als die Hälfte der Männer und 40 % der Frauen eine Hochschulausbildung im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit für unbedingt erforderlich. Neben ausgeprägten Fachrichtungsunterschieden zeigen sich auch innerhalb jeder einzelnen Fachrichtung geschlechtsspezifische Differenzierungen. Frauen beurteilen das Niveau ihrer Tätigkeit fast durchweg niedriger als Männer. Problematisch ist die Situation für jene, die eine Hochschulbildung überhaupt nicht als erforderlich erachten. Wieder sind hier die Agrarwissenschaftlerinnen in der Überzahl, d. h., sie sind von der zu konstatierenden Dequalifizierung am stärksten betroffen. Man findet sie in den verschiedensten Tätigkeiten und Bereichen, die weit unter dem Niveau ihres Hochschulabschlusses liegen, wie die Auswertung einer diesbezüglichen offenen Frage zeigt. Sie

arbeiten z. B. als Verkäuferin, Zahnarthelferin, Bankangestellte bis hin zur Hilfskraft in der Landwirtschaft.

Tabelle 5: "Inwieweit ist Ihre heutige berufliche Position Ihrer Ausbildung angemessen?" - 5stufige Bewertungsskala (Antworten in %)

Grad der Angemessenheit	Verfahrensingenieurw.		Wirtschaftswissenschaften		Agrarwissenschaften		Bauingenieurwesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
angemessen (1+2)	64	44	57	39	42	31	78	62	64	49
mittel (3)	25	30	22	29	31	21	19	32	22	25
nicht angem. (4+5)	11	26	21	32	27	48	3	6	14	26
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

n (4 Fachrichtungen) = 959  
n (gesamt) = 1.289

Hinsichtlich der beruflichen Position zeigen sich ähnliche Fachrichtungs- und Geschlechtsunterschiede wie bei den vorausgehenden Fragen. Wiederum sind es die Bauingenieure, die ihre Position am günstigsten bewerten, wobei auch die Frauen mit 62 % offensichtlich ihren "Mann" im Baugeschäft stehen. Auch wenn sie mit einem Unterschied von 16 % deutlich unter ihren männlichen Kollegen rangieren, bewerten sie ihre berufliche Position fast durchweg höher als die Männer der anderen Fachrichtungen, von den Frauen ganz zu schweigen. Gemessen an ihrer Hochschulausbildung sehen sich die Agrar- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen in der negativsten Berufsposition. 48% / 32% halten sie für nicht angemessen. Während bei den Agrarwissenschaftlerinnen die katastrophale Lage in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer der Hauptgrund dafür ist, stellt sich die Situation für die Wirtschaftswissenschaftlerinnen etwas anders dar. Sie sind, wie schon erwähnt, sehr häufig im Bank- und Beratungsbereich tätig, und viele von ihnen durchliefen zum Zeitpunkt der Befragung Ausbildungsabschnitte, die in den alten Bundesländern in der Regel dem Hochschulabschluß nachgelagert sind, z. B. Traineeausbildungen.

Die Frage nach dem Bruttoeinkommen wurde von 80 % der Gesamtpopulation beantwortet. Danach beträgt das Durchschnittseinkommen für Männer 3.149 DM, für Frauen 2.604 DM. Tabelle 6 zeigt eine Zusammenfassung in 1.000-DM-Abständen.

Tabelle 6: "Wie hoch ist Ihr Bruttoeinkommen im Monat?"  
(Zusammenfassung in 1.000-DM-Schritten in %)

Brutto- einkommen in DM	Verfahrens- ingenieurw.		Wirtschafts- wissenschaften		Agrarwissen- schaften		Bauingenieur- wesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
bis 1.000	1	9	5	6	6	11	2	3	4	7
1.001 - 2.000	5	9	5	23	19	39	-	6	12	23
2.001 - 3.000	51	52	38	42	53	42	18	38	37	42
3.001 - 4.000	17	15	26	18	17	6	42	33	26	18
4.001 - 5.000	19	11	20	10	2	2	26	18	15	9
über 5.000	7	4	6	1	3	-	12	2	6	1
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

n (4 Fachrichtungen) = 913  
n (gesamt) = 1.232

In der Gesamtuntersuchung und in allen Fachrichtungen sind Frauen durchweg in den niederen Gehaltsgruppen über- und in den höheren unterrepräsentiert. Bis 3.000 DM verdienen bei den Verfahrensingenieurinnen 70 % (Männer 58 %), bei den Wirtschaftswissenschaftlerinnen 71 % (Männer 48 %) bei den Agrarwissenschaftlerinnen 92 % (Männer 78 %) und bei den Bauingenieurinnen 47 % (Männer 20 %). In den Einkommensgruppen über 3.000 DM sind Frauen in der Gesamtuntersuchung noch mit 28 % zu finden, Männer dagegen mit 47 %. Aber auch hier gibt es, neben den geschlechtsspezifischen Unterschieden, große Differenzen zwischen den Fachrichtungen. Extreme sind Bauingenieurwesen und Agrarwissenschaften. Während das Einkommen für 80 % der Bauingenieure über 3.000 DM liegt, überschreiten nur 8 % der Agrarwissenschaftlerinnen diese Grenze.

### 3.3 Zufriedenheit mit der beruflichen Situation

Niedriges Einkommen, nicht qualifikationsgerechter Einsatz und Positionen, die der Hochschulausbildung nicht angemessen sind, wirken sich natürlich auf die Berufszufriedenheit aus, wie die Antworten auf Fragen zur Zufriedenheit mit verschiedenen Merkmalen der beruflichen Situation belegen. Dementsprechend sind es gerade solche Aspekte der beruflichen Situation, die das Niveau und die fachlichen Anforderungen der Tätigkeit berühren,

mit denen Frauen signifikant unzufriedener sind als Männer. Dazu zählen insbesondere:

- der Einsatz im Studium erworbener Qualifikationen,
- die Möglichkeit, eigene Ideen verwirklichen zu können,
- die fachliche Anerkennung durch das Berufsumfeld,
- eine Arbeit mit hohem Anforderungsniveau und
- die Arbeitsinhalte bzw. beruflichen Aufgaben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß Frauen in Beantwortung einer anderen Frage diese und ähnliche Aspekte (vor allem Anwendung der Qualifikation, Arbeitsanforderungen) für wichtiger halten als Männer. Daraus läßt sich zwar nicht generell eine stärkere fachlich-inhaltliche Orientierung von Frauen ableiten, die Ergebnisse zeigen jedoch insgesamt, daß viele der befragten Frauen eine unter Hochschulniveau liegende und wenig interessante Tätigkeit als Defizit erleben und eine berufliche Situation anstreben, die ihrem Qualifikationsniveau eher gerecht wird. Auch die Antworten auf die Frage nach der beruflichen Zufriedenheit insgesamt deuten auf größere Unzufriedenheit bei den Frauen hin, wobei jedoch noch über die Hälfte von ihnen einen hohen Grad der Zufriedenheit artikulieren (vgl. Tabelle 7).

Unterschiede zwischen den Fachrichtungen zeigen sich, ähnlich wie bei den einzelnen Merkmalen, hinsichtlich des qualifikationsgerechten Einsatzes und des Einkommens. Die Anwendung erworbener Qualifikation steht offenbar in einem deutlichen Zusammenhang zur Befindlichkeit. Allerdings sollte dieser Aspekt nicht in einem zu engen Sinne interpretiert werden. Zu beachten ist - und hierauf weisen auch frühere Absolventenuntersuchungen hin -, daß ein hohes Tätigkeitsniveau und interessante Aufgaben eine weniger fachgerechte Arbeit kompensieren können. In diese Richtung gehen auch typische Antworten auf einige offene Fragen. Aus ihnen läßt sich teilweise erschließen, woraus die verhältnismäßig große Zufriedenheit resultiert, aber auch, worauf Unzufriedenheit zurückzuführen ist.

Tabelle 7: "Inwieweit sind Sie mit Ihrer beruflichen Situation insgesamt zufrieden?" - 5stufige Bewertungsskala (Antworten in %)

Grad der Zufriedenheit	Verfahrensingenieurw.		Wirtschaftswissenschaften		Agrarwissenschaften		Bauingenieurwesen		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
sehr zufrieden (1+2)	57	52	75	59	69	44	83	75	70	59
mittel (3)	20	22	20	26	25	30	16	19	21	25
nicht zufr. (4+5)	23	26	5	15	6	26	1	6	9	16
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

n (4 Fachrichtungen) = 1.038  
n (gesamt) = 1.392

Als positiv werden im Vergleich zur DDR-Situation die insgesamt größeren Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Entwicklung im Beruf bewertet. Genannt werden von vielen die höhere Verantwortung, die besseren Entwicklungsmöglichkeiten, die interessantere Beschäftigung und die höhere Entlohnung. Eine Verfahrensingenieurin schreibt: "Vorher war mir egal, was ich arbeite, wo ich arbeite und wieviel Geld ich bekomme. Jetzt bin ich überzeugt, den richtigen Beruf gewählt zu haben. Geld interessiert mich und Aufstiegsmöglichkeiten interessieren mich auch." Am negativsten wird die Wende im allgemeinen von den Agrarwissenschaftlerinnen reflektiert. Ihre Probleme lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: keine Perspektive im Studienfach, Veränderungen der Berufslaufbahn, Dequalifizierung und Unvereinbarkeit von Familie und Beruf.

### 3.4 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Über die größeren Schwierigkeiten, die Frauen jetzt in bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben, geben nicht nur verbale Äußerungen Hinweise. Auf eine entsprechende Frage äußerten sich nahezu 90 % aller Befragten dahingehend, daß Frauen im Vergleich zu Männern, insbesondere dann, wenn sie Kinder haben, größere Schwierigkeiten haben, eine ihnen zusagende Stelle zu bekommen. Nur 25 % der Frauen gegenüber 35 % der Männer sind demgegenüber der Meinung, daß Männer mit Kindern in dieser Beziehung benachteiligt sind. Inwieweit diese Angaben auf eigenen Erfahrungen bei der Arbeitssuche beruhen, läßt sich nicht genau belegen. Sie spiegeln

aber die in der Öffentlichkeit vorherrschenden Auffassungen und inzwischen auch statistisch belegbaren Fakten über eingeschränkte berufliche Möglichkeiten von Frauen wider.

Im Vergleich zur DDR scheint es heute hinsichtlich der Rolle von Beruf und Familie deutliche Veränderungen in den Lebensorientierungen junger Frauen zu geben. Geblieben ist - offenbar bei Frauen aller Qualifikationsgruppen - eine starke Orientierung auf Berufstätigkeit. Die Arbeit scheint in der Wertehierarchie von Frauen in den neuen Bundesländern - vielleicht auch als Folge spürbarer Benachteiligungen - an Bedeutung noch zuzunehmen.<sup>1</sup>

Ergebnisse unserer Untersuchung deuten tendenziell darauf hin, daß akademisch gebildete Frauen eher bereit sind, Einschränkungen im persönlichen Bereich (z. B. Erfüllung des Kinderwunsches) hinzunehmen, als auf die Berufsausübung zu verzichten. Darauf läßt zum Beispiel ein Rückgang der Kinderzahl bei Hochschulabsolventinnen schließen. Nur 29 % der befragten Frauen haben nach ein- bis zweijähriger beruflicher Tätigkeit Kinder (ein Kind: 24 %; zwei Kinder: 5 %). Bei den Männern liegt der Anteil bei 34 % (ein Kind: 23 %; zwei und mehr Kinder: 11 %). Die Geschlechtsunterschiede lassen sich wahrscheinlich auf das höhere Durchschnittsalter der Männer zurückführen (Frauen: 25,8 Jahre; Männer: 27,6 Jahre). Vergleichbare Absolventenuntersuchungen in der DDR weisen dagegen einen deutlich höheren Kinderanteil nach. In einer Befragung des Zentralinstituts für Jugendforschung 1986/87 hatten am Ende ihres Studiums bereits 33 % der Frauen und 43 % der Männer Kinder.<sup>2</sup>

Auch die Angaben zu beruflichen und außerberuflichen Lebenszielen gehen in diese Richtung. Nur knapp ein Fünftel aller Frauen wollen - wenn auch zumeist nicht ausschließlich - in den nächsten Jahren die Familie versorgen und sich der Kindererziehung widmen (Männer: 11 %). Dagegen steht die Erhöhung der beruflichen Qualifikation und ein höheres Einkommen bei den Frauen an der Spitze ihrer Ziele für die nächsten drei Jahre. Ein höheres Einkommen besitzt allerdings bei den Männern einen noch größeren Stellenwert, obwohl ihr Durchschnittseinkommen schon wesentlich über dem der Frauen liegt.

---

<sup>1</sup> Holst, E.; Schupp, J.: Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern - Befunde des sozio-ökonomischen Panels. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Diskussionspapier Nr. 38. Berlin 1991, S. 17.

<sup>2</sup> Buchholz, Ch.; u. a.: Hoch- und Fachschulabsolventen vergleichbarer Fachrichtungsgruppen am Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Arbeitsberichte 12/1986.

#### 4 Zusammenfassung

Die hier vorgestellten Ergebnisse der Absolventenbefragung zeigen deutlich, daß der sich gegenwärtig vollziehende wirtschaftliche Umbruch in differenzierter Weise auf die Situation von Hochschulabsolventinnen und -absolventen wirkt. Besonders bei Absolventen jener Fachrichtungen, die für eine Tätigkeit in Wirtschaftsbereichen ausgebildet wurden, die heute nicht mehr existieren oder an volkswirtschaftlicher Bedeutung verloren haben, stellt sich die Situation von Frauen noch deutlich schlechter dar als die ihrer männlichen Kollegen. Das zeigt sich vor allem in

- einer höheren Arbeitslosigkeit,
- einem geringeren Einkommen,
- weniger qualifikationsadäquaten Tätigkeiten,
- einer geringeren beruflichen Zufriedenheit

von Frauen. Insgesamt deutet sich die Tendenz der Verdrängung von Frauen aus solchen Berufen und Branchen an, die aufgrund der Arbeitsmarktlage unter starkem Konkurrenzdruck stehen und zudem eine traditionell starke Domäne der Männer sind, z. B. den Ingenieurwissenschaften. Das Beispiel der Bauingenieurinnen zeigt aber auch, daß in Branchen, die sich im Aufschwung befinden, Frauen ähnlich gute Startbedingungen haben wie ihre männlichen Kollegen.

Die in vielen Bereichen ungünstigere Lage von Hochschulabsolventinnen, vor allem hinsichtlich ihrer Beschäftigungssituation und dem Niveau ihrer Tätigkeit, führte jedoch nicht zu einer Abschwächung ihrer stark ausgeprägten beruflichen Orientierungen. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Hochschulabsolventinnen sind in ihrer Mehrheit nicht bereit, auf eine qualifizierte Berufstätigkeit zu verzichten. Sie nehmen lieber Einschränkungen im familiären Bereich in Kauf, vor allem die Zurückstellung des Kinderwunsches.

#### Anschrift der Verfasser:

Dr. Ruth Heidi Stein  
Dr. Rainer Fritsch  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4

10318 Berlin

## **(K)ein Platz für Wissenschaftlerinnen an ostdeutschen Hochschulen?**

Anke Burkhardt

Die inhaltliche und strukturelle Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens nach dem Vorbild der alten Bundesländer ist mit einem drastischen Personalabbau innerhalb weniger Jahre verbunden. Aus der Anwendung der Sonderkündigungsregelungen gemäß Einigungsvertrag, der Umstellung der Beschäftigtengruppenstruktur, der Erhöhung des Anteils befristeter Stellen, der Neugestaltung der Nachwuchsförderung und vielem anderen mehr erwachsen für die Betroffenen tiefe Einschnitte in ihre bisherige Lebenssituation und -planung.

Nachfolgend wird untersucht, ob und inwieweit der konfliktreiche Prozeß der Hochschulerneuerung durch eine Verdrängung von Wissenschaftlerinnen aus dem Lehr- und Forschungsbetrieb gekennzeichnet ist.

**"Eine Frau, die heute in einem wissenschaftlichen Beruf ebensoviel leistet wie ein Mann, muß zehnmal tüchtiger sein als dieser, weil sie zehnmal mehr Schwierigkeiten zu überwinden hat."<sup>1</sup>**

**Ludwig Fulda  
\* 1862**

## **1 Personal im Umbruch**

Zieht man rückblickend auf die ersten Nachwendejahre eine Zwischenbilanz der Hochschulerneuerung im Ostteil Deutschlands, ist nicht zu übersehen, daß das Ausmaß innovativer Entwicklungen hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben ist. Potentiell bot die Umbruchphase Raum für die Erprobung langfristig angelegter, dem europäischen Gedanken verpflichteter - allerdings auch mit Kosten und Risiken behafteter - Modernisierungsstrategien. In der Regel fiel die Entscheidung jedoch zugunsten der Übertragung der im alten Bundesgebiet praktizierten Lösungen, wobei angesichts leerer Kassen finanzpolitische Erwägungen eine entscheidende Rolle gespielt haben dürften. Getragen von dem berechtigten Wunsch, die Umstellung möglichst schnell und ohne allzu gravierende Beeinträchtigung des Studienbetriebes zu bewältigen, wurde die westdeutsche Hochschullandschaft kopiert, obwohl deren zumindest partielle Reformbedürftigkeit unstrittig ist.

Da die im Hochschulwesen zu erbringenden Leistungen von der Konzipierung bis hin zur Realisierung in besonderem Maße an das Wirken des Menschen gebunden sind, gilt die personelle Umstrukturierung als das Kernstück der Erneuerung. Im Personalbereich ist die Kluft zwischen Soll und Ist besonders tief. Viele Aspekte des Anpassungsprozesses, wie z. B. die Beseitigung der einseitig politisch-ideologischen Ausrichtung von Lehre und Forschung oder die Einführung der Stellenausstattung gemäß der Kapazitätsverordnung, sind nur über einschneidende Bestandsreduzierungen zu erreichen.

---

<sup>1</sup> Feyl, R. (Hrsg.): Sein ist das Weib, Denken der Mann. Ansichten und Äußerungen für und wider die gelehrten Frauen gesammelt. Berlin 1984.

**Die wesentlichsten Gründe hierfür können in folgenden, sich zum Teil überdeckenden und einander bedingenden Komplexen zusammengefaßt werden:**

- institutionelle Neugestaltung des Einrichtungsnetzes (Abwicklung von Hochschulen und Struktureinheiten nach Maßgabe des Einigungsvertrages; Aufbau des Fachhochschulbereiches; Gründung von Universitäten und Technischen Universitäten; Integration kleinerer Spezialhochschulen in Universitäten u. ä.),
- personelle Umgestaltung gemäß neuer fachlicher Strukturen (entsprechend der Neuorientierung der Studienberechtigten bei der Studienfachwahl und daraus resultierender veränderter Lehrnachfrage; Abwicklung ideologie- und systembelasteter Fachbereiche; Personalaustausch im Rahmen der Erneuerung ehemals besonders staatsnaher Fachgebiete u. ä.),
- bedarfsbedingte Personalbestandsreduzierung in Anpassung an die Betreuungsrelation im Hochschulwesen der alten Bundesländer bei Orientierung der Personalbedarfsrechnung am westdeutschen Haushaltsmuster,
- Schaffung einer regional ausgewogenen Hochschullandschaft entsprechend der Ländergliederung (Überwindung zentralistischer und Aufbau förderaler Strukturen, Abbau fachlicher Disproportionen sowie eines quantitativ über- bzw. unterproportionalen Personalbestandes),
- Erneuerung der Beschäftigtengruppenstruktur (Erhöhung des Hochschullehreranteils, Umkehrung des bisherigen Verhältnisses von befristeten und unbefristeten Stellen im Mittelbau in Anlehnung an die Situation an westdeutschen Hochschulen) sowie
- Überprüfung der politisch-ideologischen Belastung, der persönlichen Integrität und der fachlichen Eignung der Hochschulmitarbeiter (Anwendung der Sonderkündigungsregelungen gemäß Einigungsvertrag).

Die personalreduzierenden Aspekte der Erneuerung sind für die Betroffenen oft schmerzlich und mit sozialen Härten verbunden. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, relativ unbehindert von Besitzstandsansprüchen verfestigte Personalstrukturen aufzubrechen. Darin eingeschlossen ist die Chance, politische Willensbekundungen hinsichtlich einer Gleichstellung von Mann und Frau an den Hochschulen rasch und in einer erkennbaren Größenordnung in die Tat umzusetzen.

Eine Reihe von Restriktionen, die Frauenförderung an den Hochschulen im alten Bundesgebiet auf einen mühsamen Prozeß der kleinen Schritte reduzierte, galt im Osten in der ersten Umbruchphase noch nicht. Unkonventionelle Formen der Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung wurden entwickelt. Die Prinzipien des Runden Tisches führten zu einer neuen Kultur des Meinungsstreites, die den unterschiedlichen Gruppen die Einbringung von Ideen ermöglichte. Frauen begannen sich zu organisieren und ihre Rechte öffentlich einzufordern. Befreit von der Enge des zentralistischen Dirigismus schienen die verschiedensten Wege der Erneuerung möglich, und die Mehrheit der Hochschulangehörigen war bereit, an ihrer Erprobung aktiv mitzuwirken.

Die damalige Diskussion an den ostdeutschen Hochschulen zeichnete sich durch ein breites Spektrum an Vorstellungen aus. Sie reichten vom konservativen Konzept der Wiedereinführung der Ordinarien bis hin zur Empfehlung der Aufhebung gängiger Fächerstrukturen zugunsten interdisziplinärer Lehr- und Forschungsansätze. Frauenpolitische Überlegungen bewegten sich in der Bandbreite von totaler Ablehnung jeder Quotierung (Motto: Wer Leistung bringt, braucht keine Quote!) und der Forderung nach mindestens paritätischer Besetzung aller Gremien.

## **2 Qualifikations- und Professionspyramide**

Bezogen auf die Personengruppen Studierende, wissenschaftlicher Nachwuchs und Personal lag der Frauenanteil im Hochschulwesen der DDR über den vergleichbaren Anteilen im alten Bundesgebiet. Die Anpassung an die Verhältnisse im westdeutschen Hochschulwesen würde hier also einen Rückschritt darstellen (vgl. Tabelle 2 und 3). Zwar existierte in beiden Teilen Deutschlands eine relativ stabile geschlechtsspezifische Qualifikations- und Professionspyramide, doch war diese an ostdeutschen Hochschulen weniger ausgeprägt.

An DDR-Hochschulen stellten Frauen 1989 47 % der deutschen Studienanfänger im Direktstudium. Von den erfolgreichen Promovenden war jeder Dritte eine Frau. Bezogen auf abgeschlossene Habilitationen lag der Frauenanteil bei 15 %.

Die Erlangung des akademischen Grades Doktor eines Wissenschaftszweiges (Promotion A - Dr.) bzw. Doktor der Wissenschaften (Promotion B/Habilitation - Dr. sc.) war auf verschiedenen Wegen möglich, deren Inanspruchnahme aufgrund einer differenzierten Berücksichtigung der Belange von Frauen geschlechtsabhängige Besonderheiten aufwies. Die Graduierung konnte im

Rahmen eines Forschungsstudiums (nur Promotion A), über eine planmäßige oder außerplanmäßige Aspirantur, auf dem Wege der Mitarbeiterqualifizierung an den Hochschulen und Akademien oder extern erworben werden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Erfolgreich abgeschlossene Promotionen A (Dr.) und Promotionen B/Habilitationen (Dr. sc.) an ostdeutschen Hochschulen und Akademien nach Qualifizierungsformen 1989 - Deutsche<sup>1</sup>

Qualifizierungsform	Erfolgreich abgeschlossene Promotionen und Habilitationen (in Personen)		Frauenanteil (in %)
	gesamt	darunter weibl.	
Forschungsstudium (A)	776	284	36,6
Planmäßige Aspirantur (A)	190	98	51,6
Außerplanmäßige Aspirantur (A)	261	40	15,3
Industrieaspirantur (A)	10	4	40,0
Teilaspirantur (A)	25	12	48,0
Promotion durch Mitarbeiter der Hochschule/Institution (A)	1.170	390	33,3
Externe Promotion (A)	2.085	869	41,7
<b>Promotion A (Dr.) insgesamt</b>	<b>4.517</b>	<b>1.697</b>	<b>37,6</b>
Planmäßige Aspirantur (B)	58	23	39,7
Außerplanmäßige Aspirantur (B)	18	3	16,7
Promotion durch Mitarbeiter der Hochschule/Institution (B)	611	79	12,9
Externe Promotion (B)	238	37	15,5
<b>Promotion B/Habilitation (Dr. sc.) insgesamt</b>	<b>925</b>	<b>142</b>	<b>15,4</b>

<sup>1</sup> Ministerium für Bildung (Hrsg.): Hochschulstatistik 1989. Studierende. Berlin 1990 (bearbeitet an der TU Magdeburg).

Die Aufnahme in das Forschungsstudium erfolgte in der Regel ein halbes bis ein Jahr vor Abschluß der laut Studienplan vorgesehenen Studienzeit. Die Ausbildung dauerte drei Jahre (einjährige Verlängerung möglich). Während dieser Zeit blieb der Forschungsstudent Angehöriger der Hochschule. Ausfallzeiten, die durch Schwangerschaft oder Kinderbetreuung bedingt waren, wurden nicht auf die Dauer des Forschungsstudiums angerechnet. Das Grundstipendium betrug 500 Mark monatlich. Für jedes zu versorgende Kind wurden Zuschläge gewährt. Des Weiteren gab es leistungsabhängige Zuschläge und Aufstockungen des Grundstipendiums, wenn der Ehepartner ohne eigenes Einkommen war. Jeder Forschungsstudent war verpflichtet, einen detaillierten Arbeitsplan auszuarbeiten. Der betreuende Hochschullehrer hatte zu gewährleisten, daß mit Beginn des Forschungsstudiums ein Dissertationsthema aus dem Forschungsplan der Hochschule festgelegt wurde. Das erste Jahr des Forschungsstudiums stand für die Erarbeitung der thematisch mit der Dissertation in Zusammenhang stehenden Diplomarbeit zur Verfügung. Festlegungen zum späteren beruflichen Einsatzbereich wurden in der Regel schon bei Beginn der Qualifizierung getroffen.<sup>1</sup>

Die planmäßige Aspirantur ermöglichte für die Dauer von drei Jahren (Verlängerung möglich) die volle Konzentration auf die wissenschaftliche Arbeit. Das Arbeitsrechtsverhältnis mit dem delegierenden Betrieb ruhte während der Qualifizierung. Die Aspirantenzeit wurde voll auf die Dienst-, Berufs-, Tätigkeits- und Betriebszugehörigkeitsjahre angerechnet. Die finanzielle Absicherung erfolgte über ein Stipendium, d. h. gegenüber anderen Qualifizierungsformen (z. B. außerplanmäßige Aspirantur) mußten Einkommenseinbußen in Kauf genommen werden.

Zu den planmäßigen Aspiranturen zählten auch die Teilaspirantur und die Frauen-Sonderaspirantur. Eine Teilaspirantur (Dauer ein halbes Jahr bis zu zwei Jahren) kam dann in Frage, wenn der Kandidat bereits umfangreiche wissenschaftliche Vorarbeiten zu der gewählten Thematik vorweisen konnte oder wenn ein außerplanmäßiger Aspirant in die planmäßige Aspirantur übernommen wurde. Die Frauen-Sonderaspirantur diente der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses unter besonderer Berücksichtigung familiärer Belange. Die Fördermaßnahmen, die u.a. Kinderbetreuung, Urlaubsversorgung, Unterstützung im Forschungskollektiv und Festlegungen zum späteren Einsatz umfaßten, wurden in einem Förderungsvertrag festgeschrieben.

---

<sup>1</sup> Anordnung (Nr. 1) über das Forschungsstudium vom 29. Dezember 1978 in der Fassung der Anordnung (Nr.2) vom 1. Juli 1981. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Nr. 24, Berlin 1981, S.301 ff.

Während die planmäßige Aspirantur überwiegend von Frauen absolviert wurde, war die **außerplanmäßige Aspirantur** (Dauer vier Jahre) eine Domäne der Männer. Sie ermöglichte - gestützt auf die Betreuung an der Hochschule und die betriebliche Delegation - die wissenschaftliche Qualifizierung ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit und bei voller Gehaltsfortzahlung. Für Frauen, die familiär bedingt in keinem Arbeitsrechtsverhältnis standen, war die Aufnahme der Aspirantur auch ohne Betriebsdelegation möglich. Für die Erfüllung der Qualifizierungsaufgaben wurden außerplanmäßige Aspiranten jährlich 70 Arbeitstage freigestellt. Bei besonderer familiärer Belastung konnte die Freistellung von Frauen auf 100 Arbeitstage erweitert werden.<sup>1</sup>

Im Fall der **Promotion oder Habilitation durch einen Mitarbeiter einer wissenschaftlichen Einrichtung** waren die Qualifizierungsaufgaben in der Regel Bestandteil des offiziellen Forschungsplanes. Betreuer, Thematik, Zeitplan, Arbeitsschritte etc. wurden in einer Qualifizierungsvereinbarung schriftlich fixiert. Es bestand die Möglichkeit, in diese Vereinbarung frauenspezifische Fördermaßnahmen aufzunehmen.

Die Gruppe der **externen Promovenden/Habilitanden** war heterogen zusammengesetzt. In ihr wurden u. a. auch diejenigen erfaßt, die ihre Aspirantur nicht fristgemäß, sondern nachträglich abschlossen.

An DDR-Hochschulen wies das wissenschaftliche und künstlerische Personal 1989 einen Frauenanteil von 31 % auf. Die Differenzierung zwischen den Beschäftigtengruppen war erheblich. Während Frauen mehr als ein Drittel der wissenschaftlichen Mitarbeiter stellten, bestand bei den Hochschullehrern (Professoren, Dozenten) zwischen Männern und Frauen eine Relation von 10 : 1. Die Gruppe der Professoren setzte sich also fast ausschließlich aus Männern zusammen. Gleiches betraf die obere Leitungsebene der Hochschulen und bedeutende hochschulpolitische Entscheidungsgremien. Bezogen

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Anordnung (Nr. 1) über die wissenschaftliche Aspirantur - Aspirantenordnung - vom 22. September 1972. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil II, Nr. 60, vom 13. Oktober 1972, Berlin 1972, S. 648 ff.

2. Anordnung (Nr. 3) über die wissenschaftliche Aspirantur - 3. Aspirantenordnung vom 16. März 1990. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Nr. 23, vom 9. April 1990, Berlin 1990, S. 227 und 228.

auf die Anzahl der Rektoren, Prorektoren und Sektionsdirektoren lag der Frauenanteil Ende der 80er Jahre bei knapp drei Prozent.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Radtke, H.: Frauen in Leitungsfunktionen in der Wissenschaft. In: Einheit, Berlin 10/1988, Berlin, S. 932.

Tabelle 2: Anteil des weiblichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an ostdeutschen Hochschulen nach Fächergruppen und Beschäftigtenkategorien im Vergleich der Jahre 1989 und 1991 (jeweils am 31. 12. des Jahres)<sup>1</sup>

Fächergruppe	Frauenanteil 1989 (in %) - hauptberufl. Personal			Frauenanteil 1991 (in %) - haupt- und nebenberufl. Personal		
	wiss. Pers. insg.	davon:		wiss. Pers. insg.	davon:	
		Hoch- schul- lehrer	wiss. Mit- arb.		Hoch- schul- lehrer	wiss. Mit- arb.
Sprach- u. Kul- turwiss., Sport	47	17	52	50	19	55
Rechts-, Wirt.- u. Sozialwiss.	32	13	42	32	12	40
Math./Natur- wissensch.	18	4	22	20	4	24
Humanmedizin	37	9	41	41	11	44
Veterinär- medizin	27	6	35	29	7	39
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissensch.	22	8	28	25	9	32
Ingenieurwiss.	10	2	13	13	3	17
Kunst, Kunst- wissensch.	48	17	48	35	19	39
Zentrale Einrich- tungen	34	6	42	44	7	46
<b>Insgesamt</b>	<b>31</b>	<b>9</b>	<b>36</b>	<b>32</b>	<b>9</b>	<b>37</b>

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Berichterstattung der Hochschulen an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

2. Burkhardt, A.; Scherer, D., Erdner, S.: Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR 1989 und 1990. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 3/1991, Berlin 1991.

3. GESTAL - Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991. Personal (Beitrittsgebiet). Berlin 1992 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

Die Fächergruppendifferenzierung des Wissenschaftlerinnenanteils war an DDR-Hochschulen mit einer Bandbreite von 47 % in Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport bis 12 % in den Ingenieurwissenschaften ausgeprägter als an den Hochschulen in den alten Bundesländern. Ähnlichkeiten gab es in bezug auf den ausgesprochen geringen Hochschullehrerinnen-Anteil in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften (2 % bzw. 4 %Prozent).

Regionale Differenzierungen resultierten aus der nach Bundesländern unterschiedlich profilierten Hochschullandschaft. So weist Sachsen mit seiner Konzentration an ingenieurwissenschaftlich orientierten Hochschulen den niedrigsten Frauenanteil auf (29 %), während dieser in Ost-Berlin aufgrund des Übergewichtes an geisteswissenschaftlichen, künstlerischen und medizinischen Fächern überdurchschnittlich hoch ist (39 %).

Trotz der im Vergleich zu westdeutschen Hochschulen höheren Frauenanteile war man im Hochschulwesen der DDR von der Gleichstellung der Geschlechter weit entfernt. Im Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen kam es im sozialistischen Hochschulalltag zu einer von Karrierestufe zu Karrierestufe abnehmenden Repräsentanz von Frauen. Rückblickend ist eine Vernachlässigung dieser Problematik - vor allem in bezug auf die marginale Situation von Frauen in Spitzenpositionen - zu konstatieren.<sup>1</sup> Ihre geringe Präsenz in der Gruppe der Hochschullehrer wurde über viele Jahre fast unverändert fortgeschrieben. Trotzdem findet sich in dem Grundsatzcharakter tragenden Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom März 1980 "Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" kein Hinweis auf die Notwendigkeit der Frauenförderung in der Wissenschaft.<sup>2</sup>

Die Materialien der V. Hochschulkonferenz 1980 enthalten lediglich die sehr allgemein gehaltene Forderung: "Bei allen Überlegungen und Maßnahmen zur Entwicklung wissenschaftlicher Kader ist die Förderung der Frauen

---

<sup>1</sup> Burkhardt, A.: Frauen an den Hochschulen. In: Klemm, K.; Böttcher, W.; Weegen, M. (Hrsg.): Bildungsplanung in den neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche. Weinheim 1992, S. 147 und 148.

<sup>2</sup> Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 18. März 1980: Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.): V. Hochschulkonferenz, Berlin 1980.

gebührend zu berücksichtigen...".<sup>1</sup> Auch den Referaten des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen auf den jährlichen Konferenzen der Rektoren und Prorektoren der Universitäten und Hochschulen ist kaum mehr zu entnehmen als eine äußerst knappe Situationsbeschreibung, obwohl es trotz aller Planmäßigkeit nicht gelang, die Kluft zwischen den Erfolgen in der Nachwuchsförderung (hoher Anteil weiblicher Promovenden) und dem hohen Anteil von Frauen in der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter einerseits und ihrer Unterrepräsentanz in der Gruppe der Hochschullehrer andererseits zu überwinden.

Erst Mitte der 80er Jahre, als immer deutlicher wurde, daß die bevorstehenden Emeritierungen mit einer drastischen Reduzierung der Anzahl der Dozentinnen und Professorinnen verbunden sein würden, wurde staatlicherseits die Unterstützung von Wissenschaftlerinnen zur wichtigen hochschulpolitischen Aufgabe erklärt, deren Umsetzung von den Rektoren persönlich zu kontrollieren und abzurechnen war.<sup>2</sup> In der Folgezeit belebte sich die öffentliche Diskussion - sowohl in Gesprächsrunden unter Beteiligung ministerieller und gewerkschaftlicher Vertreter als auch auf wissenschaftlichen Tagungen stand die Frauenthematik auf der Tagesordnung.<sup>3</sup> Gleichzeitig gewann die Forschung über die Rolle und die Motivation von Wissenschaftlerinnen im Hochschulbereich an Bedeutung.<sup>4</sup> Bei Durchsicht der vorliegenden Materialien fällt auf, daß bei aller Kritik an der offensichtlichen Marginalisierung von Frauen das Dogma von der im Sozialismus grundsätzlich verwirklichten Gleichberechtigung nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde.

"Als eine herausragende Errungenschaft des Sozialismus ist die Gleichberechtigung und Persönlichkeitsentwicklung der Frau eine unerläßliche Vor-

---

<sup>1</sup> Böhme, H.- J.: Der Beitrag der Universitäten und Hochschulen zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Stärkung der Leistungskraft unseres Landes in den achtziger Jahren. In: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.): V. Hochschulkonferenz... a.a.O., S. 84.

<sup>2</sup> Böhme, H.- J.: Referat des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen auf der Konferenz der Rektoren der Universitäten und Hochschulen der DDR am 1. Juli 1985 in Weimar. Zwickau 1985, S. 38 und 39.

<sup>3</sup> Frauen in der Wissenschaft. Materialien des Wissenschaftspotentialkolloquiums des Bereichs "Wissenschaftspotential" des ITW der AdW der DDR mit Vertretern aus Forschung, Lehre und Praxis am 26. März 1987 in Berlin. Berlin 1987 (Kolloquien; 60/1989).

<sup>4</sup> Hildebrandt, K.: Wissenschaftlerinnen im Hochschulwesen der DDR. Ergebnisse einer Befragung. In: Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (Hrsg.): Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung, Berlin 1989.

aussetzung für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft... Insgesamt herrscht auch in der Wissenschaft die Tendenz vor: Je höher der Qualifikationsgrad bzw. der akademische Titel und je höher die Leitungsebene, desto weniger sind Frauen vertreten. Diese Situation hat tiefe historische Wurzeln, und es wäre eine Illusion, sie von heute auf morgen grundlegend ändern zu wollen."<sup>1</sup>

Als Ursachen für den unbefriedigenden Stand des Einsatzes geeigneter Frauen in verantwortlichen Funktionen der Wissenschaft galten

- Probleme berufstätiger Mütter bei der Erreichung des erforderlichen Qualifikations- und Leistungsniveaus aufgrund ihrer familiären Belastung,
- subjektive, im weiblichen Persönlichkeitsbild begründete Hemmnisse wie falsche Bescheidenheit, Gutmütigkeit, fehlender Ehrgeiz und die Bereitschaft zum Zurückstecken zugunsten der Karriere des Partners,
- Festhalten an überholten Traditionen und ideologische Vorbehalte von Leitern gegenüber der Leistungsfähigkeit der Frau in der Wissenschaft.

Im Interesse der besseren Vereinbarkeit von Persönlichkeitsentwicklung, Berufstätigkeit und Mutterschaft wurden individuelle Lösungen der Förderung gefordert, welche die jeweils konkrete Arbeits- und Lebenssituation der Frauen berücksichtigen und je nach familiärer Situation "maßgeschneiderte" Maßnahmen ermöglichen sollten.<sup>2</sup>

Angestrebt wurde also nicht Gleichstellung der Geschlechter, sondern die **Bewältigung der Mehrfachbelastung durch die Frau**. Daß dieser Ansatz als typisch für die Behandlung der "Frauenproblematik" in der DDR angesehen werden kann, illustriert das nachfolgende Zitat aus dem bis zur Wende für die gesellschaftliche Entwicklung maßgebenden Programm der SED:

"Die werktätigen Frauen leisten in allen Bereichen der Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag zum politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt... Die Festigung der

---

<sup>1</sup> Radtke, H.: Frauen in Leitungsfunktionen in der Wissenschaft...a.a.O., S. 930 und 932.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 936.

gesellschaftlichen Stellung und die Persönlichkeitsentwicklung der Frauen erfordern, zielstrebig daran zu arbeiten, daß die Frauen ihre berufliche Tätigkeit noch erfolgreicher mit ihren Aufgaben als Mütter und in der Familie vereinbaren können."<sup>1</sup>

An den Hochschulen in den alten Bundesländern waren im Wintersemester 1990/91 39 % der Studienanfänger weiblich. Damit lag der Frauenanteil bereits zu Beginn einer wissenschaftlichen Laufbahn unter dem entsprechenden Bevölkerungsanteil. Erfolgreiche Doktorprüfungen wurden zu 28 % von Frauen abgelegt. In bezug auf die Habilitationen betrug ihr Anteil 10 %. Ebenfalls gering fiel die weibliche Präsenz im personellen Bereich aus. Der Frauenanteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal erreichte 1990 18 %. Die Bandbreite in der Differenzierung nach Fächergruppen reicht von 29 % in der Veterinärmedizin bis 5 % in den Ingenieurwissenschaften. Lediglich vier von 100 Hochschullehrern (C3, C4) waren Frauen. Besonders deutlich zeigt sich die Unterrepräsentanz von Frauen hier in den Ingenieurwissenschaften und in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften mit einem Anteil weiblicher Hochschullehrer von einem bzw. zwei Prozent.

"Die Universitäten sind bis heute hartnäckige Männerbastionen geblieben. In den alten Bundesländern hatten Frauen schon immer nur schwer Zugang zu den gut dotierten Positionen in Universitäten und Fachhochschulen... Die Männer zeigen bei der Verteidigung ihrer 'Festung Wissenschaft' Zusammenhalt und Entschlossenheit."<sup>2</sup>

Die Besetzung der höchsten Stufen der Wissenschaftshierarchie weist immer noch patriarchale Züge auf. In Anbetracht des langjährigen Kampfes der etablierten und auch öffentlichkeitswirksam agierenden westdeutschen Frauenbewegung löste dies bei Ost-Frauen anfangs Verwunderung aus. Inzwischen ist es durch die Konfrontation mit der realen Situation in der Bundesrepublik zu einer Desillusionierung in bezug auf die Möglichkeit der Einflußnahme von Frauen auf die Hochschulpolitik gekommen. "Die ostdeutschen Wissenschaftlerinnen hatten sich offensichtlich ein falsches Bild vom Grad der Etablierung ihrer westdeutschen Kolleginnen gemacht. Sie überschätzten deren Bereitschaft und Möglichkeiten, gegenüber der zunehmenden

---

<sup>1</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1989, S. 54.

<sup>2</sup> Bergmann, C.: Grußwort. In: Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Förderprogramm Frauenforschung des Senats von Berlin. Bericht 1992, Berlin 1993, S. 9.

Marginalisierung von Frauen im Wissenschaftssystem der neuen Bundesländer Einfluß zu nehmen."<sup>1</sup>

Tabelle 3: Anteil des weiblichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Hochschulen in den alten Bundesländern nach Fächergruppen und Beschäftigtenkategorien 1990<sup>2</sup>

Fächergruppe	Frauenanteil 1990 (in %)		
	wiss. Pers. insgesamt	davon:	
		Professo- ren	wiss. Mitarb.
Sprach- u. Kulturwissenschaften, Sport	24	9	33
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	16	8	23
Mathematik/Naturwissenschaften	14	2	17
Humanmedizin	26	4	29
Veterinärmedizin	29	4	36
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaf- ten	20	6	26
Ingenieurwissenschaften	5	1	7
Kunst, Kunstwissenschaften	21	15	31
Zentrale Einrichtungen	23	13	24
<b>Insgesamt</b>	<b>18</b>	<b>5</b>	<b>23</b>

<sup>1</sup> Ausgegrenzt und mittendrin - Frauen in der Wissenschaft. - Dokumentation einer Tagung an der Humboldt-Universität zu Berlin am 23./24. Oktober 1992. Berlin 1993, S. 207.

<sup>2</sup> Vgl. u.a.:

1. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1991/92. Bonn 1991.

2. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Personal an Hochschulen 1982 bis 1990. Bonn 1992.

### 3 Bestandsveränderungen bis Ende 1991

Die nachfolgende statistische Analyse des Personalbestandes an den Ost-Hochschulen im Vergleich der Jahre 1989 und 1991 soll aufdecken, ob und in welchem Maße es gelungen ist, die Umbruchsituation für die Durchsetzung der frauenpolitischen Forderung nach Gleichstellung zu nutzen. Ende 1989 waren an den Hochschulen in der DDR rund 38.900 Wissenschaftler tätig, darunter 12.000 Frauen (31 %).<sup>1</sup> Ende 1991 umfaßte der Bestand noch rund 30.500 Wissenschaftler, darunter 9.800 Frauen (32 %). Innerhalb von zwei Jahren hat sich der Personalbestand um ca. ein Fünftel verringert - 8.400 Wissenschaftler (davon 6.200 Männer und 2.200 Frauen) verließen die Hochschule (vgl. Tabelle 4).

Von dieser Bestandsreduzierung waren Frauen im Zeitraum 1990/91 relativ annähernd in gleichem Maße betroffen wie Männer. Ihr Anteil am Personalabbau entsprach in etwa ihrem Anteil in der jeweiligen Beschäftigtengruppe: sie hatten einen Anteil von 27 % bezogen auf den Personalabbau in der Gruppe des wissenschaftlichen Personals; in den Positionen Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter lag der entsprechende Anteil bei 9 % bzw. 32 %.

Insgesamt weist die geschlechtsspezifische Personalstruktur bis Ende 1991 nur geringfügige Veränderungen auf. Demnach hat - zumindest auf den ersten Blick - keine überproportionale Verdrängung von Wissenschaftlerinnen stattgefunden. Beleuchtet man den Hintergrund des Personalabbaus im o. g. Zeitraum näher, insoweit dies anhand verfügbarer statistischer Angaben möglich ist, wird allerdings deutlich, daß trotz der fast unveränderten Gesamtrelationen Ausgrenzungstendenzen nicht auszuschließen sind.

Der Personalabbau 1990/91 ging zu großen Teilen auf Landesentscheidungen zur Abwicklung von Hochschulen und deren Teileinrichtungen gemäß Einigungsvertrag (Artikel 13/Anlage I, Kapitel XIX, Abschnitt III) zurück.<sup>2</sup> Bezogen auf den 89er Bestand waren etwa 20 % des wissenschaftlichen Personals in entsprechenden Bereichen tätig.

---

<sup>1</sup> Burkhardt, A.; Scherer, D.; Erdner, S.: Personalbestand an Hochschulen in der ehemaligen DDR 1989 und 1990. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 3/1991, Berlin 1991.

<sup>2</sup> Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag - vom 31. August 1990. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I, Nr. 64, vom 28. September 1990. Berlin 1990.

Tabelle 4: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an ostdeutschen Hochschulen nach Geschlecht und Beschäftigtenkategorie im Vergleich der Jahre 1989 und 1991 (hauptberuflich Tätige/je-weils am 31.12. des Jahres) - mit Medizin<sup>1</sup>

<b>1. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal insgesamt</b>				
	gesamt	männlich	weiblich	Frauen- anteil (in %)
1989 (in Personen)	38.909	26.857	12.052	31,0
1991 (in Personen)	30.514	20.698	9.816	32,2
<b>Personalabbau von 1989 bis 1991</b>				
absolut	- 8.395	- 6.159	- 2.236	26,6
in %	- 21,6	- 22,9	- 18,6	
<b>1.1. davon Hochschullehrer</b>				
1989 (in Personen)	7.516	6.820	696	9,3
1991 (in Personen)	5.530	5.021	509	9,2
<b>Personalabbau von 1989 bis 1991</b>				
absolut	- 1.986	- 1.799	- 187	9,4
in %	- 26,4	- 26,4	- 26,9	
<b>1.2. davon wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter</b>				
1989 (in Personen)	31.393	20.037	11.356	36,2
1991 (in Personen)	24.984	15.677	9.307	37,3
<b>Personalabbau von 1989 bis 1991</b>				
absolut	- 6.409	- 4.360	- 2.049	32,0
in %	- 20,4	- 21,8	- 18,0	

<sup>1</sup> Quellen: Vgl. Tabelle 2.

Tabelle 5: Vergleich der Struktur des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals nach Fächergruppen mit der Struktur der Studienanfänger (Deutsche im Direktstudium) an ostdeutschen Hochschulen<sup>1</sup>

Fächergruppe	Personalstruktur (in %)		Struktur der Studienanfänger (in %)	
	1989	1991	WS 1989/90	WS 1991/92
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	21	18	16	20
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	14	7	16	28
Mathematik/Naturwissenschaften	15	18	15	12
Humanmedizin	21	25	8	9
Veterinärmedizin	1	1	unter 1	1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	2	3	4	2
Ingenieurwissenschaften	16	20	37	23
Kunst, Kunstwissenschaften	3	4	3	5
Zentrale Einrichtungen	7	4		
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Schwerpunkte der Abwicklung waren Marxismus-Leninismus, Wirtschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und andere Bereiche, die in besonderem Maße durch System- und Staatsnähe gekennzeichnet waren. Demgegenüber blieben die eher "ideologiefernen" Fächergruppen wie Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften von der Abwicklung fast unberührt. Ihr Personalbestand unterlag nur geringen Veränderungen.

<sup>1</sup> Vgl. Tabelle 2:

1. Ministerium für Bildung (Hrsg.): Hochschulstatistik 1989. Studierende...a.a.O.
2. GESTAL (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991. Studierende (Beitrittsgebiet). Berlin 1992 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).
3. Burkhardt, A.; Scherer, D.: Konkordanz Hochschulstatistik BRD - DDR (Fächergruppen, Lehr- und Forschungsbereiche). Berlin 1991.

Die fachliche Umstrukturierung befand sich aus personeller Sicht 1990/91 noch in der Anfangsphase. Sie ist aufgrund des erheblichen Aufwandes einer fundierten Hochschulentwicklungsplanung auf Länderebene zeitlich etwas hinter der fachlichen Neuorientierung der Studienanfänger zurückgeblieben. Während sich die Fächerstruktur des Hochschulzugangs im Beitrittsgebiet bereits im Wintersemester 1991/92 tendenziell der deutlich vom DDR-Muster abweichenden Struktur im alten Bundesgebiet angeglichen hat, weist die fachliche Struktur des Personals im Vergleich der Jahre 1989 und 1991 nur punktuelle Veränderungen auf. Lediglich die von Abwicklung besonders betroffene Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften fällt durch einen deutlichen Anteilsverlust auf (vgl. Tabelle 5).

Das Arbeitsverhältniss eines Arbeitnehmers, der in einer abgewickelten Einrichtung oder einem abgewickelten Teilbereich tätig war, ruhte vom Tage des Beitritts, spätestens jedoch ab dem 1. Januar 1991 für die Dauer von 6 Monaten bzw. 9 Monaten bei vollendetem 50. Lebensjahr. Mit Ablauf der Frist endete das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung. Während des Ruhens bestand Anspruch auf ein monatliches Wartegeld in Höhe von 70 % des durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgelts der letzten 6 Monate. Der Eintritt in die sogenannte Warteschleife berührte nicht die Möglichkeit einer weiteren Beschäftigung durch Vereinbarung während oder zum Ende des Wartestandes. Im Interesse der geordneten Weiterführung des Hochschulbetriebes, insbesondere der Lehre wurde ein Teil der von Abwicklung betroffenen Wissenschaftler befristet weiterbeschäftigt (z. B. in Sachsen-Anhalt 373 von 726 Wissenschaftlern<sup>1</sup>).

Ein weiterer Teil nahm die Sonderregelungen zum Vorruhestand/Altersübergang in Anspruch. Auf diesem Weg verließen auch zahlreiche Wissenschaftler, die sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden politischen und fachlichen Überprüfung keine große Hoffnung auf Übernahme machen konnten, die Hochschule.

Die anfangs nur bis Ende 1991 geltende, später um ein Jahr verlängerte Sonderregelung ermöglichte allen Beschäftigten, ab dem 56. Lebensjahr mit einer gewissen sozialen Abfederung aus dem Berufsleben auszuscheiden. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede des offiziellen Rentenalters in der DDR hätte die Sonderregelung von 5 Frauenjahrgängen (55- bis

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Beschluß vom März 1992. Magdeburg 1992, S. 12.

2. Lotz, S.: Universität Greifswald - Übernahme und Abwicklung. In: Universitätszeitung, Greifswald 1/1991, S. 3.

59jährige) und 10 Männerjahrgängen (55- bis 64jährige) genutzt werden können. Geht man mit Blick auf die Altersstruktur des DDR-Hochschulpersonals von einer durchschnittlichen jährlichen Übergangsquote in das reguläre Rentenalter von 2,5 % aus, ergibt sich, daß etwa 25 % der Wissenschaftler und 12,5 % der Wissenschaftlerinnen 55 Jahre und älter waren. Hätten alle altersbedingt Berechtigten von der Vorruhestands-/Altersübergangsregelung Gebrauch gemacht, müßte sich das an den Hochschulen verbliebene wissenschaftliche Personal theoretisch zu 65 % aus Männern und zu 35 % aus Frauen zusammensetzen. Das ist jedoch in der Realität nicht eingetreten. Der Frauenanteil hat sich lediglich um einen und nicht um vier Prozentpunkte erhöht, was darauf schließen läßt, daß Männer über 55 Jahre zumindest bis Ende 1991 nicht in dem Maße ausgeschieden sind wie Frauen dieser Altersgruppe. In Einzeluntersuchungen wurde dies bereits nachgewiesen: an der Humboldt-Universität zu Berlin sind in der ältesten vergleichbaren Altersgruppe (55- bis 59jährige) prozentual mehr Wissenschaftlerinnen (über 50 %) als Wissenschaftler (27 %) ausgeschieden.<sup>1</sup>

Obwohl die Inanspruchnahme der Sonderregelung freiwillig war, fühlten sich Frauen oft moralisch unter Druck gesetzt, zugunsten eines jüngeren, in der Regel männlichen Kollegen, auf den Arbeitsplatz zu verzichten. Dabei hatten gerade letztere wesentlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als ältere und/oder weibliche Wissenschaftler.

An den Hochschulen geführte Expertengespräche machten deutlich, daß bereits 1990 eine Fluktuation unter den jüngeren, speziell den männlichen Angehörigen des Mittelbaus einsetzte. Die jüngste und dynamischste Gruppe der Wissenschaftler hat sich relativ schnell umorientiert und ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt gesucht.<sup>2</sup>

Ähnliche Ergebnisse erbrachte eine 1991 durchgeführte Analyse des Verbleibs der Mitarbeiter der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Hinsichtlich der Mobilitätswege wurden geschlechtsspezifische Unterschiede festgestellt. Im Bereich Naturwissenschaften hatten sich z. B. 12 %

---

<sup>1</sup> Felber, C.; Monte, K.; Röhl, S.: Zur Situation von Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß der Universitäten und Hochschulen in Ost-Berlin und im Land Brandenburg - Ein Vergleich mit dem männlichen Wissenschaftspersonal. - In: Ausgegrenzt und mittendrin...a.a.O., S. 59.

<sup>2</sup> Stein, R. H.; Fritsch, R.; Erdner, S.: Studierende der Wirtschaftswissenschaften 1991 in den neuen Bundesländern vor dem Übergang von der Hochschule in den Beruf. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 3/1992, Berlin 1992, S. 7.

der Männer, aber nur 5 % der Frauen für eine Tätigkeit an wissenschaftlichen Einrichtungen in den alten Bundesländern und in Westeuropa entschieden. An andere nichtwissenschaftliche Einrichtungen in Westdeutschland gingen 13 % der männlichen Wissenschaftler und 8 % der Wissenschaftlerinnen. Frauen waren dagegen wesentlich häufiger als Männer in ABM und Umschulung anzutreffen. Differenziert nach Altersgruppen ergab sich folgendes Bild: Ein Drittel der unter 30jährigen Mitarbeiter hatte in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen Arbeit gefunden. In der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre wanderten 20 % in nichtwissenschaftliche Einrichtungen ab. Die 50- bis 56jährigen waren zu knapp einem Drittel in ABM beschäftigt.<sup>1</sup> Aus der zusammenfassenden Betrachtung der geschlechts- und altersspezifischen Analyseergebnisse läßt sich schlußfolgern, daß vor allem Männer der jüngeren und mittleren Altersgruppe auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, wobei die jüngeren und vermutlich noch in der Promotions- und Habilitationsphase befindlichen Wissenschaftler eher eine Tätigkeit an einer wissenschaftlichen Einrichtung aufgenommen haben, während Wissenschaftler mit längerer Berufserfahrung verstärkt in den nichtwissenschaftlichen Bereich abgewandert sind.

#### 4 Aspekte der Nachwuchsgewinnung

Der voranstehend beschriebene Personalabbau vollzog sich in den Beschäftigtengruppen mit unterschiedlicher Gewichtung. Der Bestand an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen ging von 1989 bis 1991 um rund 18 % zurück. Neben der Stellenreduzierung stellt sich im Mittelbau das Problem der Umwandlung von Dauer- in Zeitstellen. Die DDR-typische Kontinuität der Berufsausübung und damit die von Frauen als besonders wichtig eingestufte soziale Absicherung einer wissenschaftlichen Qualifizierung gehören der Vergangenheit an. Im Gegenzug bietet das neue System wesentlich größere Handlungsspielräume und einen Zuwachs an individueller Entscheidungskompetenz. Dies führte trotz grundsätzlich positiver Akzeptanz zu Verunsicherungen unter den Hochschulangehörigen. Der Umgang mit der neu erworbenen Freiheit ist nicht von heute auf morgen zu erlernen.

Wie bereits unter Punkt 1 angesprochen, wird sich an ostdeutschen Hochschulen in den nächsten Jahren der Anteil der Hochschullehrer am wissenschaftlichen Personal erhöhen. Der 89er Personalbestand und die Stellen-

---

<sup>1</sup> Dohnke, D.; Groß, G.; Melis, C.; Redis, G.: Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie weitere in FuE Beschäftigte im Bereich der außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern unter den Bedingungen der Veränderungen des Wissenschaftssystems in Deutschland. 1992, S. 19 und 25.

Zielzahl der neuen Bundesländer und Ost-Berlins weisen eine ähnliche Größenordnung auf. Der trotzdem nicht zu umgehende Personalabbau erklärt sich zum einen aus der Staatsnähe und Systemverstrickung zahlreicher Professoren und Dozenten, zum anderen aus der fachlichen Umstrukturierung. Nicht übersehen werden darf desweiteren, daß in dieser Beschäftigten-gruppe bereits vor der Wende eine Überalterung eingetreten war.

In der Gruppe der Hochschullehrerinnen fand im Zeitraum 1989 bis 1991 eine 27prozentige Bestandsreduzierung statt. Dies wiegt besonders schwer, da die Anzahl weiblicher Dozenten und Professoren bereits zu DDR-Zeiten gering war. Ende 1991 waren nur noch 509 Hochschullehrerinnen an ostdeutschen Hochschulen tätig. In den nach der Anzahl der Studierenden nicht gerade unbedeutenden Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften gab es jeweils weniger als 50 Hochschullehrerinnen. Vorliegende Informationen über das Berufungsgeschehen 1992 lassen eine weitere Verschlechterung der Situation erkennen (Beispiel Friedrich-Schiller-Universität Jena: auf den bis Mitte 1992 rund 60 beschlossenen Berufungslisten für bundesweit ausgeschriebene Professuren haben nur zwei Frauen einen Spitzenplatz erhalten<sup>1</sup>). In einem von Männern beherrschten Hochschulalltag erleben Studentinnen die Professorin als Ausnahmeerscheinung und Einzelkämpferin. Das dürfte sich nicht gerade fördernd auf die Entscheidung der Absolventinnen für eine wissenschaftliche Laufbahn im Hochschulwesen auswirken.

In den ersten zwei Nachwendejahren kam es im Ostteil Deutschlands zu einem Einbruch des Promotions- und Habilitationsgeschehens. Die Anzahl der mit Erfolg abgeschlossenen wissenschaftlichen Arbeiten (Deutsche) ging von 1989 bis 1991 von 4.517 auf 3.302 Promotionen A (Dr.) und von 925 auf 288 Promotionen B/Habilitationen (Dr. sc.) zurück. 1991 habilitierten sich nur noch 52 Frauen (Deutsche) an einer ostdeutschen Hochschule und das in einer gegenüber 1989 deutlich reduzierten Anzahl von Fachgebieten (vgl. Tabelle 6). Natürlich mußten zahlreiche Qualifizierungsvorhaben aufgrund ihrer Staatsnähe und Ideologieausrichtung abgebrochen oder zumindest thematisch überarbeitet werden. Weitere Restriktionen erwuchsen aus der veränderten Situation an den Hochschulen (z. B. Ausscheiden des betreuenden Professors, Statusänderung der Einrichtung mit Auswirkungen auf das Recht zur Verleihung akademischer Grade, Wegfall bisheriger Formen der Promotion/Habilitation). Die rückläufige Entwicklung dürfte jedoch nicht ausschließlich der "Vergangenheitsbewältigung" geschuldet sein, denn zwei-

---

<sup>1</sup> Rosenberger, K.: Verliererinnen der Einheit. Frauen an der Universität Jena. In: Alma Mater Jenensis, 18/1992, S. 6.

tens geht aus dem Jahresbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft hervor, daß 1991 unter den 11 Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern, für die eine Habilitationsförderung bewilligt wurde, lediglich zwei Frauen waren.<sup>1</sup>

Es ist zu vermuten, daß die plötzliche Konfrontation mit den Risiken einer wissenschaftlichen Karriere nach westlichem Muster in den ersten Jahren nach der politischen Wende demotivierend wirkte. Den Belangen von Frauen, deren Qualifizierung sich u.a. durch eine oft erheblich höhere familiäre Belastung, eingeschränkte Mobilität und kinderbedingte Ausfallzeiten komplizierter gestaltet als die von Männern, tragen die für die Nachwuchsförderung geltenden Regelungen nicht ausreichend Rechnung.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß die von Bund und Ländern aufgelegten Sonderprogramme zur Unterstützung der wissenschaftlichen Qualifizierung an ostdeutschen Hochschulen (z.B. im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogrammes - HEP<sup>2</sup>) zunehmend von Frauen in Anspruch genommen werden. Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit hierbei ein noch in der DDR-Sozialisation begründetes Selbstwertgefühl auf die neuen Verhältnisse übertragen wurde.

---

<sup>1</sup> Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): Jahresbericht 1991. Band I: Aufgaben und Ergebnisse. Bonn 1992, S. 190.

<sup>2</sup> In der Fassung vom 9. Juli 1992 wurde der Artikel 9 der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil Berlins, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt, vom 11. Juli 1991 erweitert (Erweiterungen durch Hervorhebung gekennzeichnet): "Mit den personenbezogenen Fördermaßnahmen soll durch eine entsprechende Ausgestaltung **sowie durch entsprechende Information** auch eine deutliche Anhebung des Frauenanteils an den Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere bei der Habilitation und bei den Professuren, erreicht werden. **Es erscheint angemessen, bei allen Fördermaßnahmen eine Orientierung an dem Frauenanteil der jeweils vorhergehenden Qualifikationsstufe vorzunehmen. Bei der Besetzung der zusätzlichen Stellen nach Maßgabe dieses Programmes sind diese Zielsetzungen zu beachten.**"

Tabelle 6: Erfolgreich abgeschlossene Promotionen B/Habilitationen (Dr. sc.) von Frauen (Deutsche) an ostdeutschen Hochschulen nach Fächergruppen im Vergleich der Jahre 1989 und 1991<sup>1</sup>

Fächergruppe	Erfolgreich abgeschlossene Habilitationen			
	1989 <sup>2</sup>		1991	
	Anzahl der Fachrichtungsgruppen	Habilitandinnen (in Pers.)	Anzahl der Fachrichtungsgruppen	Habilitandinnen (in Pers.)
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	17	54	8	16
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	6	24	1	1
Mathematik/Naturwissenschaften	8	15	4	12
Humanmedizin	1	23	1	20
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	3	8	-	-
Ingenieurwissenschaften	2	3	1	1
Kunst, Kunstwissenschaften	-	-	2	2
<b>Insgesamt</b>	<b>37</b>	<b>127</b>	<b>17</b>	<b>52</b>

Fraglich ist, ob sich der positive Trend bis in die Gruppe der Hochschullehrer fortsetzen wird. Der bisher konstant niedrige Anteil der Wissenschaftlerinnen in der Statusgruppe der Professoren läßt darauf schließen, daß die "geschlechtsneutralen" Karrieremechanismen kontraproduktiv wirken. Männer besitzen nach wie vor die Majorität in wichtigen wissenschafts- und hochschulpolitischen Gremien. Das leitende Hochschulmanagement wird durch Männer bestritten; sie sind es, die mehrheitlich über Formen und

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Ministerium für Bildung (Hrsg.): Hochschulstatistik 1989. Studierende...a.a.O.

2. GESTAL (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991. Studierende...a.a.O.

<sup>2</sup> Im Unterschied zu Tabelle 1 ohne Habilitationen an Akademien.

Rahmenbedingungen der Nachwuchsqualifizierung entscheiden, die die Kriterien der Bewertung wissenschaftlicher Leistungen und die Voraussetzungen einer Berufung zum Hochschullehrer festlegen. Frauen können diese von Männern entscheidend geprägten Aufstiegsbarrieren oft nur mit Hilfe überdurchschnittlicher Anstrengungen überwinden.

Generell ist zu fordern, daß der Ansatz von "Gleichheit und Differenz der Geschlechter", der die Akzeptanz spezifischer weiblicher Fähigkeiten und Interessen einschließt, Eingang in die Qualifizierungs- und Berufungspraxis an den Hochschulen findet. In der Diskussion ist z. Z. die Anerkennung der Erfahrung in der Organisation und Betreuung einer Familie als aufstiegsrelevantes Kriterium.

## 5 Personalentwicklung ab 1992

Nach den von der KMK zusammengestellten länderspezifischen Vorstellungen zur Personalentwicklungsplanung sollen in Zukunft nur noch rund 16.500 Wissenschaftlerstellen (ohne Medizin) an den ostdeutschen Hochschulen zur Verfügung stehen.<sup>1</sup> Die Umsetzung dieser Zielzahlen entspräche einer annähernden Halbierung des 89er Personalbestandes innerhalb weniger Jahre (vgl. Tabelle 7). Berücksichtigt man die vor allem im Zusammenhang mit der Stellenbesetzung im Hochschullehrerbereich stattfindenden Ost-West-Durchmischung, ist davon auszugehen, daß weit weniger als die Hälfte der ursprünglich Beschäftigten an den Hochschulen verbleiben wird.

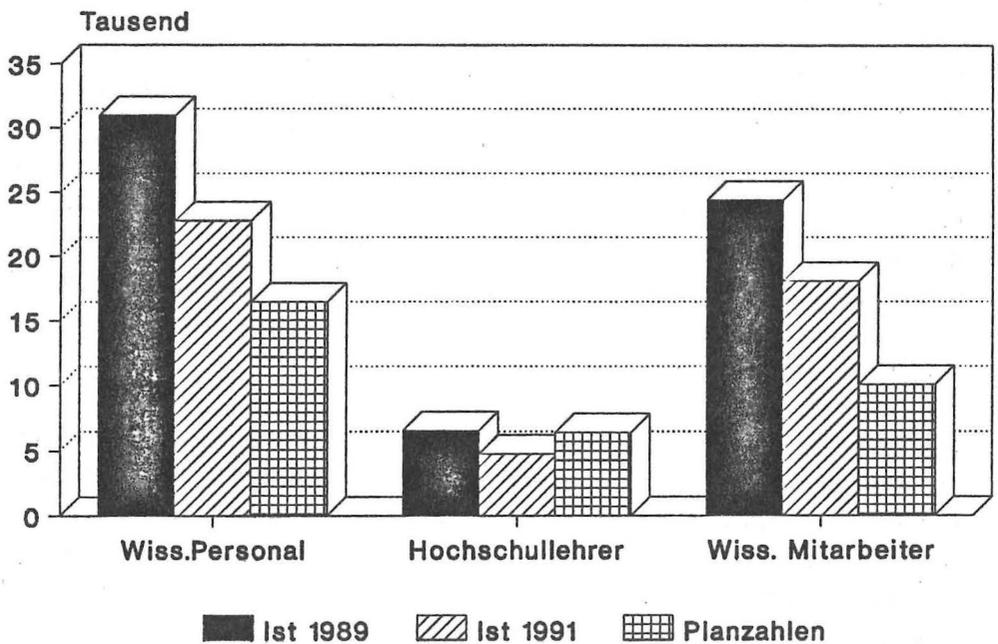
Die Diskrepanz von Personalbestand und Stellenplan erzeugt einen erheblichen Konkurrenzdruck. Noch dazu sehen sich ostdeutsche Wissenschaftler, wenn sie die Hürde der Überprüfung von persönlicher und fachlicher Eignung überwunden haben, in der Regel - vor allem, wenn es um hochdotierte Stellen an renommierten Universitäten geht - einer Vielzahl von Mitbewerbern aus dem alten Bundesgebiet gegenüber, die aufgrund ihrer andersartigen wissenschaftlichen Biographie über Wettbewerbsvorteile verfügen (Beispiel TU Cottbus: bis Ende 1992 1.300 Bewerbungen auf ausgeschriebene Professorenstellen, darunter 347 aus den neuen Bundesländern, 14 erfolgte Berufungen, darunter drei Professoren aus dem Ostteil Deutschlands). Die Berufung eines "Westprofessors" hat wiederum Auswirkungen auf die Stel-

---

<sup>1</sup> Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland/KMK (Hrsg.): Flankierende Maßnahmen zum Personalabbau an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Ost-Berlin. Bonn 1992.

lenbesetzung im Mittelbau. Da mit der Annahme eines Rufes in der Regel nicht nur der Professor, sondern auch eine Reihe seiner bisherigen Mitarbeiter an die neue Hochschule wechselt, wird zwangsläufig der Stellenpool für ostdeutsche Wissenschaftler eingeschränkt. Ein positives Ergebnis der politischen und fachlichen Evaluierung ist keineswegs schon eine Weiterbeschäftigungsgarantie.

Grafik 1: Entwicklung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an ostdeutschen Hochschulen (ohne Medizin)



Quelle: vgl. Tab. 6

Noch problematischer ist die Situation ostdeutscher Wissenschaftlerinnen. Sie müssen ihre Position gegen eine Phalanx der Männer aus Ost und West verteidigen. Und wenn überhaupt eine Frau für eine Berufung vorgesehen ist, dann kommt diese meist aus den alten Bundesländern.<sup>1</sup> Die Entwicklung in den neuen Bundesländern gäbe täglich zu erkennen, "daß angesichts der knappen Arbeitsplätze die Herren sich wieder mit Vorrang bedienen und allein in die erste Reihe setzen".<sup>2</sup> Aus Betroffenenbefragungen geht hervor, daß stereotype Verhaltensmuster und Vorurteile gegenüber Frauen inzwischen eine wahre Renaissance erleben. "Unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Frauenfeindlichkeit" und "patriarchale Aggressivität" seien leider keine Einzelfälle.<sup>3</sup> Frauen werden offensichtlich nur so lange toleriert, wie sie nicht als Konkurrentinnen auf dem akademischen Arbeitsmarkt in Erscheinung treten.

Aufgrund der relativ großen Anzahl promovierter und z. T. auch habilitierter ostdeutscher Frauen im Mittelbau, die über eine langjährige Erfahrung in Lehre, Forschung und Doktorandenbetreuung verfügen, bestände die Möglichkeit, den Frauenanteil in der bisher überwiegend von Männern besetzten Gruppe der Hochschullehrer spürbar zu erhöhen. Hierzu bedürfte es allerdings eines Klimas, das diese durchaus berufungsfähigen Frauen ermutigen würde, sich auf ausgeschriebene Professorenstellen zu bewerben. Leider ist die Liste der Bewerber oft so strukturiert, daß die fast ausschließliche Berufung von Männern vorprogrammiert ist.

Ein Indiz für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um Gleichstellung wäre die Entscheidung für unkonventionelle Lösungen bei der Berufung von Fachhochschulprofessorinnen - sei es im Hinblick auf die Berufungskriterien oder die Anerkennung bisheriger Leistungen. Speziell der ingenieurwissenschaftliche Bereich könnte von einer solchen Verfahrensweise profitieren, da in der DDR der Anteil von Wissenschaftlerinnen in den Ingenieurwissenschaften höher war als im Hochschulwesen der alten Bundesrepublik. Dieses

---

<sup>1</sup> Bergmann, C.: Vortrag auf der Tagung "Ausgegrenzt und mittendrin...a.a.O.

<sup>2</sup> Vgl. Böhrk, G. in Berliner Zeitung Nr. 56 vom 8. März 1993, S. 5.

<sup>3</sup> Bütow, B.: Ausgrenzung von Frauen bei der Neugestaltung des Hochschulwesens in Sachsen. In: Ausgegrenzt und mittendrin...a.a.O., S. 52.

Tabelle 7: Übersicht zur Entwicklung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an ostdeutschen Hochschulen seit 1989 - ohne Medizin

Jahr	wiss. Personal insgesamt	davon :		
		Hochschul-lehrer	wiss. Mitar-beiter	
Personalbestand 31. Dezember 1989 (in Personen) <sup>1</sup>	30.945	6.548	24.397	
Personalbestand 31. Dezember 1991 (in Personen) <sup>2</sup>	22.772	4.741	18.031	
Stellen-Zielzahl der Länder lt. KMK - Umfrage <sup>3</sup>	16.458	6.389	10.069	
Abbaubilanz: Zielzahl zu Be- stand 1989	absolut	- 14.487	- 159	- 14.328
	prozentual	- 46,8	- 2,4	- 58,7

Potential an hochqualifizierten und berufserfahrenen Wissenschaftlerinnen sollte nicht mit der Begründung fehlender Praxiserfahrung aus dem Berufungsgeschehen ausgeklammert werden.

Ein vorläufiger Abschluß der Abbauphase der personellen Erneuerung ist nicht vor Ende 1993 zu erwarten. Dann verlieren die im Einigungsvertrag enthaltenen und bereits um mehr als ein Jahr verlängerten Sonderkündigungsregelungen (mangelnde fachliche oder persönliche Eignung/fehlender Bedarf) ihre Gültigkeit. Das Berufungsgeschehen wird sich noch bis in das Jahr 1994 erstrecken. Schätzungsweise waren Anfang 1993 erst etwa ein Drittel der vorgesehenen Berufungen abgeschlossen. Innovative, auf die Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen zielende Entscheidungen sind also

<sup>1</sup> Burkhardt, A.; Scherer, D.; Erdner, S.: Personalbestand...a.a.O.

<sup>2</sup> GESTAL (Hrsg.): Hochschulstatistik 1991. Personal...a.a.O.

<sup>3</sup> Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland/KMK (Hrsg.): Flankierende Maßnahmen zum Personalabbau...a.a.O., Anlage 1, Tabelle 1.

noch nicht völlig ausgeschlossen. Leider mehren sich die Anzeichen, daß im ostdeutschen Hochschulwesen 1992 vollendete Tatsachen geschaffen wurden, durch die die männliche Dominanz - speziell in den oberen Statusgruppen - für einen langen Zeitraum festgeschrieben ist.

Die Sprecherin (Ost) der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ermittelte, daß der Anteil von Hochschullehrerinnen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Zeitraum Juni 1991 bis Juni 1992 in den zu erneuernden Bereichen

- Pädagogik/Sport/Psychologie von 20 auf 0 %,
- Rechtswissenschaften von 11 auf 0 %,
- Wirtschaftswissenschaften von 9 auf 0 %

zurückging. Nach ihrer Einschätzung wird in Thüringen auf eine Wissenschaftslandschaft "fast ohne Frauen" hinstrukturiert. Positive Akzente in Richtung Frauenförderung seien nicht erkennbar.<sup>1</sup> Insgesamt waren mit Stand Oktober 1992 an der Friedrich-Schiller-Universität nur vier von 95 C4- und C3-Professuren, an der TU Ilmenau drei von 30 und an der Hochschule für Musik Weimar 16 von 105 (einschließlich C2) von Frauen besetzt.<sup>2</sup>

Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin wies im Januar 1993 auf eine starke Differenzierung der Situation von Frauen im Vergleich der Berufsgebiete hin. Speziell im Bereich Medizin könne man eine gravierende Ausgrenzung beobachten. An der Charité bestünde die Vorstellung, von 61 Professorenstellen nur eine mit einer Frau zu besetzen. Zwar wäre es in den Geistes- und Sozialwissenschaften - auch dank des Landesantidiskriminierungsgesetzes - etwas besser um den Anteil von berufenen Frauen bestellt, doch gäbe es hier das Problem der Abdrängung von Frauen auf C3-Stellen.<sup>3</sup> Insgesamt wurden an der Humboldt-Universität zu Berlin von 329 Professorenstellen 39 (12 %) mit Frauen besetzt (lt. Pressemeldung Mai 1993). Daß trotz dieses im gesamtdeutschen Maßstab relativ hohen Anteils eine Ver-

---

<sup>1</sup> Schade, G.: Wissenschaftlerinnen in Thüringen. In: Neue Impulse. Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Akademikerinnen e.V., 1/1993, S. 4 und 5.

<sup>2</sup> Schade, G.: Zur Situation von Wissenschaftlerinnen in Thüringen. - In: Ausgegrenzt und mittendrin...a.a.O., S. 34.

<sup>3</sup> Dürkop, M.: Vortrag auf dem Symposium zur Präsentation von historischen und regionalen Studien zur Professionalisierung aus der Edition "Ergebnisse der Frauenforschung an der Freien Universität Berlin" am 21.1.1993, Berlin 1993.

drängung der Frauen stattfindet, verdeutlicht der Vergleich mit dem Hochschullehrerinnen-Anteil des Jahres 1988, der an dieser Universität 16 % betrug.

Da keine offiziellen statistischen Informationen über die Entwicklung des Hochschulpersonals im Zeitraum 1992/93 zur Verfügung stehen, ist man zur Zeit noch auf Einzelbeispiele wie die voranstehend genannten angewiesen. Vieles deutet darauf hin, daß die dem Erneuerungsprozesses innewohnende Chance einer sichtbaren Abtragung der geschlechtsspezifischen Qualifikations- und Professionspyramide nicht genutzt wurde. Ob die im Hochschulwesen der DDR erreichten Frauenanteile in den einzelnen Beschäftigtengruppen zu halten sein werden, ist fraglich. Eine Ausprägung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses zuungunsten der Wissenschaftlerinnen kann nicht ausgeschlossen werden. Noch ehe die Ost-Hochschulfrauen die Notwendigkeit des Kampfes um Gleichstellung in vollem Umfang akzeptierten, Frauennetzwerke aufbauten und versuchten, mit Hilfe der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, waren die Weichen in Richtung einer weiterhin mehrheitlich von Männern geprägten Hochschule vermutlich bereits gestellt.

Informationen über die Zusammensetzung der Landeshochschulstrukturkommissionen/LHSK (Frauenanteil unter 3 %) und der Berufungskommissionen (geschätzter Frauenanteil unter 10 %) sowie die fast ausschließliche Berufung von männlichen Gründungsdekanen und -professoren (Frauenanteil um 6 %) stützen diesen Verdacht.<sup>1</sup> Natürlich ist die Bewertung der, über die Mitgliedschaft in wissenschafts- und hochschulpolitischen Gremien realisierten Einbeziehung von Frauen in den Entscheidungsprozeß eine Frage des Vergleichsmaßstabes und der Zielvorstellungen. Legt man den Anteil von C4-Professorinnen an westdeutschen Hochschulen zugrunde, läßt sich jeder Wert über drei Prozent als Erfolg verbuchen. Wählt man dagegen den bisherigen Anteil wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen an Hochschulen im Ostteil Deutschlands, muß jeder Wert unter einem Drittel als unbefriedigend bezeichnet werden.

**Frauenförderung und Gleichstellungspolitik** finden in den vorliegenden Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommissionen bzw. in weiterfüh-

---

<sup>1</sup> Stein, R. H.; Burkhardt, A.: Ausgewählte Aspekte der Situation von Frauen an ostdeutschen Hochschulen: Auszüge aus den Landeshochschulgesetzen zum Problemkreis Frauen und Ergebnisse einer Befragung der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten. Berlin 1993 (unveröffentlichtes Arbeitsmaterial).

renden Grundsatzpapieren zur Landeshochschulentwicklung in sehr unterschiedlichem Maße Berücksichtigung.

Die Berliner LHSK setzt sich in ihren Empfehlungen ausführlich mit der Situation der Frauen an den Hochschulen auseinander. Angesprochen werden die Komplexe Studium, wissenschaftliche Qualifizierung, Berufungen, Frauen- und Geschlechterforschung. Der erarbeitete Maßnahmenkatalog zeichnet sich durch Vielfalt und einen hohen Konkretheitsgrad aus. Empfohlen werden u. a.

- spezifische Angebote für Studieninteressentinnen, insbesondere in den Natur- und Technikwissenschaften,
- die Zulassung von Frauen in Numerus-clausus-Fächern entsprechend ihrem Anteil an den Bewerbungen,
- studienbegleitende Angebote, die dem Studienabbruch von Frauen entgegenwirken,
- Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für studierende Eltern und Eltern, die zur wissenschaftlichen Qualifizierung befristet eingestellt sind,
- Berücksichtigung der Bedürfnisse studentischer Eltern bei der Wohnraumgestaltung und -vergabe,
- Informations- und Kontaktangebote für beurlaubte Wissenschaftler,
- Orientierung des Frauenanteils bei den Neueinstellungen auf Promotionsstellen am fachspezifischen Anteil von Frauen bei den Absolventen,
- gezielte Habilitationsförderung von Wissenschaftlerinnen mit sehr guter Promotion,
- Sicherung des hohen Frauenanteils an ostdeutschen Hochschulen im Prozeß der personellen Erneuerung,
- verstärkte Bemühungen von seiten der Hochschulen und des Senats um Berufungen von Frauen auf Professuren,
- Abbau der Diskrepanz im Frauenanteil zwischen C4- und C3-Professuren bzw. C3- und C2-Professuren an Fachhochschulen,

- besondere Berücksichtigung habilitierter ostdeutscher Frauen bei Berufungen und der Besetzung von Dauerstellen,
- Sonderregelungen, insbesondere für Frauen aus den neuen Bundesländern, die vorgezogene Berufungen an Fachhochschulen mit befristeten Eingangsverträgen und den Erwerb der fehlenden Qualifikation bei reduziertem Deputat ermöglichen sowie
- Zweckbestimmung spezieller Professuren für Frauen- oder Geschlechterforschung.<sup>1</sup>

Die Mitwirkung der Sprecherin der Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten an Hochschulen dürfte eine große Rolle bei der ernsthaften Auseinandersetzung der Berliner LHSK mit der Frauenproblematik gespielt haben. Es wäre zu wünschen, daß Frauenförderung und Frauenforschung im Berliner Hochschulstrukturplan in ähnlicher Weise Berücksichtigung fänden. Der vorliegende Entwurf (April 1993) enthält bisher lediglich zwei kurze und sehr allgemein gehaltene frauenspezifische Passagen.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen der **Brandenburgischen Landeskommision für Hochschulen und Forschungseinrichtungen** sind darauf gerichtet, die Hochschulerneuerung mit einer wirkungsvollen Gleichstellungspolitik zu verbinden. Angestrebt wird die Beseitigung der Ursachen der pyramidenförmigen Unterrepräsentanz von Frauen in der Qualifikationshierarchie. Die Hochschulen sollten ein abgestimmtes Informationsprogramm entwickeln, um dem geschlechtsspezifischen Studienwahlverhalten entgegenzuwirken. Für Studiengänge mit geringem Frauenanteil wird eine spezielle Studienberatung empfohlen. In das Studium müßten generell frauenfördernde, auf den Abbau von Vorurteilen zielende Elemente eingebaut werden, die z.B. über die Lehrerausbildung auch in den schulischen Bereich Eingang finden könnten. Das Land und die Hochschulen werden aufgefordert, Maßnahmen im Interesse der Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Qualifizierung und Kinderbetreuung zu ergreifen. Vorgeschlagen werden: die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder, die Schaffung mietpreisgünstigen Wohnraums für studentische Eltern und die Herstellung von Rahmenbedingungen, die es den Eltern erlauben, Ausbildung und Qualifizierung im vorgesehenen Zeitraum zu absolvieren. Für Frauen mit sehr guten Promotionen hält die Kommission eine spezielle Habilitationsförderung für sinnvoll. Es sollten gezielt Qualifikationsstellen für Frauen eingerichtet werden. Bei der auch im

---

<sup>1</sup> Landeshochschulstrukturkommission Berlin (Hrsg.): Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen. Berlin 1992, S. 121 - 126.

Land Brandenburg nicht zu vermeidenden Stellenreduzierung im Mittelbau sei darauf zu achten, daß der aus DDR-Zeiten übernommene hohe Anteil von Frauen nicht sinkt. Für habilitierte Ost-Wissenschaftlerinnen sollten über Förderprogramme die Berufungschancen erhöht werden. Befürwortet wird die Einrichtung von Frauenprofessuren an Hochschulen.<sup>1</sup>

Im Hochschul-Entwicklungsbericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern wird global, ohne weitere Untersetzung, eine große aktuelle Bedeutung der Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile und die Notwendigkeit der Erhöhung des Frauenanteils im Lehrkörper eingeräumt.<sup>2</sup>

Die Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt erwähnt in ihren Empfehlungen die Förderung von Frauen als eine der gesetzlich beschriebenen Aufgaben der Hochschulen (lt. Hochschulrahmengesetz, Hochschulernerneuerungsgesetz von Sachsen-Anhalt).<sup>3</sup>

Dagegen enthält der Hochschulplan des Landes Thüringen keine expliziten Aussagen zur Frauenproblematik.<sup>4</sup>

Die Festschreibung der Frauenförderung in richtungsweisenden hochschulpolitischen Dokumenten ist nicht nur im Interesse einer "Schadensbegrenzung" im noch laufenden Prozeß der personellen Erneuerung dringend erforderlich, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Gestaltung der bereits absehbaren Ausbauphase im Hochschulbereich.

---

<sup>1</sup> Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Hrsg.): Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg. Potsdam 1993, S. 34 - 36.

<sup>2</sup> Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Hochschul-Entwicklungsbericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Stand Februar 1992). Rostock 1992, S. 8.

<sup>3</sup> Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission...a.a.O.

<sup>4</sup> Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): Thüringen. Landeshochschulplan. Erfurt 1993.

Im Zusammenhang mit der starken Zunahme der Studienanfängerzahl ab Mitte der 90er Jahre - darin stimmen die vorliegenden Prognosen überein<sup>1</sup> - wird der Bedarf an Wissenschaftlerstellen im ostdeutschen Hochschulwesen bis zum Jahr 2000 auf etwa 29.900 bis 32.000 ansteigen. Zeitgleich wächst altersbedingt der Wissenschaftler-Ersatzbedarf an den Hochschulen in den alten Bundesländern.

Aufgrund der Langfristigkeit der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Hochschulbereich werden die Entscheidungen über die zukünftige Personalstruktur, das heißt auch über die mögliche Gleichstellung der Geschlechter, bereits heute getroffen.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Anke Burkhardt  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4

10318 Berlin

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

1. Adler, H.; Lischka, I.: Vorausschätzung - Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 2/1993, Berlin 1993.
2. Birk, L.: Vorausschätzung der Studienanfänger- und Studentenzahlen in den fünf neuen Bundesländern einschließlich Berlin(Ost). Zielprojektion bis zum Jahr 2000. Modellrechnung II. HIS Hochschul-Informations-System GmbH. Hannover 1993.
3. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland land/KMK (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1991 bis 2010. Veröffentlichung Nr. 123. Bonn 1993.
4. Weegen, M.: Eckdaten für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag der GEW. Frankfurt a.M. 1992.

## Frauen im Auslandsstudium der DDR

Bärbel Last

Während zum Auslands- und Ausländerstudium in der DDR in seiner Gesamtheit bereits eine erste Untersuchung vorliegt (vgl. Last; Schaefer), gibt es bisher keine Veröffentlichung zur Rolle der Frauen im studentischen Austausch der ostdeutschen Hochschulen bis zum Zeitpunkt der Vereinigung.

Bei aller notwendigen Konzentration der Frauenproblematik auf die Situation im Inlandsstudium und die Struktur des wissenschaftlichen Personals in der gegenwärtigen Phase des Erneuerungsprozesses an den Hochschulen sollte dennoch der internationale Aspekt, insbesondere die Lage der Frauen auf dem Gebiet der studentischen Mobilität und der internationalen Wissenschaftsbeziehungen, nicht aus dem Blickfeld geraten. Hierfür ist eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse unbedingte Voraussetzung. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit der quantitativ-strukturellen Analyse des Auslandsstudiums von Frauen in der DDR, währenddessen soziologische Fragen weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben müssen.

## 1 Einleitung

Das Auslandsstudium zählte in der DDR neben dem Ausländerstudium zu den ersten Formen des internationalen Austausches. Für die Situation der Frauen im Auslandsstudium war entscheidend, daß zwar die Möglichkeit des Studiums im Ausland prinzipiell bestand, dieses jedoch stärker noch als schon das Inlandsstudium staatlich reglementiert war. Die Planung des Zugangs zum Auslandsstudium und sein Organisationsmechanismus unterlagen in erster Linie politischen (einschließlich außenpolitischen) und ökonomischen Prämissen, die sich jedoch im Laufe der Jahre änderten.<sup>1</sup> Hinzu kamen Anforderungen von seiten der Ausbildungsländer - bis Ende der 80er Jahre im wesentlichen der Länder Mittel- und Osteuropas. So mußten sich die bestehenden Vorgaben für die Entwicklung des Zugangs, der Fächerstruktur, der Zielländer und der Studientypen auch in der Strukturierung des Auslandsstudiums von Frauen widerspiegeln. Damit können Analysen über das Auslandsstudium in der DDR nur eingeschränkt etwas über das Bildungsverhalten der DDR-Studentinnen aussagen; vielmehr bringen sie die Politik des Staates und der ihn führenden Partei auf diesem Gebiet zum Ausdruck.

Deutliche Unterschiede gab es zwischen dem auf starker Selektion beruhenden Vollstudium im Ausland (bis zum Erwerb des Diploms) und dem integrierten ein- bzw. zweisemestrigen Teilstudium. Infolgedessen zeigten sich auch Besonderheiten im Auslandsstudium von Frauen gegenüber dem Studium von Studentinnen im Inland.<sup>2</sup>

## 2 Entwicklung des Auslandsstudiums von Frauen

Ausgehend von der in der Verfassung (Art. 20) festgeschriebenen Gleichberechtigung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft lag dem Konzept der DDR-Führung zum Vollstudium im Ausland eine geschlechtsneutrale Defini-

---

<sup>1</sup> Vgl. Last, B.; Schaefer, H.-D.: Die internationale Dimension der Hochschullandschaft: Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Hochschulbeziehungen zu Osteuropa. Ausgangspunkte, Tendenzen und Erfordernisse in den neuen Bundesländern. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 4/1991, Berlin 1991.

<sup>2</sup> Zur Rolle der Frauen im internationalen akademischen Austausch der DDR liegt ein Projektbericht vor, der weitergehende Verallgemeinerungen und Wertungen enthält (vgl. Last, B.: Frauen im internationalen Austausch der Hochschulen in der DDR. In: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (Hrsg.): Projektberichte 3/1993, Berlin 1993).

tion der Studierenden zugrunde (anders als dann in der realen Politik). Dies spiegelt sich u. a. in der Zielstellung des Auslandsstudiums wider, die Anfang der 80er Jahre für die zweite Hälfte der 80er Jahre von staatlicher Seite darin gesehen wurde,

"... politisch und fachlich hochqualifizierte Kader aus- und weiterzubilden, die die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung der DDR fördern und maßgeblich zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration, der Wissenschaftskooperation und der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens beitragen."<sup>1</sup>

Darüber hinaus zählte zu den Optionen des Auslandsstudiums:

- planmäßige Entwicklung ausgewählter Wissenschaftsgebiete und -disziplinen,
- Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für das Hochschulwesen und von künftigen Leitungskadern für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft,
- Förderung besonders begabter und talentierter Studenten,
- Aus- und Weiterbildung in solchen Fachrichtungen, die in der DDR nur begrenzt oder gar nicht vorhanden waren,
- Förderung der Aus- und Weiterbildung in Literatur-, Sprach- und Regionalwissenschaften.

Diese Zielstellung für das Auslandsstudium der 80er Jahre unterschied sich vom ursprünglichen Konzept der 50er Jahre darin, daß zu Beginn des Auslandsstudiums neben dem fachlichen Aspekt vor allem die soziale Herkunft der Studierenden im Vordergrund stand. Wenn auch konzeptionell diese in den 80er Jahren keine Erwähnung mehr findet, so spielte doch die Klassenzugehörigkeit nach wie vor eine bedeutende Rolle.

Beiden Konzepten, dem Anfangs- wie dem Endkonzept, gemeinsam war allerdings der Gleichberechtigung der Geschlechter implizierende Ansatz. So wurden faktisch Frauen wie Männer besonders in die Förderung durch das Auslandsstudium einbezogen, wenn sie

- Kinder von Arbeitern und Bauern waren,
- besondere Begabung besaßen und

---

<sup>1</sup> Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Grundsätze für die Entwicklung des Auslandsstudiums in den Jahren 1986-1990 (Entwurf vom 2.6.1982). Berlin (unveröffentlicht).

- mathematisch-naturwissenschaftliche sowie technische Fachrichtungen studieren wollten.

Die erste Aufgabe der damaligen Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF II), die als spezielle Institution an der Martin-Luther-Universität Halle der Vorbereitung auf das Studium im sog. sozialistischen Ausland diente, lautete nämlich wie folgt:

"Die Ausbildung an der ABF II dient der Vorbereitung insbesondere von Arbeiter- und Bauernkindern auf das Studium im Ausland. Das bedeutet, die Studenten politisch-ideologisch, in fachwissenschaftlicher und sprachlicher Hinsicht intensiv, in hoher Qualität zu bilden und zu erziehen, und sie in vielfältiger Weise mit den Bedingungen des Gastlandes vertraut zu machen. Die ABF II ist eine Einrichtung zur besonderen Förderung von begabten Studenten, vorwiegend für mathematisch-naturwissenschaftliche und technische Fachrichtungen."<sup>1</sup>

Mit der vorrangigen Orientierung auf naturwissenschaftlich-technische Studienrichtungen im Auslands-Vollstudium wurden insbesondere Frauen, die traditionell nichttechnische Studienfächer bevorzugten, in gewissem Maße unter Druck gesetzt. (Es zeigt sich bereits, daß diese Art der Förderung von Frauen in technischen Berufen keine tragfähige Grundlage bildet.)

Dennoch betrug bereits im Jahre 1954 der Anteil der Frauen an den Zulassungen zur Arbeiter- und Bauernfakultät II nahezu 40 % (156 von insgesamt 392 Neuzulassungen). Dabei wirkte anstelle der Geschlechtszugehörigkeit offenbar die soziale Herkunft mitentscheidend. So kamen die Studienanfängerinnen in höherem Maße aus der Arbeiter- und Bauernschicht als ihre männlichen Kommilitonen. Ab 1955 bis Mitte der 60er Jahre war der Frauenanteil allerdings stark rückläufig. So zählten zu den Neuzulassungen des Jahres 1966 nur noch etwa ein Viertel Frauen (26 %). Danach setzte wieder ein Aufschwung ein. In der Literatur werden in einer Auswahl fünf namhafte Hochschullehrer aus den 80er Jahren genannt, die der ersten Delegation von Studenten zum Auslandsstudium (in die ehemalige SU) angehörten. Darunter befindet sich eine Hochschullehrerin.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Hagen, G.: Die Vorbereitung von DDR-Studenten auf ein Studium im sozialistischen Ausland (1951 - 1969). Die Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät II der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Arbeiter-und-Bauernfakultät "Walter Ulbricht". Halle-Wittenberg 1988 (Phil.Diss.), S. 153.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S. 19.

Etwa Mitte der 80er Jahre kam es im Auslandsstudium zu einer quantitativen Gleichstellung der Studentinnen. So belegt die amtliche Statistik des Auslandsstudiums der DDR, daß der Anteil der Frauen von ca. 33 % Mitte der 60er Jahre auf ca. 50 % Mitte der 80er Jahre angestiegen war. Dieser Anstieg war jedoch durchaus nicht kontinuierlich verlaufen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre gab es noch erhebliche Schwankungen im Anteil der Studentinnen am Auslandsstudium. Auch lag bis Mitte der 70er Jahre der Frauenanteil unter 40 %. Diese zyklische Entwicklung ist allerdings auch im Zugang zum Inlandsstudium zu beobachten, wenn jedoch nicht ganz so stark und mit deutlichen zeitlichen Verschiebungen (die wiederum im wesentlichen auf das komplizierte Vorbereitungsverfahren für ein Vollstudium im Ausland zurückzuführen sind).

Im Studienjahr 1985/86 war mit einem Anteil der Studentinnen am Auslandsstudium von 50,5 % nicht nur eine annähernde Gleichstellung mit deren Inlandsanteil, sondern zugleich auch der Höhepunkt im Anteil der Studentinnen am Auslandsstudium zu DDR-Zeiten erreicht worden. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ging der Frauenanteil wieder langsam zurück, bis zum Jahre 1988 (dem Jahr vor der Wende) auf 44 %.

Wenn auch die genaueren Ursachen dieser Entwicklung weiterer Untersuchungen bedürfen, so ist doch gerade in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine verstärkte Orientierung des Staates auf die Erhöhung des Männeranteils im Auslandsstudium festzustellen und damit auf die gleichzeitige Reduzierung des Anteils der Frauen. Das folgende Zitat aus einem Bericht zum Stand der Erfüllung der Delegationen zum Auslandsstudium aus dem Jahre 1987 soll dies belegen:

"Für die Delegation 1989 wurden mehr Mädchen delegiert, als dies die Auflage erforderte (168 bei Auflage 154). Die Übererfüllung verteilt sich auf verschiedene Fachrichtungsgruppen und gestattet vor allem in den Wirtschaftswissenschaften eine gewisse Auswahl im Zulassungsverfahren. Untererfüllt ist die Auflage in Physik, Werkstoffwesen und Verfahrenstechnik.

Für die Delegation 1991 wurden deutlich weniger Jungen delegiert, als dies die Auflage erfordert (234 bei Auflage 300). Die Untererfüllung wirkt sich vor allem in den Fachrichtungsgruppen Werkstoffwesen und Bergbau aus, Probleme treten aber auch in Physik, Biologie, Biotechno-

logie, Verfahrenstechnik, Bauwesen, Architektur, Agrarwissenschaften, Volkswirtschaft und Pädagogik auf."<sup>1</sup>

Wie dem Zitat zu entnehmen ist, waren zu jenem Zeitpunkt schon die staatlichen Vorgaben für die Zulassung von Frauen zum Auslandsstudium weit aus niedriger angesetzt als die der Männer (um etwa die Hälfte). Dennoch war kritisch vermerkt worden, daß in einigen naturwissenschaftlich-technischen Studienfächern die staatlichen Auflagen für den Frauenanteil nicht erreicht wurden. Ob in den im Zitat verwendeten Begriffen Mädchen und Jungen eine gewisse Mißachtung und Bevormundung von seiten des Staates zum Ausdruck kommt, oder ob sich hierin lediglich die hypertrophierte soziale Fürsorge des Staates widerspiegelt, sei an dieser Stelle dahingestellt. In den Einschätzungen der Zulassungsergebnisse des Jahres 1987 werden Fortschritte in der Entwicklung des Männeranteils in bereits von Frauen stark frequentierten Disziplinen wie folgt konstatiert:

"Der Anteil der Jungen unter den Zugelassenen (ohne IMO-Studenten) (Institut für Internationale Beziehungen Moskau - d. V.) beträgt 67 % und ist damit weiter angestiegen. Günstig gestaltet sich auch der Jungenanteil bei den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, in der Medizin und der Biotechnologie. ... Für die VRB, die CSSR, die UVR und die VRP<sup>2</sup> wurden gute Voraussetzungen geschaffen, daß in der Delegation 1990 ein günstiger Jungenanteil sein wird (Ausnahme: Landwirtschaftswissenschaften, Bauwesen)."<sup>3</sup>

Doch nicht erst in den 80er Jahren wurde auf die Erhöhung des Männeranteils zuungunsten der Frauen orientiert. Schon Mitte der 70er Jahre wurde vom verantwortlichen Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gefordert, daß

---

<sup>1</sup> Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Stand der eingereichten Delegierungsunterlagen zur Vorbereitung auf ein Direktstudium im sozialistischen Ausland - Volksbildung (Delegierungsjahrgänge 1989 bzw. 1990), Stand vom 16.1.1987. Berlin o.J. (unveröffentlicht).

<sup>2</sup> VRB - Volksrepublik Bulgarien, UVR - Ungarische Volksrepublik, VRP - Volksrepublik Polen.

<sup>3</sup> Institut zur Vorbereitung auf das Auslandsstudium (Hrsg.): Zulassung für das Vorbereitungsjahr 1987/88, Martin-Luther-Universität Halle / Arbeiter-und-Bauernfakultät "Walter Ulbricht", Halle o.J. (unveröffentlicht).

"die starke Konzentration von Mädchen in solchen Fachrichtungen wie Stomatologie, Humanmedizin, Biologie, Sprachen und anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen abzubauen (ist)."<sup>1</sup>

Eine "Gesamtübersicht zur Delegation des Direktstudiums an den Hochschulen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder" des Jahres 1987 weist für die einzelnen Staaten Mittel- und Osteuropas folgende **Zulassungszahlen von Männern** (nicht von Frauen) aus:<sup>2</sup>

	Jungen absolut	in %
UdSSR	171	59
CSSR	21	42
Ungarn	16	80
Bulgarien	16	53
Polen	9	45
<b>Gesamt</b>	<b>233</b>	<b>57</b>

Aus den errechneten Anteilen geht hervor, daß im Durchschnitt die männlichen Studierenden bei den Zulassungen mit über 50 % vertreten waren. Lediglich bei den beiden unmittelbaren Nachbarländern CSSR und Polen lag der Männeranteil darunter; d. h. die Frauen waren hier - wenn auch nur in geringem Maße - überrepräsentiert.

Inwieweit nun diese offensichtlich **restriktiven Orientierungen** zuungunsten der Frauen im Auslandsstudium mitverantwortlich waren für das Sinken des Frauenanteils in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, ist schwer nachzuweisen. Von gewissem Einfluß war sicherlich auch die instabile Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Zielländern selbst, die zur eingeschränkten Delegation von Frauen geführt haben könnte. Schließlich hat die bevorstehende Wende in der DDR ihre Schatten auch im Auslandsstudium vorausgeworfen, so daß der begonnene Rückgang im Jahr 1989 anhielt.

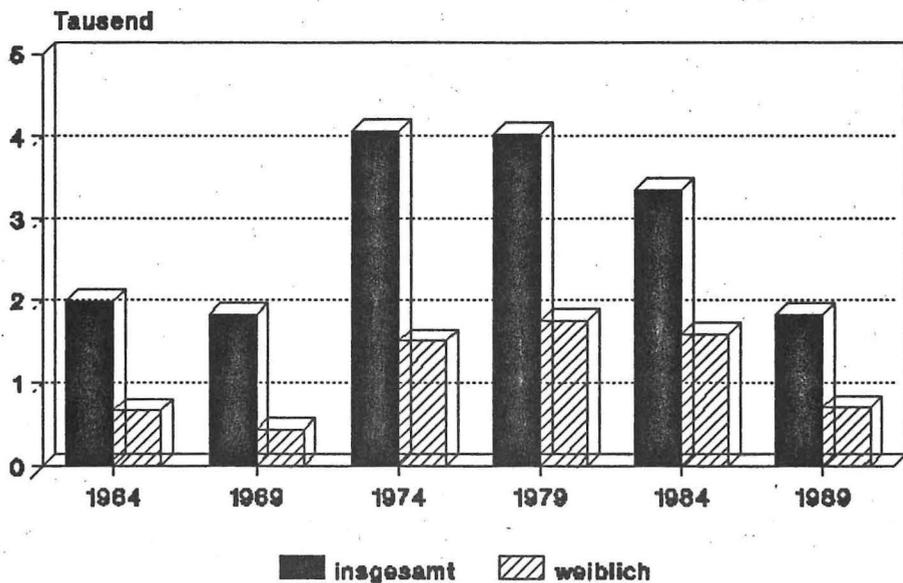
---

<sup>1</sup> Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Entwicklung und Probleme der Aus- und Weiterbildung im Ausland. Berlin 1974 (unveröffentlicht).

<sup>2</sup> Vgl. Zulassung für das Vorbereitungsjahr 1987/88, a.a.O.

Folgende Grafik spiegelt die Entwicklung des Frauenanteils im Auslandsstudium in der DDR von Mitte der 60er bis Ende der 80er Jahre wider:<sup>1</sup>

Grafik 1: Studentinnen im Auslands-Vollstudium (1964-1989)



Ab etwa Mitte der 80er Jahre sank die Zahl der Studentinnen im Auslands-Vollstudium deutlich. Sie reduzierte sich von 1983 bis 1988 um etwa die Hälfte. Dieser Trend stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der rückläufigen Entwicklung des Auslandsstudiums in den 80er Jahren generell. So hatte in der staatlichen Konzeption das Vollstudium als ursprüngliche Hauptform des Auslandsstudiums in der DDR gegen Ende der 70er Jahre zunehmend an Bedeutung verloren (vor allem aufgrund eines veränderten Ausbildungsbedarfs). Zugleich wurde das Teilstudium beträchtlich erweitert, vor allem auf dem Gebiet der Sprachwissenschaften.

<sup>1</sup> Die Tabellen und Grafiken basieren auf folgenden Hochschulstatistiken des ehemaligen Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR:

1. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Ergebnisse der Jahreshauptstatistik, Teil I: Universitäten und Hochschulen, Jg. 1964 - 1966. Berlin o.J. (unveröffentlicht).

2. Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (Hrsg.): Hochschulstatistik, Jg. 1967 - 1989. Berlin o.J. (unveröffentlicht).

Folgende Tabelle zeigt die Gesamtentwicklung des Vollstudiums im Ausland von 1964 bis 1989:

Tabelle 1: DDR-Studentinnen in ost-/südosteuropäischen Ländern im Vollstudium (1964 bis 1989)

Jahr	Anzahl insgesamt	Weiblich	Index insgesamt	Index weiblich
1964	1.992	667	100	100
1970	2.393	633	120	95
1975	4.135	1.624	208	243
1980	3.947	1.727	198	259
1985	2.833	1.430	142	214
1989	1.826	704	92	106

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß das Vollstudium insgesamt Ende der 80er Jahre unter das Niveau der 60er Jahre zurückgegangen war - dabei in nicht ganz so starkem Maße bei den Frauen.

Mit der staatlichen Favorisierung des ein- bzw. zweisemestrigen Teilstudiums und seiner Entwicklung zum zweiten Haupttyp des Auslandsstudiums hatte auch der Frauenanteil im Teilstudium eine deutliche Aufwärtsentwicklung erfahren. Dieses Studium entwickelte sich zur ausgesprochenen Domäne der Frauen. So belegten zu Beginn der 80er Jahre die Frauen das Teilstudium zu über 80 %. Die Ursache hierfür lag nicht so sehr in der Kürze des Auslandsaufenthaltes, wie sich vermuten ließe. Der hohe Frauenanteil im Teilstudium war vielmehr vor allem darauf zurückzuführen, daß dieses auf Fachgebiete konzentriert war, die eindeutig von Frauen bevorzugt wurden. Das traf insbesondere für die Sprachwissenschaften und die Lehrerausbildung (Russistik) zu.

Der Anteil der Studentinnen im Teilstudium entwickelte sich bis Mitte der 80er Jahre wie folgt:

Tabelle 2: Studentinnen im Auslands-Teilstudium (1964-1983)<sup>1</sup>

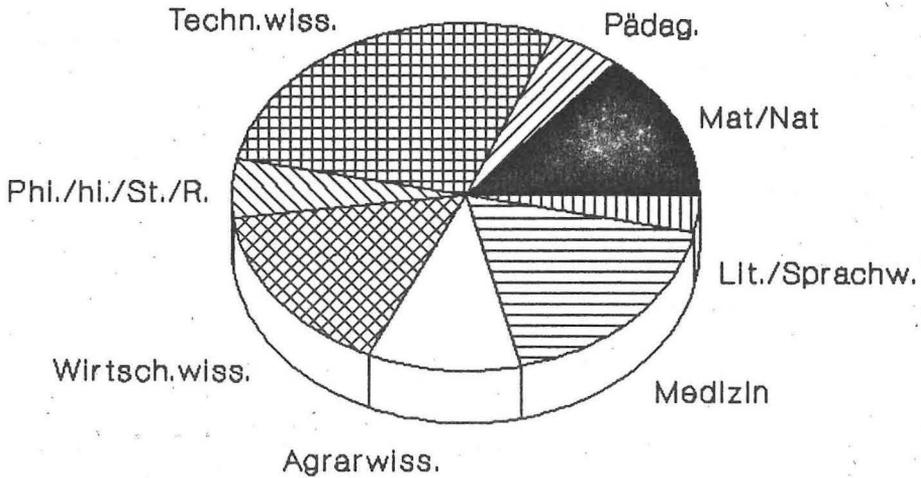
Jahr	Gesamtzahl	Studentinnen	Anteil (%)
1964	21	13	61,9
1970	96	90	93,7
1975	345	240	69,6
1980	362	321	88,7
1983	466	374	80,3

<sup>1</sup> Danach keine geschlechtsspezifischen Angaben veröffentlicht.

### 3 Fächerstruktur im Auslandsstudium von Frauen

Die Fächerstruktur der Studentinnen im Auslandsstudium wies Ende der 80er Jahre deutliche Unterschiede zur Fächerstruktur im Inlandsstudium auf. Von den insgesamt 878 Studentinnen im Vollstudium an ausländischen, ausschließlich osteuropäischen Hochschulen, belegten in 1988 allein mehr als ein Viertel Technische Wissenschaften (28 %). Innerhalb der Technischen Wissenschaften dominierte eindeutig das Elektroingenieurwesen (etwa 1/3), gefolgt vom Bau- und Verfahreningenieurwesen sowie mit weiterem Abstand vom Maschineningenieurwesen. Somit wies die Fächerstruktur des Auslandsstudiums von Frauen in noch stärkerem Maße als schon im Inlandsstudium Prioritäten auf, wie sie im allgemeinen von Frauen nicht gesetzt werden. Offenbar war das Auslandsstudium mit einer besonderen Einengung des Entscheidungsspielraumes von Frauen verbunden. In der Rangfolge teilten sich nach den Ingenieurwissenschaften mit deutlichem Abstand die Medizin (18 %) und die Wirtschaftswissenschaften (16 %) den 2. und 3. Platz. Mit 14 % folgten die Mathematik/Naturwissenschaften.

Grafik 2: Studentinnen im Auslands-Vollstudium nach Wissenschaftszweig (1988)



Zieht man nun die Gesamtstudentenschaft in Betracht, so hatten jedoch die Studentinnen im Auslands-Vollstudium den **größten Anteil** in jenen Wissenschaftsdisziplinen, die allgemein von ihnen **bevorzugt** werden. Dazu zählten einerseits die pädagogischen Fachrichtungen, in denen die Studentinnen im Jahre 1988 nahezu die gesamte Studentenschaft (98 %) stellten, sowie die Literatur- und Sprachwissenschaften, wo sie mit 93 % einen nur wenig geringeren Anteil ausmachten. Darüber hinaus gab es im Vollstudium weitere Fachrichtungen mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil. Diese waren in der Rangfolge vor allem die Agrarwissenschaften (72 %). Ihnen folgten die Medizin (60 %) und die Wirtschaftswissenschaften (57 %). Schon in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften waren die Studentinnen unterrepräsentiert (47 %).

Tabelle 3: Anteil der Studentinnen im Auslands-Vollstudium nach Wissenschaftszweig (1988)

Wissenschaftszweig	Gesamtzahl	Studentinnen	Anteil (%)
Mathematik/Naturwissenschaften	268	123	47,3
Technische Wissenschaften	816	242	29,6
Medizin	262	157	59,9
Agrarwissenschaften	130	93	71,5
Wirtschaftswissenschaften	248	141	56,8
Phil.-hist./Staats- und Rechtswissenschaften	165	48	29,0
Kultur-, Kunst- und Sportwissenschaften	1	1	100,0
Literatur- und Sprachwissenschaften	31	29	93,5
Kunst	2	1	50,0
Pädagogik gesamt	44	43	97,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1.967</b>	<b>878</b>	<b>44,6</b>

Ein Vergleich der Fächerstruktur des Jahres 1988 im Auslandsstudium der Studentinnen mit der Fächerstruktur des Jahres 1965 läßt gravierende Unterschiede erkennen. Dabei werden vor allem zwei Wandlungen besonders deutlich:

1. Der Anteil der Studentinnen im Auslandsstudium ist von 1965 bis 1988 in allen Wissenschaftszweigen erheblich gestiegen. Eine Ausnahme bildete lediglich die schon zu Beginn dominierende Medizin, wo er leicht gesunken war. In folgenden Wissenschaftszweigen lag der Anstieg des Frauenanteils besonders hoch:
  - Literatur- und Sprachwissenschaften (von 50 auf 94 %)
  - Agrarwissenschaften (von 7 auf 72 %)
  - Wirtschaftswissenschaften (von 8 auf 57 %)
  - Technische Wissenschaften (von 7 auf 30 %).

2. Während im Jahre 1988 bereits die meisten Studentinnen im Auslandsstudium eine technische Disziplin belegten, studierten noch im Jahre 1965 ca. drei Viertel aller Studentinnen im Ausland Medizin (74 %). Auf allen anderen Gebieten - mit Ausnahme der Mathematik/Naturwissenschaften, deren Anteil die ganze Zeit über annähernd konstant geblieben ist - war die Zahl der Studentinnen im Jahre 1965 verschwindend gering. Das traf selbst auf die Sprach- und Geschichtswissenschaften zu. Kaum mehr als 1 % aller Studentinnen belegten im Jahre 1965 ein sprach- und geschichtswissenschaftliches Vollstudium im Ausland.

Diese Entwicklungen zeigen zum einen, daß sich auch im Auslandsstudium die Frauen auf bestimmten Ausbildungsgebieten profilierten, die neben den traditionell von ihnen bevorzugten Literatur- und Sprachwissenschaften vor allem die Agrar- und Wirtschaftswissenschaften umfaßten. Zum anderen begannen sie in den Ingenieurwissenschaften eine zunehmende Rolle zu spielen, die jedoch aufgrund der rigiden staatlichen Zulassungsplanung als ambivalent zu betrachten ist. Die veränderte Situation auf dem Arbeitsmarkt nach der Vereinigung wird in erster Linie die Absolventinnen eines agrarwissenschaftlichen Auslandsstudiums vor Beschäftigungsprobleme stellen (vgl. Stein/Fritsch in diesem Heft), während auf vielen anderen Gebieten das Studium in Osteuropa vermutlich auch für Frauen die Berufschancen erhöht. Dies ist vor allem auf die soliden Sprach- und Länderkenntnisse zurückzuführen, die ein solches Vollstudium erbrachte.

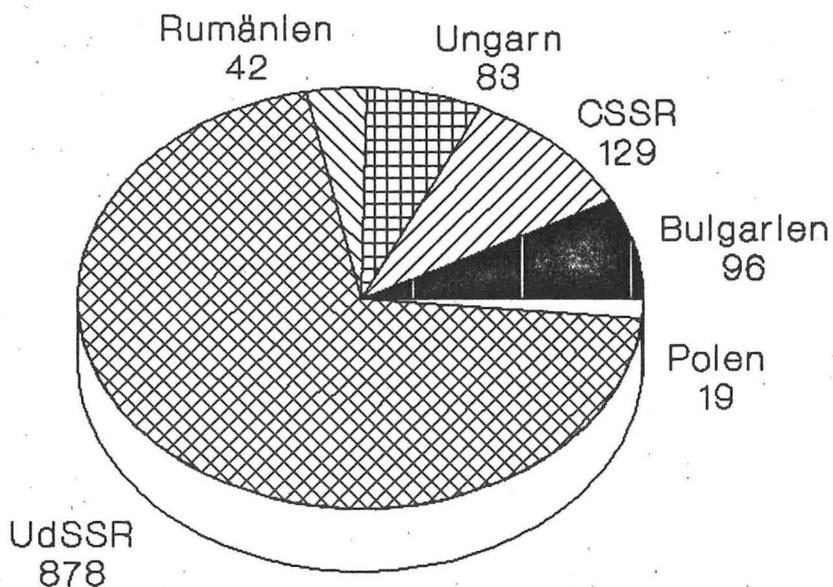
Im Vergleich zum Vollstudium wies das Teilstudium schon Mitte der 60er Jahre eine völlig andere Fächerstruktur auf. Von den lediglich 10 Teilstudentinnen, die sich im Jahre 1965 im Ausland befanden, belegten zwei Drittel ein Dolmetscherstudium. Die Sprachwissenschaften blieben auch in der Folgezeit für das Teilstudium der Frauen im Ausland bestimmend.

#### 4 Hauptzielländer der Auslandsstudentinnen

Die überwiegende Mehrheit der Studentinnen (70 %) studierte im Jahre 1986 (dem letzten Jahr der statistischen Erfassung nach Zielländern) in der ehemaligen Sowjetunion. Damit war auch das Auslandsstudium der Studentinnen in außerordentlich hohem Maße auf dieses Land konzentriert. Die CSSR hatte mit ca. 10 % den zweithöchsten Anteil von DDR-Auslandsstudentinnen aufzuweisen. Hingegen betrug im Jahre 1986 der Anteil der DDR-Studentinnen, die an polnischen Hochschulen studierten, nur 2 %. Relativ hoch lag der Anteil im Vergleich dazu in bezug auf Rumänien (3 %).

Folgende Grafik spiegelt die regionale Struktur des Auslands-Vollstudiums der Studentinnen im Jahre 1986 wider:

Grafik 3: Studentinnen im Auslands-Vollstudium nach Zielland (1986)



Die Rangfolge der von Studentinnen im Ausland belegten Fächer war von Land zu Land sehr unterschiedlich. Die meisten Studentinnen studierten

- in der ehemaligen Sowjetunion Technische Wissenschaften (24 %),
- in Bulgarien Medizin (35 %),
- in der CSSR Medizin (37 %),
- in Polen Technische Wissenschaften (63 %),
- in Rumänien Medizin (67 %) und
- in Ungarn ebenfalls Medizin (31 %).

Folgende Tabelle zeigt die Fächerstruktur der DDR-Studentinnen in der ehemaligen Sowjetunion:

Tabelle 4: Studentinnen im Vollstudium in der ehemaligen Sowjetunion nach Wissenschaftszweigen

Wissenschaftszweig	Studentinnen	Anteil (%)
Mathematik/Naturwissenschaften	139	15,8
Technische Wissenschaften	207	23,6
Medizin	130	14,8
Agrarwissenschaften	45	5,1
Wirtschaftswissenschaften	150	17,1
Phil.-hist./Staats- und Rechtswissenschaften	68	7,7
Kultur-, Kunst- und Sportwissenschaften	2	0,2
Literatur- und Sprachwissenschaften	89	10,1
Kunst	1	0,1
Pädagogik gesamt	47	5,3
<b>Insgesamt</b>	<b>878</b>	<b>100</b>

Aus der Tabelle geht hervor, daß die DDR-Studentinnen in der ehemaligen Sowjetunion neben den Technischen Wissenschaften vor allem auch Mathematik/Naturwissenschaften (insbesondere Biologie) und Wirtschaftswissenschaften belegten.

Das Teilstudium von Frauen im Ausland war ebenso wie das Vollstudium auf die ehemalige UdSSR konzentriert. Waren es jedoch Mitte der 70er Jahre mehr als vier Fünftel aller Frauen, die ein Teilstudium an sowjetischen Hochschulen absolvierten, betrug deren Anteil zu Beginn der 80er Jahre "nur" noch 74 %. Er pendelte sich in der Folgezeit etwa auf diesem Niveau ein.

Im Unterschied zum Vollstudium, das ausschließlich in den ehemals sozialistischen Ländern absolviert werden konnte, erweiterte sich Ende der 70er /Anfang der 80er Jahre das Spektrum der Ausbildungsländer durch afrikanische und asiatische, sog. sozialistisch orientierte Entwicklungsländer. Mit

dieser Öffnung des Auslandsstudiums, die aufgrund der sprachwissenschaftlichen Orientierung insbesondere den Frauen zugute kam, wurde ein spürbarer Qualitätssprung hinsichtlich des Handlungsspielraumes erreicht.

Im Jahre 1983, dem letzten Jahr der amtlichen statistischen Erfassung des Teilstudiums nach Zielländern, war das Teilstudium von Frauen im Ausland im Vergleich zum Jahre 1975 durch eine regionale Struktur gekennzeichnet, wie sie sich aus Tabelle 5 ergibt.

Während es im Jahre 1975 lediglich fünf Länder waren, in denen ein Teilstudium von Frauen absolviert werden konnte, hatte sich ihre Zahl bis 1983 verdreifacht. Dabei war die Zahl der Studentinnen, die ein Teilstudium (Sprachausbildung) in Mocambique absolvierte, besonders hoch (6 %). Doch auch mit Afghanistan konnte ein festes Studentenkontingent für ein Teilstudium vereinbart werden, das zu einem erheblichen Teil aus Studentinnen bestand.

Im Ergebnis der Vereinigung wird sich die regionale Struktur sowohl im Vollstudium als auch im nunmehr dominierenden Teilstudium von ostdeutschen Studierenden im Ausland grundlegend ändern. Es wäre interessant zu untersuchen, ob es Unterschiede zwischen ostdeutschen Frauen und Männern im Prozeß der Anpassung an Verhaltensweisen in den alten Bundesländern geben wird, und welche Rolle die traditionellen Beziehungen zu Osteuropa spielen werden.

Tabelle 5: Teilstudium von Frauen nach Zielländern (1975 und 1983 im Vergleich)

Zielland	1975		1983	
	absolut	in %	absolut	in %
Bulgarien	-	-	5	1,3
CSSR	17	7,0	10	2,7
Polen	11	4,6	8	2,1
Rumänien	-	-	5	1,3
Sowjetunion	208	86,7	278	74,3
Ungarn	-	-	8	2,1
<b>Sozialistische Länder insgesamt</b>	<b>236</b>	<b>98,3</b>	<b>314</b>	<b>83,9</b>
Kuba	3	1,21	6	1,6
Mongolei	1	0,4	-	-
Jugoslawien	-	-	3	0,8
Nordkorea	-	-	6	1,6
Äthiopien	-	-	-	-
Vietnam	-	-	-	-
Mocambique	-	-	24	6,4
Afghanistan	-	-	7	1,9
China	-	-	1	0,3
Irak	-	-	2	0,5
Kampuchea	-	-	8	2,1
Laos	-	-	3	0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>240</b>	<b>100</b>	<b>374</b>	<b>100</b>

## 5 Ausblick

Es ist gegenwärtig noch nicht möglich, die Veränderungen im Auslandsstudium der Frauen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung aufzuzeigen. Aufgrund des Vertrauensschutzes, den die Bundesregierung den ostdeutschen Studenten im Auslandsvollstudium gewährt, sind zunächst auch die Frauen in der Lage, ihr begonnenes Auslandsstudium zu beenden. Einige ostdeutsche Studenten haben diese Chance nicht genutzt. (Wenn auch die Gründe hierfür sicher vielfältig sind, so dürfte dennoch die Infragestellung des Nutzens eines in Osteuropa absolvierten Studiums unter den veränderten politischen Bedingungen eine Rolle gespielt haben.) Wie viele Frauen sich darunter befanden, kann nicht gesagt werden.

Schwieriger wurde es schon mit der Weiterführung des über Regierungsabkommen geregelten integrierten Teilstudiums im osteuropäischen Ausland, das gerade Studentinnen besonders stark in Anspruch nahmen. Die sinkende Nachfrage allein wird hier zu einem deutlichen Rückgang führen, der wohl kaum durch Auslandsaufenthalte in Westeuropa kompensiert werden kann.

Hinzu kommt, daß zumindest in der gegenwärtig komplizierten Phase der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern das Auslandsstudium generell - für Frauen wie Männer - in besonderem Maße von der öffentlichen Förderung abhängt (ganz gleich welcher Art).<sup>1</sup>

Andererseits ist jedoch offensichtlich, daß die Vereinigung vor allem den Frauen hinsichtlich des Auslandsstudiums Chancen bietet. So ist es ihnen nun möglich, das Studienfach unabhängig von staatlichen Vorgaben und Restriktionen, die besonders von den Frauen Anpassung verlangten, frei zu wählen.

Die Kehrseite dieser neuen Entscheidungsfreiheit ist jedoch, daß sich Frauen aus den technischen Disziplinen zurückziehen werden (wie bereits die Entwicklung im Hochschulzugang nach der Vereinigung zeigt) und damit die eklatante weibliche Unterrepräsentanz in den Ingenieurwissenschaften auch im vereinten Deutschland erhalten bleiben dürfte.

Darüber hinaus haben die ostdeutschen Studentinnen nun auch die freie Wahl des Studienlandes. Hierbei besteht jedoch die Gefahr, daß mit der Umorientierung auf westeuropäische Studienländer aus den regionalen Dis-

---

<sup>1</sup> Vgl. Meier, A.: Mobilitätsbarrieren - Das Verhältnis von Studenten in den neuen deutschen Bundesländern zu einem Studium im europäischen Ausland. Heidelberg 1992, S. 56 ff.

proportionen des Auslandsstudiums in der DDR einfach nur neue entstehen und die wünschenswerte regionale Ausgewogenheit ausbleibt.

Wenn schließlich die persönlichen Restriktionen von seiten des Staates entfallen, die insbesondere Studentinnen mit Kind(ern) ein Auslandsstudium schwer bzw. sogar unmöglich machten, so dürfte dennoch auch in Zukunft die Absolvierung eines Auslandsstudiums für studierende Mütter nicht unproblematisch sein. Darauf weisen auch Untersuchungen über ERASMUS-Studierende hin.<sup>1</sup> Die Benachteiligung von Studentinnen mit Kind(ern) im Auslandsstudium abzubauen, d. h. die Vereinbarkeit von **Auslandsstudium und Mutterschaft** zu erreichen, wird deshalb sicherlich auch ein Ziel der Frauenförderung im vereinten Deutschland bleiben müssen.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Bärbel Last  
Projektgruppe Hochschulforschung  
Berlin-Karlshorst  
Aristotelessteig 4

10318 Berlin

---

<sup>1</sup> Vgl. Teichler, U.; Grünig, B.; Maiworm, F.: Studium in Europa. Die Erfahrungen der ERASMUS-Studierenden 1988/89. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildung-Wissenschaft-Internationale, 3/1992, Bonn, S. 8.